Einzelverkaufspreis: 1,50 mark incl. 5,5 mwst

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 109 24.1.1976

D 22354 C

INLAND

INTERNATIONALES

ERKLÄRUNGEN

DOKUMENT

LETZTE MELDUNG

herausgeber
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur:
f.kern

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79

463 bochum-querenberg
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/39 12 67

vierteljahrsabo: 18 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

(c) by p.p. zahl

T WIE „TERRORISMUS"

Mit einem Überraschungsschlag
nahmen Bundesanwaltschaft
Bundeskriminalamt
Landeskriminalämter
und Einheiten
des Bundesgrenzschutzes
47 000 Tankwarte
698 Putzwollehersteller
und alle Importeure
von Chiantiflaschen
fest.

Es gelang
der totale und
und bundesweite Schlag
gegen alle Hersteller
und Verteiler der Zutaten
für die berüchtigten
Molotow-Cocktails

Der Waffenhandel
des massenhaften Politrocker-
Untergrunds
wurde ausgeschaltet
Streichholzverkäufer —
und Hersteller wurden energisch
verwarnt

Die Sistierten
befinden sich im Parkstadion
zu Gelsenkirchen
den Protesten der Autofahrer
Chiantitrinker und Maschinenindustrie
sieht der General—
Bundesanwalt gelassen
entgegen

INLAND

ZUM PROZESS VON P.P.ZAHL

DÜSSELDORF (ID) 22. Januar

Am 13., 16., 18., 20., 23. und 25. Februar, 3., 5., 8., 10. und 12. März wird in Düsseldorf vor dem Oberlandesgericht Caecilienallee, im Saal 01, Beginn jeweils 9 Uhr, (Guillaumesaal — abhörsicher) der Prozeß gegen den Genossen Peter-Paul Zahl stattfinden. Der BGH hatte der Revision der Staatsanwaltschaft stattgegeben. Damit ist das Urteil von der Hauptverhandlung von 1974 von 4 Jahren statt der beantragten 12 Jahre (StA:...„zur allgemeinen Abschreckung...") aufgehoben. Die Verteidiger sind: RA Eschen aus Berlin und RA Lohmann aus Düsseldorf.

ZUM BEGINN DES PROZESSES GEGEN GEFANGENE VOM 4. FEBRUAR (II.)

HAMBURG (ID) 20. Januar

Über den Beginn des Prozesses gegen die Gefangenen vom „4. Februar" (siehe auch ID 108), hat Hilde Pohl, die Mutter des Gefangenen Helmut Pohl, einen Brief/Bericht geschreiben, den wir hier im folgenden veröffentlichen:

Mittwoch, 14.1. (erster Prozeßtag)

„Wir stellen uns ab acht Uhr bei strömendem Regen am Einlaß an. Der Zugang für Prozeßbesucher ist auf der Schmalseite des Gerichtsgebäudes, eine Kellertür aus Stahl. Es werden immer nur zwei Personen reingelassen. Ausweise müssen abgegeben werden (werden fotokopiert und gehen durch ein Datenverarbeitungsgerät). Taschen werden kontrolliert und müssen abgegeben werden, man bekommt eine Marke, Kleidung und Körper wird abgetastet. Ich verlange meine Medikamente und Zigaretten, wird mir nicht genehmigt. Barsche Abfertigung durch ältere Kripobeamtin.

Vor dem Eingang zum Saal steht schon ca. ein Dutzend Blauuniformierter, Mann an Mann, an die Wand gereiht in ausgesprochen bedrohlicher Haltung. Hier wird die Öffentlichkeit schon abgeschreckt (behindert), man getraut sich kaum, vorbeizugehen. Junge Leute werden schon angepöpelt!

Der Saal ist zu klein. Zuhörerraum durch Glaswand abgetrennt (siehe Öffentlichkeit). Kurz vor neun Uhr kommen die Gefangenen einzeln in den Saal. Als erster Helmut, wirkt selbstsicher, steht mitten im Saal wie der Feldherr und betrachtet die Örtlichkeit. Nach und nach kommen sie alle, begrüßen sich, fallen sich um den Hals, setzen sich hin. Erste Bank: Stachowiak, Beer, Eckes, Helmut, zweite Bank: Ekkehard, Becker, Schiller. Weiter hinten abgetrennt, alleine Kai Allnach. Alle mit dem Rücken zum Zuhörerraum (s. Öffentlichkeit). Kein einziger Wahlverteidiger, ca. 15 Zwangsverteidiger, massenhaft Presse. Ziegler beginnt mit „Guten Morgen", da sagt Helmut: „Bevor hier irgendwas läuft, brauchen wir eine Stunde Pause und Gesamtumschluß, wir konnten uns bis jetzt nicht beraten." Ziegler schneidet ihm das Wort ab, es entwickelt sich verbaler Tumult, andere Angeklagte sprechen, für die Zuhörer nicht erkennbar wer es ist, Ziegler betont, es können erst Anträge gestellt werden, wenn die Verhandlungsfähigkeit festgestellt ist. Das Wortgefecht geht weiter, Anwälte schalten sich ein, bis Ziegler den Ausschluß von den ersten vier Angeklagten anordnet, wobei er Pohl mit Becker verwechselt, Becker ist von Beamten schon bis zur Tür gebracht, da fällt Ziegler der Irrtum auf, läßt Becker wieder zurückholen und fordert Pohl auf, zu gehen. Er bleibt sitzen und schon stürzt sich eine Anzahl uniformierter Beamter auf ihn, zerrt ihn aus der Bank, schlägt entsetzlich auf ihn ein, er wird an den Haaren rausgezerrt. Die anderen Angeklagten protestieren, und plötzlich sind alle sieben Angeklagten rausgeprügelt.

Ohrenbetäubende Protestschreie und Pfeifen im Zuhörerraum, die Sitzbänke fallen um, alles drängt nach draußen. Am Gang greifen die aufgereihten Beamten zu, ein junger Mann wird im Polizeigriff gleich Ziegler vorgeführt, er soll die Lehne einer Sitzbank eingetreten haben nach Aussage eines Zivilbeamten, der im Saal war. Der Mann sitzt auf der Anklagebank und fragt Ziegler: Kann ich mal aufs Klo? Daraufhin verpaßt ihm Ziegler 2 Tage Ordnungshaft. Der Beamte wird als Augenzeuge gegen ihn gehört, will seinen Zunamen nicht sagen, Protest der Verteidiger, er muß. Der junge Mann wird abgeführt, am Gang will ihm eine Frau um den Hals fallen, wird von Beamten gegriffen niedergeschlagen, an den Haaren gezerrt. Wir protestieren laut, dabei wird einem Mann ins Gesicht geschlagen. Ein paar Leute sind in lautem Disput mit den Beamten, ich muß mich aus dem Menschenknäuel befreien, sonst beziehe ich auch noch Prügel. Der Frau wird versuchte Gefangenenbefreiung angehängt! Dies alles, ohne daß es die Presse oder das Gericht sehen konnte.

Nach der Pause verlangen einzelne Zwangsverteidiger von Ziegler Aufklärung über die Vorgänge am Gang. Ziegler behauptet, sein Kompetenzbereich beziehe sich nur auf den Saal. Dagegen wird von den Anwälten widersprochen. Sein Zuständigkeitsbereich beginne am Einlaß, denn da gelten ja schon seine Anordnungen. Es werden Anträge betr. der Zuständigkeit gestellt. Ziegler beginnt mit der Anwesenheitsfeststellung der Angeklagten (für mich völlig absurd in Abwesenheit die Anwesenheit festzustellen). Eckes und Beer sind identifiziert, indem man den Müttern ein Foto vorgelegt hat, alle anderen aus den Akten z.B. Helmut durch Besuchanträge seiner Mutter und Ehefrau.

Fortsetzung mit Verlesung zweier ausführlicher Gutachten über Allnach, es geht daraus hervor, daß er ein schwerkranker Mann ist, nicht mehr operabel, jede Streßsituation z.B. Haft würde ihn ruinieren, da sich der chronische Zustand sofort in einen akuten verwandelt. Ende der ersten Sitzung am ersten Tag! — — —

Donnerstag, 15.1.1976

Ich habe vor, in den Möller-Prozeß zu gehen, stehe vor verschlossener Tür und erfahre, daß die Sitzung an diesem Tag ausgesetzt ist, da am Montag bis 19 Uhr verhandelt wurde.

Um 11 Uhr habe ich eine Stunde Besuch bei Helmut. Als er mir gegenübersteht, untersuche ich ihn sofort am Hals, ob er wieder Würgemale hat. Er berichtet selbst: Man hat mich die Treppe runtergeworfen und sich unten auf meine Rippen gekniet und immer den Brustkorb eingedrückt mit den Worten: Dich kriegen wir schon klein. Er macht mir seinen rechten Unterarm frei, der ist auf der ganzen Fläche aufgerissen. Er selbst ist im Gespräch sehr lebhaft und

eines Verfahrens wegen Gefangenenmeuterei (§ 122 StGB). Dieser Paragraf bezieht sich auf Gewalttätigkeiten gegen Wärter und gemeinschaftlichen Ausbruchs(versuch), keinenfalls aber auf einen Hungerstreik.

Der Erfolg war, daß die Streikfront nach der Frist abbröckelte und nur noch 2 Gefangene weitermachten. Ein an TBC erkrankter Häftling streikte weiter für eine besondere medizinische Behandlung seiner Krankheit und der Schriftsteller P.P. Zahl gegen die Beschlagnahmung seiner Manuskripte u.a.

In den Darstellungen der bürgerlichen Presse wurde der Anstaltsleitung ausführlich Raum gegeben, die Mißstände zu entschuldigen. Der stellvertretende Anstaltsleiter O. Diepolder führte die Mißstände besonders auf bauliche Mängel (im modernsten und neuesten Knast Deutschlands !!), Personal- und Geldmangel zurück. „Es geht leider nicht anders, wir tun, was wir können" (Kölner Stadtanzeiger vom 7.1.76). Auf jeden Fall in einem sind die hohen Herrn sich einig: „Wir lassen uns von den Gefangenen nicht unter Druck setzen." (Kölnische Rundschau vom 8.1.76). Der Kölner Expreß wußte dann endlich genau, woran es lag.

„Terrorist schürt Krach im Klingelpütz" war die Schlagzeile, unter der die Forderungen der Gefangenen diffamiert wurden. Andererseits versicherte man, daß, sobald Geld da sei, der Klingelpütz erweitert würde. Lediglich in den Interviews im Morgenmagazin des WDR II mit einem Justizministerialbeamten und Diepolder wurden die Forderungen der Gefangenen den Ausflüchten der Verantwortlichen entgegengestellt und von den Moderatoren auch mal nachgehakt.

Die Forderungen und der Hungerstreik in Ossendorf reihen sich in eine Gefangenenbewegung ein, die sich in den letzten 1 1/2 Jahren in Deutschland entwickelt hat. Ähnliche Forderungen und Aktionen in Butzbach, Bruchsal, Tegel usw. zeigen, daß die Gefangenen nicht gewillt sind die verschärften Repressionen in den Knästen zu ertragen.
Knastgruppe Ossendorf

ESSENSVERWEIGERUNG IN TEGEL HAUS I

BERLIN (ID) 1. Januar — Jahrelang war es im Haus I der Strafanstalt Tegel ruhig; seit dem H. Oxfort (FDP) Senator für Justiz ist und der Hausleiter von Haus I (Detert) zur Kündigung gezwungen wurde, sind die Zustände im Haus I nicht mehr tragbar.

Seit dem 1.10.1975 wurde der ehemalige Anstaltsleiter der Strafanstalt Lehrterstr., Herr Maass (der durch seinen Knüppelvollzug der Öffentlichkeit hinreichend bekannt ist), Hausleiter des Hauses I der JVA Tegel.

In Gesprächen mit dem neuen Hausleiter wurde den Gefangenen und deren Insassenvertretern bewußt, daß dieser Mann nicht fähig ist, die bisherigen Strukturen aufrecht zu erhalten oder eine andere Alternative zu bieten.

Die Bestätigung findet man in der mangelhaften Besetzung der Sozialarbeiter. Obwohl sieben Planstellen dafür vorhanden sind — wovon drei besetzt waren und jetzt nur noch eine, — wurde nichts unternommen, diesen Zustand abzuändern.

Von der Hausleitung wurde uns gegenüber argumentiert, es gäbe keine Sozialarbeiter, welche im Strafvollzug tätig werden wollen oder nach der Überprüfung auf ihre Verfassungstreue nicht als positiv angesehen werden.

Daraus können wir schließen, daß es in unserem „freiheitlichem Rechtsstaat" keine verfassungstreuen Sozialarbeiter gibt; sogar Sozialarbeiter, welche in der JVA tätig sind, werden in diese Ecke gedrängt.

Unsere fähigste Sozialarbeiterin, Frau Lumb, wurde zur „freiwilligen Kündigung" gezwungen. Dies geschah mit eiskalter Berechnung, da Frau Lumb einen Tag später ins Beamtenverhältnis hätte aufgenommen werden müssen.

Damit hat, wie schon in den vergangenen Monaten, die Klassenjustiz und deren Büttel wieder einmal bewiesen, mit welchen Mitteln sie gegen sozial eingestellte Menschen („Bürger des Freiheitlichen Rechtsstaates"!) vorgehen.

Wir, die Gefangenen, protestieren auf das schärfste gegen die Praktiken der Justiz-Anstaltsleitung, Fürsorger, welche sich als einzige für Gefangene einsetzen, auf die Art und Weise kalt zu stellen! DIESE PRAKTIKEN ERINNERN UNS IN IMMER ZUNEHMENDEREN MASSE AN DAS DRITTE REICH !

Wir fordern die sofortige Revidierung von unserer Fürsorgerin Frau Lumb, weil wir deren Ablösung und die gegen sie erhobenen Vorwürfe als ungerechtfertigt betrachten. Die Insassenvertretung des Hauses I der JVA Tegel legt ihr Amt bis auf zwei Leute nieder.

Diesbezüglich wurde am 31.12.1975 im Haus I eine Rücktritterklärung ausgehangen, in der wir klar zum Ausdruck brachten, nicht länger die Alibirolle für den ach so wunderbaren — modernen Strafvollzug der Öffentlichkeit gegenüber zu spielen.

Um unseren gerechtfertigten Forderungen Ausdruck zu verleihen, lehnen wir seit dem 31.12.1975 die Annahme der Anstaltskost ab. 50 Gefangene solidarisierten sich mit unserem Protest. Am 31.12.75 sprach unser Hausleiter (Maass) mit einem gezielt ausgesuchten Gefangenen und machte diesem folgenden Vorschlag:
1. Die Verweigerung der Anstaltskost abzubrechen;
2. Er würde bis zum 2.1.76 einen neuen Sozialarbeiter einstellen.

Dann wären allerdings erst zwei der sieben Planstellen besetzt. 20 Gefangene gingen auf diese Forderung ein, 30 schenkten dieser Aussage keinen Glauben.

Ich selbst fordere die Besetzung aller unbesetzten Planstellen sowie die Revidierung sämtlicher Vorwürfe gegen Frau Lumb!
EIN GEFANGENER DER JVA TEGEL"
(Aus dem Info des Kollektivs Rote Hilfe, Stephanstr. 60, Sozialistisches Zentrum, 1000 Berlin 21, Tel. 395 80 83)

Im Zusammenhang mit der Entlassung Frau Lumbs hat die RH aufgerufen, folgende Petition zu unterschreiben und zu adressieren an:

Petitionsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses,
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

Januar 1976

Wie mir bekannt wurde, hat die letzte engagierte Sozialarbeiterin, Frau Lumb, (JVA Tegel, Haus I) am 31.12.75 „freiwillig" fristlos gekündigt. Damit ist nur noch eine von sieben Planstellen für Sozialarbeiter besetzt.

Dieser herbeigeführte „Mangel" an Sozialarbeitern ist nur auf die drastische Vollzugsverschärfung seit der Amtsübernahme des Herrn Mass als Hausleiter im Haus I zurückzuführen. Unter dieser Hausherrschaft des Herrn Mass sind die letzten Sozialarbeiter in ihren praktischen Bestrebungen, mit den Gefangenen zu arbeiten, gehindert worden, was bis zur Diskriminierung und dadurch zur Kündigung führte.

Wir bitten Sie daher

1. umgehend diese Mißstände in der JVA Tegel Haus I zu überprüfen und Sorge dafür zu tragen, daß diese Mißstände abgestellt werden;

2. sich dafür einzusetzen, daß die fristlose Kündigung der Sozialarbeiterin Frau Lumb umgehend zurückgenommen wird und die so schon unzureichenden Planstellen umgehend mit humanen Sozialarbeitern besetzt werden.

Name
Adresse
Unterschrift.

BRIEF AUS DER JVA BUTZBACH

BUTZBACH (ID) 11. Dezember — Nachdem die Arbeit des Frankfurter Gefangenenrates fast lahmgelegt worden ist durch die Verhaftung von vier Mitgliedern im Dezember, erreicht uns jetzt ein Brief, in dem Repressionen, die offensichtlich in Zusammenhang mit der Verhaftung stehen, beschrieben werden. Mit dem Fall des Briefschreibers war der Gefangenen-Rat zuvor befaßt.

„Liebe...Eben hab ich Deinen lieben Brief bekommen. Es war diesmal eine doppelte Beruhigung, weil ich kurz zuvor reichlich Terror hatte. Ich will es Dir mal der Reihe nach schildern: Heute Morgen um 10.30 Uhr kamen vier Grüne in die Zelle gestürzt (Littmann, Becker, König, Redhardt) und brachten mich in den Käfig. Dort mußte ich mich ausziehen und wurde mit anderen Sachen versorgt. Das alles soll auf Veranlassung des Foullon (Butzbacher Sicherheitsbeamter, Anm. d. Red.) beruhen, weshalb, wurde mir nicht gesagt. Meine gesamten Privatsachen, die ich auf der Zelle hatte, wurden ‚versiegelt', das heißt, die Zelle wurde abgeschlossen. Weder Seife noch Schreibzeug noch Tabak – nichts wurde mir ausgehändigt. Wie man mir freudestrahlend mitteilte, bliebe das auch noch ein paar Tage so. Gleichzeitig wird natürlich auch jeder Kontakt zu Mitgefangenen unterbunden – Einzelhofgang, Einzelbad usw. Ich bin also voll in der Isolationshaft! Warum und weshalb wurde mir nicht mal angedeutet. Mädchen, es wär gut wenn du im nächsten Brief ein paar Briefmarken reinlegst, noch nicht mal die wurden mir gegeben. Das Schreibzeug und der Kuli ist alles Knastzeug – wie großzügig. Wenn möglich mach auch das Weihnachtspaket gleich fertig – mit Tabak, na Du wirst ja schon wissen was notwendig ist.

Vorhin hab ich einen Brief an meine Anwältin in Marburg rausgegeben. Eigentlich müßte ich ja auch dem Frankfurter Anwalt schreiben, aber ich hab jetzt echt keine Ruhe dazu. Eben kam der Mittagsfraß, ich wollte ihn nicht reinnehmen, der Grüne bestand darauf, also hab ich den ganzen Mist ins Klo geschüttet! Ich bin also bis auf weiteres im Hunger- und Durststreik! Wie lange und wann unter welchen Bedingungen ich aufhöre, kann ich jetzt nicht sagen. Abwarten! Aber Mädchen, mach dir keine Sorgen, dazu gibt es keinen Anlaß! Wenn der HS länger dauert, kommen die Schweine mit dem Schlauch und halten mich so fit! Und die Isolationsfolter kann mich so schnell nicht schaffen. Sie kann kaum funktionieren, solang ich noch Briefe wie deine bekomme. Paß auf dich auf!! Wenn dir die Arbeit nicht so gefällt, dann mach langsam. Ich denk jedenfalls sehr an Dich, jetzt hab ich dazu noch mehr Zeit, da ich ja noch nicht mal was zu lesen bekomme. Schreib also schön. Ich könnte noch'n Haufen schreiben, dann würde aber der Zensor wohl den Brief ‚beschlagnahmen' und das muß nicht sein. Mädchen, ich umarme Dich ganz fest und Kuß. Dein.....

PS: Eben hab ich gehört, daß man Freunde von mir im Gefangenenrat verhaftet hat, jetzt wird mir der Terror hier verständlich.

DAS BKA MIT TEHERAN GEGEN DIE CISNU

MÜNCHEN (BLATT/ID) 22. Januar

Am 31.12.75 verurteilt ein geheimes Militärgericht in Teheran 10 iranische Oppositionelle zu Todesstrafen. Die offizielle Anklage lautet: „Unterstützung und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung".

Zwischen dem 13. und 16.1. werden Mitglieder und Sympathisanten der CISNU in Frankfurt, Kaiserslautern, Aachen und München von Beamten des BKA festgenommen und zu Verhören nach Wiesbaden gebracht (in mindestens einem Fall verfügen die Beamten sogar über Nachschlüssel zur Wohnung des Betroffenen). Allen Iranern werden u.a. Bilder von H.J. Klein vorgelegt und gefragt, ob sie ihn kennen. Adreßbücher werden beschlagnahmt mit der Begründung, es bestehe die Vermutung eines Kontaktes zu „deutschen Terroristen". Der Zweck der „polizeilichen Befragung" ist klar: Unmittelbar nach Verkündung der 10 Todesurteile durch iranische Militärgerichte in Teheran startet das BKA eine auf Bundesebene ausgeweitete Kampagne gegen die im Ausland lebenden iranischen Oppositionellen. Die bundesdeutsche Polizei murmelt verschwommen von „Vermutungen, die zu diesen Kreisen führen". Offenkundiger Zusammenhang also zwischen dem dortigen Polizeistaat und der hiesigen Staatspolizei, der sich auch zeitlich niederschlägt: während das „Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" hier 1976 durchkommt, genießt das faschistische Schah-Regime, das lt. Amnesty International seit 1970 durchschnittlich alle 10 Tage einen Oppositionellen hingerichtet hat, eine juristische Rechtfertigung seiner Willkürmaßnahmen rückwirkend seit seinem Beginn. Im neuesten Gesetz zum „Schutz der Allgemeinheit" im Iran vom August 1975 heißt es wörtlich: „Jeder Iraner, der sich – in welcher Form auch immer – im In- und Ausland gegen die verfassungsmäßige Monarchie des Schahs betätigt, wird zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Jeder Iraner, der gegen die Monarchie des Schahs Waffen oder Sprengstoff einsetzt oder oder zu solchen Organisationen – in welcher Form auch immer – Kontakt hat, wird zum Tode verurteilt."

Hier wird auch eine Stoßrichtung der kollegialen polizeilichen Zusammenarbeit deutlich. Gelingt es dem BKA, iranische Antifaschisten in Verbindung mit angeblichen Terroristen zu bringen (über die o.g. Vermutungen), wird die gewünschte Vorarbeit für die iranischen Militärgerichte geleistet. Und andererseits kann in der BRD damit gleichzeitig der Versuch unternommen werden, die CISNU – die bisher einen Großteil der iranischen Opposition zu sammeln vermochte – als „kriminelle Vereinigung" zu illegalisieren und zu zerschlagen, um damit einen alten Wunsch seiner Majestät zu erfüllen.

MAULKORB-GROSSVERANSTALTUNG AM 1. FEBRUAR IN DARMSTADT

DARMSTADT (ID) 14. Januar

Zum Thema „Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" haben die Allgemeinen Studentenausschüsse in Darmstadt, die ESG, die AG Knast und Kollektiv-Buch, Darmstadt eine Veranstaltung für den 1. Februar in Darmstadt vorbereitet. In der Mensa der Technischen Hochschule Darmstadt (Otto-Berndt–Halle) wird am Sonntag, den 1. Februar 1976, 15 Uhr zu folgenden Themenkomplexen Stellung genommen: Strafrechtlich schärfere Verfolgung von Billigung und Befürwortung von Gewalt; von Solidaritätsaufrufen zu Widerstandaktionen; von wirksamer und breiter Gegenöffentlichkeit als wichtiger Voraussetzung und Unterstützung von Gegengewalt. Eingeladen und zugesagt: Helge Sanders (Soz.Frauenzentrum Westberlin); Arno Claus (Musiker, Westberlin); Klaus der Fiedler und Genossen sowie das Industrietheater (Köln); Freia Hoffmann und Walter Moßmann aus Freiburg; David Corner (Knast-Lieder, Offenbach); ausserdem zwei Theatergruppen aus Darmstadt und eine Gruppe aus Frankfurt/Da., die ein Stück zu Portugal gemacht hat.

Wegen der hohen Hallenmiete und Vorbereitungskosten wird Eintritt verlangt, (hoffentlich) verbleibende Überschüsse werden in politische Projekte gesteckt.

Die Veranstaltung schließt an eine Podiumsdiskussion mit Gewerkschaftlern, Journalisten, Juristen und Schriftstellern Mitte Dezember 75 hier in Darmstadt zur „inneren Sicherheit" an, soll sich aber schon von der Form her unterscheiden: also keine akademische Information, sondern möglichst breite Einbeziehung der Teilnehmer („Publikum"). Damit aber anschließend auch praktisch etwas läuft und nicht wieder alles auseinanderläuft, bereiten hier in Darmstadt ein paar Gruppen Arbeitsperspektiven vor, die im Zusammenhang mit der gesamten „Sicherheits"-Kampagne und der Linkenhatz stehen; eine Gruppe, die sich mit tagtäglichen Polizeiübergriffen gerade auch in (einer mittleren Großstadt wie) Darmstadt beschäftigt; die Darmstädter Frauengruppe; eine Gruppe zu den Berufsverboten und Fragen des Uni-Ordnungsrechts; eine Schülergruppe (hier in Darmstadt haben im Dezember 5.000 Schüler gegen Repressionen des Hessischen Kultusministeriums gestreikt); eine Gruppe, die sich mit dem Problem des Kernkraftwerks in Biblis/Rhein befaßt (der Ort liegt etwa 30 km südlich von Darmstadt); Terror, Überweachung etc. im Betrieb („Betriebsfrieden", Werkschutz, betriebliche Justiz, eingeschränkte Öffentlichkeit im Betrieb etc.); die Darmstädter AG-Knast; Darmstädter Theatergruppen (Versuche von Straßentheater); eine Darmstädter Mediengruppe (Filme etc.).

Diese Gruppen wollen ihre Arbeitsansätze bzw. soweit bereits vorhanden ihre laufende Arbeit vorstellen, um Praxisberichte aufzuzeigen, die in Konflikt mit den kommenden Gesetzen geraten werden (wenn nicht längst geraten sind), Bereiche, in denen zur Erhaltung bzw. Herstellung einer solidarischen Gegenöffentlichkeit und Gegengewalt, Selbsthilfe etc. politisch gearbeitet werden muß.

Kontaktadresse: Sebastian Cobler, Edisonstr. 73, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/52 478; 24 779.

DEN GEMEINSCHAFTSFRIEDEN SCHÜTZEN – VOR WEM ?

KÖLN (ID) 17. Januar

In Zusammenhang mit einer Veranstaltung zum § 88a im Kölner Jugendpark am 17. Januar um 18 Uhr (dem Tag des Erscheinens dieser Nummer) mit Arnfried Astel, Klaus Croissant, Vertretern des Trikont-Verlages, Liedersänger Eck, Klaus dem Fiedler und Toni, Liedersänger Tommi, Arbeitersache München, Walter Mossmann u.a. hier ein Hinweis auf die Zeitung „Zum Thema: Maulkorb und Gemeinschaftsfrieden", die vom „Arbeitskreis Meinungsfreiheit und RechtSStaat" und „der andere Buchladen GmbH", 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197 herausgegeben worden ist. Preis: o,50 DM, 10 Stück per Post: 7,50 Mark.

Inhalt: „Den Gemeinschaftsfrieden schützen – vor wem ? ", „§ 88 und der Maulkorb", „Zur Lage in den Betrieben", „Polizei und Werkschutz", „Meinungsfreiheit im Rechtsstaat", „Schule und Berufsverbot", „Knast" und „Kommisar Computer" – über die Personenkennzeichnung als Rückgriff auf die Reichsmeldeordnung von 1938.

SATTE GESCHÄFTE MIT SCHULEN

BERLIN (ID) 21. Januar

Zu Anfang dieses Schuljahres, im Herbst 75, ist in den letzten der 13 Berliner Mittelstufenzentren der Schulbetrieb aufgenommen worden. Schon früher war von der Öffentlichkeit, besonders Eltern, Lehrern und Beschäftigten der Baufirmen die horrende Verschwendung an Steuergeldern bei diesen Gesamtschulbauten angeprangert worden:

Die 53 Millionen pro Schule überstiegen den Senatshaushalt, so daß als Bauherr die „gemeinnützige" Wohnbaugesellschaft DeGeWo auftrat, die sich innerhalb von 30 Jahren insgesamt 1,5 Milliarden an Miete vom Senat bezahlen läßt, bis die Schulen ins Eigentum des Senats übergehen. Dabei betragen die Herstellungskosten ca. 690 Millionen, der Rest sind Zinsen und Zinseszinsen.

Aber auch die Herstellungskosten sind unverhältnismäßig hoch, weil die als SPD-Wahlkampfschlager aufgemachten Schulen aufwendig ausgestattet sind. So erhielt allein die Fa. Siemens einen 6,4-Millionen-Auftrag für die interne Fernsehanlage an allen Mittelstufenzentren. Auch bei den anderen Geräten vom kompletten Siebdrucktisch über EDV-Rechner bis zum Plattenspieler wurde nur teuerste Spitzenqualität verwendet, und die ganze Schule mit Teppichware ausgelegt, unter anderem „um die Aggressionen der Schüler zu dämpfen" (Senatserklärung). Gleichzeitig fehlt das Geld für Grundschulen, Jugendzentren, Bürgerinitiativen.

Schon während der Bauzeit war vieles geklaut worden: Hifi-Anlagen, Photo-Apparate, Taschenrechner, Werkzeug, insgesamt ca. 40 000 DM pro Schule.

Jetzt hat es in einer dieser Gesamtschulen im Bezirk Neukölln eine unübliche Sylvesternacht gegeben: Die komplette Diskothek-Anlage für den Freizeitbereich, die in einer aufwendigen Glaskugel untergebracht ist, wurde total ausgeräumt, und es fehlen weitere elektronische Geräte, insgesamt ein Wert von ca. 20 000 DM.

Außerdem wurden andere Bereiche der Schule sinnlos zerstört und das ganze Schulleiterzimmer mit dickem rotem Ketchup-Brei eingeschmiert.

STINKENDE „REICHSGRÜNDUNGSFEIER"

FRANKFURT (ID) 22. Januar

Wie bereits in ID nr. 108 angekündigt, fand am Samstag, den 17 . Januar im Volksbildungsheim eine „Reichsgründungsfeier" von 10 neonazistischen Organisationen statt, darunter „Witiko-Bund", „Aktion Oder-Neiße", "Kampfbund Deutscher Soldaten", „Stahlhelm", NPD etc.

Den wenigen Passanten, die am Samstagabend am Volksbildungsheim vorbeikamen, fiel zuerst auf, daß die sozialdemokratische Frankfurter Polizei zwei Mannschaftswagen zum Schutz der lieben Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet aufgeboten hatte; zum zweiten wirkte befremdend, daß trotz der recht kalten Witterung sämtliche verfügbaren Fenster im Volksbildungsheim geöffnet waren. Wie Beobachter des Treffens übereinstimmend berichteten, hatten deswegen nur wenige der Faschisten ihre Lodenmäntel abgelegt. Unerklärlich blieb auch die Ursache des unerträglichen Gestanks, der schließlich zum frühzeitigen Abbruch der Veranstaltung führte.

AN SICHERHEITSVORKEHRUNGEN GESPART: EIN TOTER, ZWEI SCHWERVERLETZTE AUF GROßBAUSTELLE

BERLIN (KD) 20. Januar

Am 5. Dezember passierte auf der größten Baustelle Berlins, dem Kongreßzentrum, der erste schwere Arbeitsunfall: Ein 7-Meter-hoher Bewehrungskorb stürzte um. Zwei Arbeiter wurden schwerverletzt, ein 24jähriger Arbeiter wurde getötet.Seine 19jährige Frau ist jetzt alleine. Nach den bisherigen Ermittlungen hatte die Firma an den Sicherheitsvorkehrungen gespart, um Konkurrenzfirmen im Preis zu unterbieten. Die Firma arbeitet als Subunternehmer und hat nur junge Leute beschäftigt, da den älteren Kollegen das Risiko zu groß war.

Nach der Pleite am 320-Millionenprojekt „Steglitzer Kreisel" ist dieses neue nutzlose Renommierprojekt für 1 Milliarde DM von Anfang an in der Berliner Bevölkerung bis hinauf zum Abgeordnetenhaus heftig umstritten gewesen. Trotzdem haben sich jetzt unter der Bauträgerschaft der „Neuen Heimat" neun westdeutsche Baukonzerne zusammengeschlossen. Die beteiligten Firmen sind: Holzmann, Hochtief, Strabag, Grün+Bilfinger, Dyckerhoff+Widmann, Wayss+Freytag, Züblin, Boswau+Knauer, Klammt AG.

Aber der Widerstand der Bauarbeiter ist nicht gebrochen. Er wendet sich vor allem gegen Termindruck und Arbeitshetze, während 1 500 Bauarbeiter in Westberlin arbeitslos sind. (Der Fertigstellungstermin Ende 1978 soll unbedingt eingehalten werden, obwohl sich schon die Planungstermine verzögert haben. Schon jetzt werden bis zu 50 % Überstunden gemacht und Urlaubssperre verhängt). Ein weiterer Angriffspunkt ist die Vergabe einzelner Leistungen an westdeutsche Subunternehmen, weil deren Beschäftigten nicht vom Betriebsrat der Berliner Arge vertreten werden. (Bei der Betriebsratswahl waren von ca. 300 z.Zt. am Bau Beschäftigten nur 100 Angestellte und 84 Arbeiter wahlberechtigt.)

Die letzte Vertreterversammlung der IG Bau-Steine-Erden (B SE) Berlin hatte sich dagegen gewandt;

- daß insgesamt zu viel Steuergelder für dieses Projekt ausgegeben werden. Nach der Fertigstellung wird es 150 Arbeitsplätze am KZ (Kongreßzentrum) geben. Das leerstehende Gebäude wird 27 Millionen Steuergelder im Jahr kosten. Durch Kongresse wird mit 5 Millionen Einnahmen im Jahr gerechnet.
- daß ca. 30 Leute in jeder Firma als Beschäftigte westdeutscher Subunternehmen arbeiten, und zwar zu unkontrollierbaren Arbeitsbedingungen, z.Teil als Leih- und Zeitkräfte mit zu niedrigen Löhnen, und dafür die Beschäftigten der Berliner Firmen entlassen werden.

Es wurde gefordert: Gemeinsame Betriebsratsvertretung für alle Kollegen am KZ und gleiche Regelung der Tarife und Arbeitsbedingungen für alle Kollegen.

Die letzte Betriebsrätekonferenz forderte vom Vorstand der IG BSE Berlin:

- Die Vertretung der westdeutschen Kollegen durch den Betriebsrat der ARGE
- Verbot der Überstunden

Die einzige Antwort, die die BSE Berlin bisher darauf gegeben hat: Es ist ein Gewerkschaftsbüro auf der Baustelle eingerichtet worden, in dem ständig ein hauptamtlicher Funktionär der BSE anwesend sein soll.

"SELBSTMORD" IN BRUCHSAL

Bruchsal (ID) 21. Januar — Dies ist ein Auszug aus einem Brief, der Anfang des Monats aus Bruchsal ("straf-lager, bruchsal/ sondertrakt") verschickt worden ist:

"Bei uns hat sich in der Nacht vom 21.12. auf 22.12.75 der Gefangene Xaver Koch "selbst" gemordet, indem er sich zwei Elektroden in die Ohren steckte und sich in 'ne Wasserlache stellte oder auf'n feuchtes Bettlaken legte. So genau weiß das hier keiner. Ist zwei oder drei Tage vorm "Selbst"Mord aus 'm Arbeitsbetrieb (Küche), aufgrund eines Vorfalles (auch darüber ist nichts genaues zu erfahren), abgelöst worden. Wie man sich hier erzählt, hat er gegenüber anderen Gefangenen u n d Aufsehern geäußert, daß er jetzt Schluß machen würde." Wenn es zutrifft, daß er diese Äußerung gemacht hat, dann ist ganz zweifelsfrei die Sorgfaltspflicht verletzt worden, unterlassene Hilfeleistung (auf die körperliche und geistige Gesundheit der Gefangenen ist zu achten) u.a.m."

Der Absender des Briefes hat in dieser Sache eine Strafanzeige gestellt.

Anm.d.Red.: Unsere Recherchen bei den zuständigen Stellen stießen auf taube Ohren, obwohl zugegeben wurde, daß in dieser Zeit ein Todesfall aus Bruchsal gemeldet wurde.

POLIZEILICHER ÜBERFALL

HEIDELBERG (ID) 22. Januar — Acht Beamte der Kriminalpolizei Heidelberg sind am Mittwochnachmittag vergangener Woche um 16.15 Uhr in die Wohnung von Hildegard Haag, der Ehefrau von Rechtsanwalt Siegfried Haag, mit gezückten Pistolen eingedrungen. Der Einsatzleiter Baumgärtner erklärte auf die Forderung von Frau Haag nach Vorlage eines richterlichen Durchsuchungsbefehls, sie müßten den Befehl der Bundesanwaltschaft ausführen. Diese habe telefonisch mitgeteilt, daß sich Siegfried Haag in der ehelichen Wohnung aufhalte. Der Bundesanwaltschaft war durch die ständige Observation der Wohnung aber genau bekannt, daß sich Siegfried Haag nicht in ihr aufhält. Andernfalls wären nicht ortsansässige Kriminalbeamte sondern Spezialeinheiten der Abt. Terrorismus des Bundeskriminalamtes eingesetzt worden. Der polizeiliche Überfall dauerte nur fünf bis zehn Minuten.

FAHRPREISERHÖHUNGEN — DIESMAL IN WUPPERTAL

WUPPERTAL (ID) 21. Januar — Gegen die 20 bis 30 prozentige Fahrpreiserhöhungen, die in Wuppertal am 1.1.76 in Kraft treten, regt sich der Widerstand. Die Aktionen gehen vom „Komitee gegen Fahrpreiserhöhungen" aus, das seit Dezember besteht und dessen Mitglieder sich hauptsächlich aus Sponti-, KBW- und KPD-ML-Kreisen zusammensetzen. An der ersten Kundgebung am 10. Januar im Stadtteil Wuppertal-Barmen nahmen ca. 300 bis 500 Leute, zum größten Teil Schüler teil. Danach blockierten etwa 200 Teilnehmer eine halbe Stunde den Straßenbahn- und Busverkehr, was die Polizei veranlaßte, hart durchzugreifen. Neun Leute wurden während der Prügelei festgenommen.

Daß auch Kinder bei der Aktion dabeiwaren, wurde von dem Lokalblättchen „Wuppertaler General Anzeiger" gleich entsprechend ausgeschlachtet: „Radikale schicken Kinder vor" (Ausgabe vom 12.1.); Polizeipräsident Frödisch übte in einer der folgenden Ausgaben Selbstkritik; es sei nicht hart und schnell genug eingegriffen worden, die „weiche Welle sei nun vorbei".

Die Stadt Wuppertal-Elberfeld war bei der darauffolgenden Demonstration am 17. Januar, an der 2.000 Leute teilnahmen, von den diesmal besser ausgerüsteten Streitkräften umzingelt. Richtige Prügeleien fanden auch nicht statt, trotzdem wurden wieder neun Leute festgenommen.

Die Presse blieb natürlich bei ihrer üblichen Berichterstattung, kritisierte aber das Polizeiaufgebot als unangemessen.

Am 19. 1. wollten 50 Leute in eine öffentliche Stadtratssitzung gehen, um eine Protesterklärung zu verlesen. Wieder war die Stadt mit Polizisten vollgestopft, und die Demonstranten wurden nicht zur Sitzung zugelassen, da sie plötzlich nicht mehr öffentlich war. Die Agitation auf dem Ratshausvorplatz mußte verfrüht abgebrochen werden, da das Megaphon beschlagnahmt wurde, und wieder wurde eine Anzahl von Leuten festgenommen.

„INTERTECT DIENT IHREN WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN!"

FRANKFURT (ID) 21. Januar — Mit Bildern von Charles Bronson und anderen TV-Kriminalisten wirbt die Detektiv-Gruppe INTERTECT-AG, Tochter eines großen multinationalen Konzerns mit viel Pep und Schlagwörtern die „Männer von morgen." Es ist hier nicht der kleine Privatschnüffler gefragt, der die Scheidungsgeschichte der Meiers durchwühlt, sondern es werden gezielt Leute mit profunden Wirtschaftskenntnissen (z.B. Betriebswirte, Wirtschaftsjournalisten) zwecks „Industrie gegen Spionage" angesprochen.

Diese hochbezahlten Spezialisten (offizieller Jahresverdienst: ca. 100 000 DM und mehr) leisten ihren Beitrag zu mehr „Lebensqualität", (so INTERTECT) indem sie Einrichtungen wie „unsere" Schulen, Flughäfen, Sportstätten, Bankgebäude und andere Häuser schützen. Geld spielt keine Rolle: Zitat: „Die Großindustrie arbeitet gerne mit INTERTECT".

Neben dem nationalen und internationelen Ausspionieren von know-how (was angesichts der zunehmenden Kapitalkonzentration —also keine Konkurrenz mehr — immer bedeutungsloser wird) wird das Thema Werkschutz, Belegschaftsüberwachung für die Kunden von INTERTECT, also die Industrie, zunehmend interessanter.

Ein erfundener Auftrag, der Informationen über die „Rädelsführer" einer politisch aktiven Belegschaft eines mittelgroßen chemischen Betriebs verlangte, wurde auf Anfrage ohne Bedenken (jedoch mit dem Hinweis, daß das sehr kostspielig werden würde) angenommen. Man verwies darauf, daß gerade INTERTECT auf diesem Gebiet Erfahrungen hätte, jedoch auch andere Detekteien solche Aufgaben übernehmen würden. -

Es zeichnet sich eine Arbeitsteilung zwischen Staatsschutz und solchen privaten Organisationen ab. Während der Staatsschutz mit seiner Spitzeltätigkeit sich auf den öffentlichen Dienst konzentriert, liefern solche „Schnüffelorganisationen" beliebige Auskunft zur, Zitat: „Erhaltung des Kapitals und der Sorge für eine angemessene Rendite" ihrer Klienten. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich von von der einfachen Personenauskunft (für nur 89,90 DM) zur Vermietung von Privatpolizei (z.B. zum Schutz der Villa), bis zur Zerschlagung von Betriebsgruppen und anderen alternativen Organisationen (Man denke an den Schlag des Fischer-Verlags gegen eine Frankfurter Raubdruckerei, bei der die Polizei sich erst in der letzten Phase beteiligte.)

»Alle Gewalt geht vom Volk aus.«

So weit, so gut – nur, wer achtet darauf, wo sie hingeht?

Zum Beispiel:

DETECTIV-GRUPPE INTERTECT AKTIENGESELLSCHAFT

ARBEITSGRUPPE KNAST INFORMIERT

DARMSTADT (ID) 20. Januar Die Arbeitsgruppe Knast in Darmstadt hat das Info Nr. 8 „Thema: Strafvollzug" herausgebracht mit Berichten über § 88a, die Polizeiaktion gegen Trikont, Verteidigerausschlußgesetze, Medizin im Knast, Isolationshaft, ferner die Anschriften von etwa 60 Rechtsanwälten in der Bundesrepublik und Berlin.

Anschrift: AG Knast Darmstadt c/o AStA der Fachhochschule, Schöfferstraße 3, 6100 Darmstadt.

ROLLTREPPENKOMMANDO IM KAUFHOF

KÖLN (ID) 19. Januar Das „Wachpersonal" in den Kaufhäusern, die sogenannten Hausdetektive, werden zunehmend dreister. Wohl unter Erfolgszwang stehend, werden immer mehr Kunden belästigt und geschlagen, denen kein Diebstahl oder auch nur die Absicht nachzuweisen ist. Der Bericht eines portugiesischen Arbeiters, der schon lange Zeit in Köln wohnt, ist kein Einzelfall:

„Am Samstag, den 13. Dezember um 17 Uhr kaufte ich im Kölner Kaufhof eine Autoantenne. Ich bezahlte an der Kasse und nahm sie uneingepackt unter den Arm.

Beim Verlassen der Rolltreppe im 2. Stock wurde ich von einem Mann am Arm gefaßt. Ich fragte ihn: Was soll das? Ich riß mich los.

Dann faßte er mich am Kragen und sagte in barschem Ton, ohne sich auszuweisen: Kommen Sie mit ins Büro!

Ich stieß seine Hand runter und sagte, er solle mich loslassen. Im selben Moment bekam ich von ihm einen Fausthieb ins Gesicht. Nach der Überraschung zog ich meine Quittung aus der Tasche und zeigte sie ihm.

Da er mich wieder anfallen wollte, setzte ich mich zur Wehr. Daraufhin schlug er mich zum zweiten Mal ins Gesicht.

Inzwischen war ein fürchterlicher Menschenauflauf, so daß er sich ausweisen mußte. Erst als zwei Zeugen sich bereiterklärten, mitzukommen, bin ich ins Büro gegangen.

Ich verlangte Papier und die Polizei, aber weder das eine noch das andere bekam ich, ich wurde als Verbrecher behandelt.

Einer der Zeugen gab mir Papier. Ich ließ mir die Personalien des Kaufhofangestellten geben: Peter Manger.

Damit fuhr ich zur Polizei und erstattete Anzeige wegen Körperverletzung. Obwohl die Polizei mir davon abgeraten hat. („Das bringt nichts!") und mich zum Schiedsmann schicken wollte, bestand ich auf einer ordnungsgemäßen Anzeige, weil ich ein Exempel statuieren wollte. Von der Polizei ging ich zum Krankenhaus, in der Jakobstrasse, wo ich meine Verletzungen am Mund registrieren ließ."

(aus: Kölner Volksblatt, Nr. 1, Januar 1976)

JUNGES HERZ IN GEFAHR

KASSEL (ID) 20. Januar Die Redaktion „Auseinandersetzung" sucht als Nachwort für einen „alternativen Fotoroman" (Titel: „Junges Herz in Gefahr") Materialien und Arbeiten oder Hinweise auf solche über Rollenverhalten und Rollenklischees in der Trivialliteratur, insbesondere in Fotoromanen. Die Sache ist sehr dringend; evtl. Kosten (Porto u.ä.) werden ersetzt, bzw. mit einem Abo belohnt !
Zuschriften und Hinweise bitte an: Redaktion der Auseinandersetzung, Hirtenweg 26, 3500 kassel.

MIETER LASSEN SICH NICHT LUMPEN

AACHEN (ID) Die „Aachener gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft" mit Sitz in Köln (und zahlreichen Wohnungen in der Neuen Stadt) treibt es nicht nur in der Domstadt. Wie die Aachener Zeitung der Bürgerinitiativen „Klenkes" in ihrer Dezembernummer mitteilte, schaffte es diese Gesellschaft, die der katholischen Kirche gehört, mitten in der Ölkrise die Heizkostenpauschale auf 1,35 Mark pro Quadratmeter zu erhöhen. Das waren oft mehr als 100 Mark im Monat.
Das allerdings ließ die Bewohner der dortigen Siedlung „Drischer Hof" an der Redlichkeit und Gemeinnützigkeit der Gesellschaft zweifeln. Sie prüften die Unterlagen, rechneten nach, und siehe da:

- die tatsächlichen Heizkosten betrugen nur 0,95 DM;
- Preissenkungen des Fernheizwerkes wurden nicht an die Mieter weitergegeben;
- insgesamt 65.000 Mark (!) steckte die Gesellschaft an Extra-Profiten ein.

Jetzt gingen die Mieter an die Öffentlichkeit, verteilten Flugblätter und organisierten eine Versammlung, an der mehr als die Hälfte der Betroffenen teilnahmen. Sie zwangen die Kirchengesellschaft, noch vor Weihnachten pro Mietpartei zwischen 150 und 320 Mark zurückzuzahlen. Durch diesen Erfolg mutig und klug gemacht, wählten sich die Mieter einen Beirat: zwei Rentner, zwei Berufstätige, eine Hausfrau, einen Studenten. Dieser Beirat vertritt ständig die Mieterinteressen gegenüber dem Hausbesitzer.

Kontaktadresse:
Hans-Albrecht Hymmen, Stettiner Str. 52, 5100 Aachen

HAUPTSCHÜLER MACHEN EINE SCHÜLERSCHULE

KÖLN (ID) 19. Januar Köln-Ostheim, Gernsheimer Straße: eine Ansammlung häßlich-riesiger Wohnhochhäuser, hohe Sozialmieten, aber weder ausreichend Spielplätze noch ein Jugendzentrum für die vielen Jugendlichen aus den kinderreichen Familien. Hier stellt sich immer wieder für Schüler und Lehrlinge die Frage: „Wo kann ich abends hingehen, damit es nicht so langweilig wird? "

Auch der Wirt der Kneipe „Beim Olli" kennt das Problem und bot deshalb den Ostheimer Jusos einen alten Fliegerschutzkeller unter seinem Lokal an: „Macht da doch was draus!"

Das ließen sich diese nicht zweimal sagen und sprachen Jungen und Mädchen aus dem Viertel an, ob sie nicht Lust hätten, mit ihnen zusammen aus dem alten Keller einen Treff zu machen. Bald waren es über zwanzig Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren, die — mit Hilfe der Jusos — den Keller in eigener Regie entrümpelten, anstrichen und ausbauten.

Als sich die Jugendlichen dann öfter im Keller trafen, kam auch die Rede auf die miesen Zustände in ihrer Schule, der Hauptschule Ostheim. Sie beschlossen, eine Schülerzeitung herauszugeben, gaben ihr den Namen „Team Wörk" und nach einem Monat war die Zeitung fertig. „Team Wörk" berichtet beispielsweise über die ungerechte Notengebung und über eine Lehrerin, die jede Menge Strafarbeiten aufgibt (zum Beispiel 17 Seiten aus dem Erdkundebuch abschreiben). Die Schlußfolgerung: „Wir werden in Zukunft nur noch sinnvolle Übungsaufgaben machen, die uns etwas nützen."

Wenn man sowas schreibt, bekommt man natürlich Ärger mit manchen Lehrern. Dieser Ärger wirkt sich üblicherweise in der Schule auf die Noten aus: die Schüler, die die Zeitung machen, fürchten um ihren Hauptschulabschluß. Ohne den Abschluß aber bekommt man erst recht keine Lehrstelle, was schon so schwer genug ist. Das macht auch den Eltern Sorgen.

Deswegen beschlossen die Schüler, sich nachmittags zusammenzusetzen, und gemeinsam zu lernen, damit sie ihren Abschluß schaffen. Eine benachbarte Schule stellt Räume und Unterrichtsmittel zur Verfügung, und so findet zweimal in der Woche für drei Stunden Kölns kleinste Schule statt: „Unsere Schule". Drei Abiturienten erklärten sich bereit, den Hauptschülern in Mathematik, Deutsch, Englisch und Biologie unentgeltlich zu helfen. Diese „Lehrer" helfen nur, wenn die Schüler selbst nicht mehr weiterwissen. Sonst jedoch machen die Jugendlichen alles selbst: sie bestimmen die Themen, erklären und helfen sich gegenseitig. Zwischendurch wird Kaffee getrunken und auch über alles mögliche andre geredet. Noten und Klassenbücher gibts keine: die Schüler kommen gern in „Unsere Schule".

Letztens fand wieder ein Fest in dem Jugendkeller unterm „Olli" statt. Einer brachte auch ein paar Jugendliche aus Riehl mit, die erzählten, wie ihnen ihr Jugendzentrum Tiergartenstraße von der Stadt weggenommen wurde. Sie beneideten die Ostheimer um ihren schönen Keller. Spontan luden diese die Riehler dann zu ihrem nächsten Treffen ein: „Wir wollen euch helfen, damit ihr auch wieder ein Zentrum kriegt!"

(aus: Kölner VolksBlatt, Nr. 1, Januar 1976)

ZÖGLINGSSCHULE VON AMTSSCHIMMEL NIEDERGERITTEN

KÖLN (ID) 1. Januar — Auf dem Klever Hof in Odenthal nahe bei Köln haben ehemalige Fürsorgezöglinge zusammen mit einigen Betreuern einen Versuch dazu gemacht, einen Ausweg aus dem festgelegten Lebenslauf „Heim-arbeitslos-kriminell" zu finden: den Jugendhof Verein Kollektiv e.V.

Dazu — so planten sie — sollte das gemeinsame Lernen kommen, um mit dem Hauptschulabschluß eine Lehre machen zu können. Die Schule sollte direkt mit der Wohngemeinschaft zusammenhängen. Auch das Kreisschulamt Bergisch-Gladbach war dafür, die Volkshochschule wollte als Träger dienen. Das Bundesministerium für Bildung versprach, die Hälfte aus einem Sonderfonds für solche Schulversuche zu bezahlen, wenn das Landeskultusministerium die andere Hälfte übernähme. Daraufhin nahm der Verein Kollektiv e.V. einen Kredit auf und suchte Lehrer. Der Unterricht begann im Grundschulgebäude von Eikamp.

Dann aber schossen die Behörden plötzlich quer: Erst der Eikamper Gemeindedirektor, dann die Stadt Bergisch-Gladbach, am Ende auch Bundes- und Landesministerium. Die Schüler sollen auf einmal in eine Berufsschule eingegliedert werden. Der enge Kontakt zwischen Lehrern und Wohngemeinschaft wurde gestört, geht nach und nach verloren, die Jugendlichen müssen von vorne anfangen. Einige sind schon abgesprungen. Wie es weitergeht, ist ungewiß. Bisher hat sich keine Schule gefunden, die die Jugendlichen aufnehmen will. Und der Sonderfonds aus Bonn ist zum Jahresende ausgelaufen. Wofür ist so ein Fonds eigentlich da?, drängt sich hier die Frage auf.


Der Amtsschimmel hat schon so Manches zu Schanden geritten!

Noch etwas wäre in diesem Zusammenhang anzumerken: Es trafen sich im Bergisch-Gladbacher Amt Oberkreisdirektor Scholtissek, Vertreter des Jugendamtes und der Polizei mit Vertretern des SSK Bensberg und dem Vorsitzenden des Vereins „Helft dem SSK" E. Rappard. In dem Gespräch sollte über eine vom SSK eingereichte Dienstaufsichtsbeschwerde verhandelt und — nach den amtlichen Vorstellungen — Möglichkeiten von Zusammenarbeit erörtert werden. Unter dem Gesichtspunkt guter Zusammenarbeit wurde dabei der SSK-Seite das Modell „Klever Hof" vor Augen geführt: Wenn sich der SSK an diesem Typ von Arbeit ausrichte, seien für ihn ebensolche Hilfen und Unterstützungen möglich wie für die Klever-Hof-Gruppe! — Naja.

Trotz aller Schwierigkeiten wollen die Jugendlichen vom Klever Hof weitermachen, obwohl sie von offizieller Seite kein Geld bekommen. Sie bitten deshalb alle, die ihr Schulprojekt für gut halten, sie finanziell zu unterstützen:
Kontonummer: 328 00 2023/Kreissparkasse Köln, Verein Kollektiv e.V., Klever Hof / Odenthal-Klev
(aus: Kölner Volksblatt)

PFAFFE ALS DENUNZIANT AN DER UNI

FRANKFURT (ID) 13. Januar — Ein schwarzer Tag war der 13.1.76 für Dr. Hermann Vogt, Mitglied des Außenamts der Ev. Kirche in Hessen und Lehrbeauftragter an der Frankfurter Uni zum Thema: „Strukturen der Diskriminierung von Minderheiten (erläutert am irischen Konflikt)". Vogt, der sicher zum rechten Flügel des kirchlichen Außenamtes gehört (Vogt-Zitat: „Krieg ist fairer als das, was z.Zt. in Irland geschieht") hat sich in einem Breif an den Dekan des Fachbereichs III darüber beklagt, „daß die Mitglieder des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees, schon seit längerem bakannt als deutscher Flügel der provisorischen I.R.A., sein Seminar unterwandert und zur aktiven Unterstützung der I.R.A. aufgefordert hätten, weshalb er nicht für den weiteren reibungslosen Verlauf garantieren könne." Dies alles sollte sich just ereignet haben, als Vogt sich während des laufenden Semesters 4 Wochen in Nairobi zur Weltkirchenkonferenz aufhielt. Des weiteren mokierte er sich über Wandparolen, die u.a. forderten: Britische Truppen raus aus Irland und Pfaffe Vogt raus aus der Uni. Die Parolen von böser Hand fabriziert, sollten natürlich auch auf das Konto des WISK gehen.

Vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Verfassungsschutz-Bespitzelungen an der Uni, der Überprüfungen durch den Verfassungsschutz für Bewerber des öffentlichen Dienstes, der Berufsverbote, des § 129 und des in Kürze zu erwartenden § 130 a ist diese Handlungsweise von Vogt eine ungeheure Schweinerei, die wahllos Teilnehmer seines Seminars als Terroristen qualifiziert. Zudem ist das WISK ein e.V. und deren Mitglieder im Vereinsregister jederzeit namentlich feststellbar.

In Anwesenheit des Dekans und aller empörten Seminarteilnehmer sah sich Vogt dazu gezwungen, nach und nach sämtliche denunziatorischen und diffamierenden Äußerungen in diesem Brief zurückzuerbitten, drohte aber gleichzeitig damit, „sich mit seinen Kollegen in ähnlicher Form beraten zu müssen, wenn nach seiner Einschätzung das Seminar gestört würde".

Sicher dürfte ein Mann der Kirche und berufener Pfaffe der ideale Typ des Informanten für den Verfassungsschutz darstellen, da er ja als Diener seiner Kirche ein Mann ist, dessen Äußerungen über jeden Zweifel erhaben sind. Wem sollte man denn dann noch glauben? – zeigt aber gleichzeitig auch, daß er sicher nicht der einzige Lehrbeauftragte an der Uni ist, der sich solcher schmutzigen Mittel bedient, um kritische und marxistische Studenten zur disziplinieren oder gar ihre Berufsperspektiven nachhaltig zu zerstören.

PROPAGANDAREISE FÜR CHILENISCHE MILITÄRJUNTA

FRANKFURT (ID) 20. Januar Nach einem Bericht der reaktionären deutsch-chilenischen Zeitung „CONDOR" vom 13.12. 1975 veranstaltet der Deutsch-Chilenische Singkreis im Januar und Februar eine Europatournee.

Zweck dieser Reise ist klar: Propaganda für die faschistische Militärjunta des Generals Pinochet.

Diese Propaganda zu verhindern,wird eine wichtige Aufgabe der Chile-Solidaritätsbewegung sein. Schon einmal, anläßlich der geplanten Tournee der juntatreuen Musikgruppe „Los Huasos Quincheros" vor der Fußballweltmeisterschaft, wurden solche Veranstaltungen zu einer Niederlage der chilenischen Reaktionäre und ihrer westdeutschen Freunde und zu einer Manifestation der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes.

Folgende Auftritte sind geplant: 30.1. Kassel. 1.2. Uelzen/Lüneburg. 4.2. Hannover. 6.2. Bielefeld. 8.2. Osterode/Harz. 10.2. Braunlage. 12.2. Wanne-Eickel. 13.2. Düsseldorf. 17.2. Kiel. 19.2. Hamburg.

Koordination der Chile-Komitees: c/o Reinhard Schlegel
Lehenstraße 99 b
78 Freiburg.

ZUM SCHNÜFFELPROZESS DER US-ARMY

FRANKFURT (ID) 19. Januar Im ID 99 wurde über den Prozeß gegen Oberleutnant Hatheway berichtet. Vom 6. bis 9. Januar 1976 wurde der Prozeß jetzt beendet.

Zu den Besonderheiten des Prozesses:

Obeleutnant James Hatheway, 26 Jahre alt, Angehöriger der Special Forces und „green barets" der jahrelang ‚top secret clearence' hatte, das heißt, die höchste militärische Geheimhaltungsstufe hatte, die die US-Armee ihm überhaupt geben konnte, wurde der „Sodomie" schuldig befunden — der Begriff stimmt nicht mit dem deutschen Begriff Sodomie überein; in seinem Fall ist es homosexueller Geschlechtsverkehr — und mit der unehrenhaften Entlassung (dismissal) unter Verlust aller Rechte bestraft. Diese Bestrafung entsprocht einer Geldstrafe von 50.000 Dollar (Verlust der Pension, Entlassungsgelder usw.) zuzüglich der Folgen, die Hatheway auch im Zivilleben aus der unehrenhaften Entlassung entstehen.

Begründet wurde das Urteil vor allem auf zwei Tatsachen:

1. Nach Aussage des Kronzeugen, dem Straffreiheit sowohl in Bezug auf die Sodomie wie auch in Bezug auf einen vorher geleisteten Meineid zugesagt war, wenn er die „Wahrheit" sagt, hat Hatheqay am 31.7. mit dem Soldaten Robert Lynde in der Flint Kaserne in Bad Tölz homosexuellen Analverkehr gehabt.
2. Wurde es nicht anerkannt, daß Hatheway während dieses Geschlechtsverkehrs nach Alkoholgenuß unzurechnungsfähig war.

Zwei Armeepsychiater dagegen, darunter Oberstleutnant Hicks, 5. US-Armee General Hospital in Stuttgart, hatten dagegen ausgesagt, daß Hatheway unter „pathologischer Intoxication" leide und deshalb wahrscheinlich unzurechnungsfähig gewesen war.

Schon während der Zeit, als Hatheway 'top secret clearence' hatte, gab es mindestens vier mal solche ‚drop outs', also vollständige Unzurechnungsfähigkeit nach Alkoholgenuß. Dennoch hatte Hatheway wichtigste militärische Aufgaben.

Trotzdem erkannten die acht Geschworenen, Offiziere der US-Armee auf schuldig.

In dem sich anschließenden Prozeß zur Findung des Strafmaßes (aggravation and mitigation) sagte der Armeekaplan Alvert Pitchford, daß Homosexualität zwar Sünde sei, aber sicher nicht schlimmer als Ehebruch; sicherlich sei aber die Benachteiligung Homosexueller ungerecht — Ausführungen dazu wurden ihm aber von Richter Oberst George Harrell, höchster Richter der US-Armee in Europa, verboten, da der Angeklagte ja der Sodomie für schuldig befunden ist, nicht der Homosexualität.

Nach der Verurteilung sagte der Kaplan vor den Zuschauern, vielen Offizieren der US-Armee, Martin Luther King habe auch ins Gefängnis gehen müssen, um ungerechte Gesetze der Verfassungswidrigkeit überführen zu können.

Die Verurteilung Hatheways dürfte sicherlich auch damit zusammenhängen, daß Hatheway nicht mehr so recht in das Bild der Super-Eliteeinheit paßte: Er hatte sein Friedensposter in seiner Wohnung aufgehängt und sich mit vielen einfachen Soldaten offensichtlich gut verstanden, was eine Sünde für jeden Offizier in der US-Armee, ebenso wie z.B. in der Bundeswehr ist. Hatheway sagte deshalb auch nach dem Prozeß, daß er nicht wirklich der Sodomie überführt wurde, sondern der „fraternisation".

Der Prozeß hatte natürlich auch Auswirkungen auf Hatheways Einheit. Z.B. wurden in den Diskussionen, die sich um den Prozeß entwickelten, Geheimeinsätze von Angehörigen dieser Einheit angesprochen. Z.B. wurde 1968 in Kolumbien in einem Einsatz Partisanenführer umgebracht und dieser Mord anderen Guerillatruppen in die Schuhe geschoben — das alte Mittel der Spaltung, zu dem jede Methode gerechtfertigt ist.

Obwohl solche Einsätze und die Sodomie Hatheways eigentlich weit voneinander entfernt zu liegen schei nen, zwang dieser Prozeß gegen einen ihrer Offiziere die Angehörigen der special forces in Bad Tölz zum Nachdenken — und manchmal ein wenig auch zum Umdenken.

Noch eins: im Zusammenhang mit diesem Prozeß mußte die Armee erklären, wie sie es mit dem Telefonabhören hält. Der Assistant Secretary of Defence hat deshalb eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, daß die Telefone der Betroffenen nicht mehr abgehört würden.

(copyright: Max Watts, ID)

INFORMATIONEN ZUR SUV

BOCHUM (ID) 15. Januar Ab Januar reisen protugiesische Soldaten von der SUV (soldados unidos vercerão — Vereinigte Soldaten werden siegen) durch westdeutsche Garnisonstädte und durch einige andere Städte, um über ihre Erfahrungen in Portugal und bei der Armee zu berichten.

Zur Vorbereitung dieser Rundreise und zur Information über die SUV soll diese Broschüre dienen. Sie wurde kurz nach dem rechten Coup vom 25. November 75 inhaltlich abgeschlossen.

Wir gehen im ersten größeren Artikel auf die Geschichte Portugals vom 25. April 74 bis zur Entstehung der SUV ein.

Der Artikel ist notwendig, um verstehen zu können, wie sich nach der antifaschistisch-demokratischen Revolution vom 25. April die Volksmacht gestärkt hat und den Weg zum Sozialismus eingeschlagen hat.

Im nächsten Hauptartikel gehen wir auf die Entsteh ung und die Aktionen der SUV ein.

Der dritte Hauptteil zeigt, welches Interesse die NATO und die BRD haben, die portugiesische Revolution zu verhindern und was wir von der SUV, auch bei anderen Voraussetzungen, lernen können.

Die Rundreise mit den portugiesischen Genossen wird von der antimilitaristischen Gruppe Bochum organisiert, die in 4630 Bochum, Postfach 520 229 (c/o ESG) zu erreichen ist.

Die Broschüre (48 Seiten, a4 mit vielen Dokumenten der SUV, Interviews, Entsteh ung der SUV, Portugal-BRD-NATO usw., kostet 2,50 Mark. Einzelversand 5,; Mark, ab 10 Ex. je 1,80 plus 2,40 Porto. Versand nur bei Vorauszahlung auf Pschko. 886 11-430 Essen (Giebel).

Kontaktadressen zur weiteren Information:
Portugalgruppe Kassel, Tel.88 55 66, Hirtenweg 26, 3500 Kassel
Portugalgruppe Brau nschweig (Kristen), Rudolfstra. 3
3300 Braunschweig.

BUNDESREGIERUNG VERWEIGERT CHILENEN DIE EINREISE

BERLIN (ID)
21. Januar

Für etwa 40 durch die Junta verfolgte Chilenen ist bisher durch Angebote von Arbeitsplätzen und Stipendien der „Stiftung Mitbestimmung" (StMb) die Einreise in die Bundesrepublik ermöglicht worden. Die jüngsten 5 Fälle, für die sich die StMb einsetzt, erfordern die breite Unterstützung vor allem von Seiten der Gewerkschaften.

Es handelt sich um Mitglieder der von der Junta verbotenen chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT:
1. Nora Edilia Becker Alvarez
2. Gladys Diaz Armijo
3. Galvarino Araya Vasquez
4. Bernadita Wisser Sots
5. Alonso Azocar Avendano

Diese Kollegen sind von hohen Gefängnisstrafen bedroht oder werden bereits in KZs gefoltert. Die Junta stimmt ihrer Entlassung zu, falls ein Land sie als politische Flüchtlinge aufnimmt. Der Versuch der StMb, diese Kollegen frei zu bekommen, scheiterte an der Einreiseverweigerung der Bundesregierung aus zweierlei Gründen:
1. Es werden „Sicherheitsbedenken" geltend gemacht
2. Die einmal festgesetzte Aufnahmequote sei erschöpft.
Angesichts der verschärften Repression der die Chilenen ausgesetzt sind, entbehren diese Argumente jeder Grundlage.

Deshalb haben bisher einige Gewerkschafts- und SPD-Gruppen ihre Vorstände aufgefordert, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, damit die bisherigen Chile-Solidaritätsbekundungen in die Tat umgesetzt werden und die 5 Chilenen einreisen können. Z.B. sind in Berlin in einer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) und in zwei Mitgliederversammlungen der IG Bau-Steine-Erden (BSE) derartige Resolutionen verabschiedet worden.

Weiter müssen, individuell oder als Gruppe, Briefe geschrieben werden:
— an den Bundesminister für Inneres in Bonn, um die Einreisegenehmigung für die 5 Chilenen zu erreichen
— an die Innenminister der Länder, um die Aufnahmequoten zu erhöhen
— an den DGB-Vorstand Vetter, um sich für die chilenischen Gewerkschaftskollegen einzusetzen.
Für nähere Informationen bitte wenden an:
Amnesty international, Frankfurt/Main



SPANISCHES ZENTRUM IN ESSEN

ESSEN (ID)
19. Januar

Seit fünf Jahren gibt es in Essen das Spanische Zentrum, das in der Kibbelstr. 12 ein ganzes Haus gemietet hat; mit Diskothek, Versammlungssaal, dem politischen Buchladen „Miguel Hernandez" u.v.a.. Die spanischen Genossen haben mit ihrer Arbeit der Essener linken Bewegung tüchtig unter die Arme gegriffen; für die Portugal-Spanien-Solidaritätsbewegung sind sie ein wichtiger Koordinator im Ruhrgebiet und in ganz NRW geworden. Im Folgenden die wesentlichen Auszüge aus einem Bericht, den der spanische Kulturkreis e.V. (so der offizielle Name) in einem Brief an seine Mitglieder und Freunde gerichtet hat:

„Der Spanische Kulturkreis in Essen ist ein Modell einer Arbeiterselbstorganisation, entstandan aus der dringenden Notwendigkeit der ausländischen Arbeiter, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen, sowie als die logische Konsequenz der absoluten Unfähigkeit deutscher sowie spanischer Institutionen, unsere Probleme zu beantworten.

Der Spanische Kulturkreis ist vor allem eine Arbeiterorganisation, und er hat deshalb einen entschiedenen Klassencharakter. Dieser Klassencharakter bedingt, daß zuallererst unsere Probleme behandelt werden, und zwar nicht nur die, die sich aus unserer besonderen Emigrantensituation ergeben, sondern die Probleme, die wir ganz allgemein als Arbeiter haben. Der Aufbau des Kulturkreises war natürlich nicht einfach, da es an allen möglichen Dingen fehlte — an Material, Geld, Räumen, Mobiliar usw. Auf der anderen Seite wollten wir, um unsere Unabhängigkeit nicht zu verlieren, keine Hilfe des Konsulats oder der Kirche beanspruchen. Trotz aller Schwierigkeiten ist der Kulturkreis geboren und machte wie ein kleines Kind seine ersten noch tollpatschigen Schritte. Er überwand Schritt für Schritt seine Schwierigkeiten, wurde größter und entwickelte sich zu einer Persönlichkeit, die sich von allen Organisationen seiner Art in der BRD unterscheidet. Der Kulturkreis hielt konsequent an seinem Klassencharakter fest und begann mit der Lösung eines Problems der Ausländer hier in der BRD, er begann nämlich damit, die unsichtbare Mauer zu zerstören, die deutsche und ausländische Arbeiter voneinander trennt, sowie die ausländischen Arbeiter untereinander. So konnte der Kulturkreis mit seiner Arbeit Barrieren einreißen, Kontakte schaffen, nationalistische Vorurteile zerstören und schuf somit die Voraussetzungen, um unserer Organisation einen multinationalen Charakter zu geben.

In unseren Räumen treffen sich u.a. deutsche, türkische, italienische, Gruppen. Sie diskutieren ihre Probleme und lösen sie auch und zwar nicht nur auf der Ebene ihrer Nationalität, sondern in Zusammenhang mit allen anderen . So gingen gerade vom Kulturkreis die verschiedensten Aktivitäten aus, wie die notwendigen Intitiativen in Bezug auf Chile, auf die Erziehung unserer Kinder, auf das Ausländergesetz, auf Arbeitslosigkeit, Kindergeld, Todesstrafe usw.. Der Kulturkreis entwickelte außerdem eine Vielzahl von Aktivitäten u.a. auf sozialem Gebiet. Was die Wohnsituation anbelangt, haben wir nicht nur Wohnungen für Einzelne und Familien gesucht, haben sie juristisch beraten, sondern wir haben sogar eine Untesuchung über die Wohnsituation ausländischer Arbeiter in Essener Wohnheimen gemacht. Diese Untersuchung entlarvte den enormen Ausbeutungsgrad, dem wir Ausländer gerade in diesem Gebiet ausgesetzt und unterworfen sind. Die Veröffentlichung rief eine Welle von Kommentaren und Veröffentlichungen hervor, insbesondere von vielen lokalen Betrieben, die nichts damit zu tun haben wollten, sowie von der lokalen Presse, und einer Reihe anderer Nachrichtenmedien.

In Bezug auf die Arbeitssituation versuchte der Kulturkreis, alle die zu unterstützen, die eine Arbeit suchen; er hat die Rechte der Arbeiter bis vor Gericht vertreten, insbesondere in Fällen extremer Ausbeutung; er setzte sich juristisch vor allem für die Arbeiter ein, die durch Teilnahme an Arbeitskämpfen um ihre legitimen Rechte besonderen Repressalien ausgesetzt wurden. Mit juristischen Mitteln konnte der Kulturkreis verschiedene Mal die Ausweisung von spanischen Arbeitern aus der BRD verhindern. Was die letzten Maßnahmen der Bundesregierung anbelangt, die Verweigerung der Verlängerung der Arbeitserlaubnis für diejenigen, die weniger als fünf Jahre in der BRD sind, die Abschaffung des Kindergeldes, so hat der Kulturkreis immer öffentlich seine Positionen vertreten und hat diese Maßnahmen als einen Versuch der herrschenden Klasse entlarvt, das Rotationssystem zu verwirklichen, mit allen Konsequenzen, die dieses System für die Spaltung der Arbeiterklasse im allgemeinen hat. Diese Haltung des Kulturkreises zu diesen Fragen ist nicht passiv, sondern im Gegenteil beteiligte er sich aktiv an allen Initiativen zur Bekämpfung dieser Zustände. Innerhalb des Problems der Ausbildung hat der Kulturkreis verschiedene Initiativen Ergriffen. Einmal veranstalteten wir Kurse in Deutsch für Spanier und spanische Kurse für Deutsche. Weiter haben wir uns im besonderen mit der Situation unserer Kinder an den deutschen Schulen befaßt und versucht, auf die Probleme eine Antwort zu geben. Gleichzeitig arbeiten wir mit den Kindern außerhalb der Schule mit dem Ziel, die Kreativität und Klassensolidarität zu entwickeln, um ihnen für die Zukunft ihres Lebens eine Klassenposition zu vermitteln. Vor einiger Zeit entstand als Ergebnis der Bemühungen der Verein „Hilfe für Kinder ausländischer Arbeitnehmer", der im Moment mit sechs Kindergruppen aus verschiedenen Nationalitäten in den verschiedenen Stadtteilen Essens arbeitet.

Auf kultureller Ebene organisiert der Kulturkreis je nach seinen Möglichkeiten laufend Aktivitäten. Besonder zu nennen sind hiervon die drei spanischen Wochen in den Jahren 72, 73 und 74. Die vierte spanische Woche hat erst kürzlich vom 16. bis 23. 11. 75 stattgefunden. Neben Liedern und Gedichten, Sängern aus Spanien und Uruguay, Theater und Filmen über den spanischen Bürgerkrieg sind wir besonders auf die aktuelle Situation in Spanien eingegangen, deren Entwicklung heute in der ganzen Weltpresse diskutiert wird.

Es waren Kollegen aus Spanien hiergewesen, die über ihre Erfahrungen im revolutionären Krieg berichteten, die über das nationale Problem sprachen und von den letzten Arbeitskämpfen berichteten. Wir meinen, daß der Kulturkreis die genannten Aufgaben übernehmen und lösen muß, da es sonst niemanden gibt, der dies tun könnte. Das heißt für uns, daß wir den spanischen Kulturkreis mit eisernen Aktivitäten erhalten und sogar ausbauen müssen, umso allen spanischen Arbeitern und deutschen Arbeitern die Möglichkeit geben zu können, sich zuäußern, sich zu treffen, sich zu organisieren. Die Aktivitäten des spanischen Kulturkreises sind innerhalb des letzten Jahres angewachsen. Auch räumlich ist das Haus größer geworden, da wir seit Mai dieses Jahres noch zwei Etagen im Haus dazu mieten konnten. Das hat ermöglicht, daß die Frauengruppe mit ihrer Arbeit beginnen konnte, wobei Beratungsstunden im Zentrum abgehalten werden. Das hat ermöglicht, daß die Kindergruppe endlich eigene Räume erhielt und so die Betreuung der Kinder erheblich verbessert werden konnte. Das hat ermöglicht, daß durch mehr Sitzungsräume sehr viel mehr Gruppen und Arbeitsbereiche in das Zentrum integirett werden konnten. Das hat aber auch verursacht, daß die Kosten des Kulturkreises erheblich seit einiger Zeit ansteigen, ohne daß die Einnahmen durch die Diskothek und die Gaststätte merklich zunehmen würden."

Die 5.500 Mark für die Hausmiete müssen durch Dauermitgliedsbeiträge und Spenden jeden Monat aufgebracht werden, damit das Zentrum erhalten bleibt. Wenn Genossinnen und Genossen spenden wollen, hier die Kontonummer:

Spanischer Kulturkreis, Kibbelstr. 12, 4300 Essen,
Commerzbank Essen, 3643715.

Jeder, der spenden will, kann Einsicht kriegen in die Bilanzen. Ein 20-minütiger Film über das Essener spanische Zentrum ist ab Mitte Januar in Berlin, über INFO zu beziehen. Mitte Februar kann der Film auch in Frankfurt gezeigt werden. Alle Gruppen, die ihn bei sich zeigen wollen, wenden sich an :

Filmgruppe im Galluszentrum, Ulrike Edschmidt, Eschersheimer Landstr. 70, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 59 53 26. (auch Lutz oder Roline danach fragen)

INTERNATIONALES

MIT MASSENSTREIKS BEGINNT DIE OFFENSIVE

MADRID/BARCELONA (ID)
21. Januar

Die spanischen Arbeiter haben den Kampf gegen die faschistische Regierung offensiv aufgenommen. Nicht, daß sie erst seit Francos Tod kämpfen — sie nutzen jetzt einfach die deutliche Zersplitterung und Schwäche der diversen spanischen Kapitalfraktionen aus.

Wie hat neulich in Bonn der spanische Außenminister Areilza zu seinen Gönnern gesagt:„Wir streben die volle Mitgliedschaft in der EG an." In der EG aber beschwört man die Normen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Das bedeutet: die Eintrittskarte in Spanien sind freie Wahlen, Amnestie etc.

Diese Eintrittskarte aber ist zugleich ein Teil der Kampfplattform der spanischen Arbeiter und Angestellten. Sie fordern jetzt:
1. Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen
2. Amnestie für alle politischen Gefangenen
3. Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe
4. Aufhebung der Sanktionen gegen Arbeiter

Und da liegt das Dilemma der Herrschenden. Denn in Spanien hat es im Gunde nie Grabesstille gegeben — wie etwa unterm portugiesischen Faschismus. Es gibt Kampferfahrungen, es gibt ein Bewußtsein der Lage, und es gibt Erinnerung an faschistische Massaker in den Jahren nach dem Bürgerkrieg. Das heißt jetzt: Demokratische Rechte werden genutzt. Ein streikender Arbeiter der Geräte-Fabrik Kelvinator in Madrid faßt das zusammen:

„Wir Arbeiter aus den verschiedenen Branchen fühlen uns verbunden wie noch nie. Unsere Einheit und unsere Kampfkraft sind in diesen Wochen außergewöhnlich gestiegen. Wir lassen uns nicht mehr wie früher einschüchtern... Hinter uns steht keine Partei, solidarisch mit uns ist die Arbeiterschaft der ganzen Industrie-Zone Madrid-Süd."

STREIKVERLAUF

5. Januar
Die Streikwelle kam am 5. Januar auf, am Vortag eines grossen spanischen Festtages, ähnlich unseren Weihnachten. Allerdings hatten schon im November die Arbeiter einiger Großbetriebe des Madrider Metallsektors zu streiken begonnen, so Standard Electrica – ITT (19 000 Arbeiter), Chrysler (12 000).

Fünf Monate lang hatten die Metrobeschäftigten bereits eine Lohnerhöhung verlangt. Am 5. Januar kam es in einem Metrodepot zu einer Arbeiterversammlung, die gewalttätig von der Polizei aufgelöst wurde: drei Verletzte.

Währenddessen fanden bereits in zahlreichen Betrieben des südlichen Vororts Getafe Arbeitskämpfe statt, bei Standard streikten 13 ooo, die Arbeiter von Chrysler hatten sich bereits den dritten Tag in einer Kirche eingeschlossen. Die Firma Vers hatte ihre Belegschaft entlassen und den Arbeitern gedroht, sie aus den Fabrikwohnungen zu werfen, wo manche schon seit 17 Jahren wohnten. Die Bankangestellten nahmen ebenfalls den Streik wieder auf, es ging um die Unterstützung ihrer Forderungsplattform. In Bilbao wurden Arbeiter aus einer Kirche vertrieben, die sie 12 Tage besetzt hatten.

Die Metroarbeiter Madrids forderten höhere Löhne, die Zahlung der Sozialversicherung durch das Unternehmen und die 40-Stunden-Woche ab Juli. Das faschistische Zwangssyndikat schlug vor, für die Metro offiziell den Arbeitskonflikt zu erklären. Das hätte eine lange Schlichtungsprozedur in Gang gesetzt. Die Arbeiter wollten gerade das nicht. Sie wollten mit der Metro verhandeln, was diese verweigerte. Schon fünf Monate lang. Der Syndikatsminister empfahl, erst einmal wieder zu arbeiten, dann könne man verhandeln. Von der Seite war also nichts zu erwarten. In der Nacht zum Feiertag, Dienstag, dem 6. Januar, schlossen sich 2 500 Metroarbeiter in einer Kirche ein. Andere Versammlungsmöglichkeiten gibt es in Spanien nicht.

6. Januar
Der Streik beginnt. Die Metro fährt nicht mehr. Die Arbeiter sind in der Kirche, die Kinder zu Hause, Geschenke gibt es nicht. Wer noch Geld hat, gibt es in den Hilfsfonds für die Ausgesperrten und Entlassenen. Aus den Stadtvierteln kommt viel Unterstützung, Lebensmittel und Geld. Die Polizei hält sich zurück, ist aber sehr massiv vorhanden. Die Regierung berät indessen, ob sie sich eine Militarisierung der Metro wie 1970 erlauben kann; offenbar angesichts der internationalen Beachtung des Streiks weicht sie davor zurück. In Westeuropa wäre die Militarisierung als Ende des politischen Öffnungskurses betrachtet worden.

7.Januar
Am Mittwoch gibt die Polizei zehn Minuten zum Verlassen der Kirche. Doch schon kurz darauf haben etwa tausend Metroarbeiter die nächste besetzt, aus der sie eine Stunde später mit Tränengas vertrieben werden. An diesem ersten Tag nach Ferienende finden sich 6 000 Standard-Arbeiter vor verschlossenen Toren: ausgesperrt! Etwa 4 000 Arbeiter von Standard (Werk Villaverde) und 6 000 von Chrysler und Boetticher demonstrieren im Süden Madrids. Mit ihrem Marsch gelangen sie bis kurz vor das Zentrum der Stadt. An der Toledobrücke über den Manzanares werden sie von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen auseinandergetrieben.

In Getafe setzt sich der Streik der letzten Tage fort. Der Kampf geht hier um ein neues Kollektivabkommen, Amnestie, eine Arbeitergewerkschaft, Aufhebung des Lohnstopdekrets und Wiedereinstellung der Entlassenen: O todos o ninguno! (Alle oder keiner). Die hohe Solidarität im ganzen Ort (Schulen, Geschäfte, Märkte usw. geschlossen) macht die Aktionen faktisch zum Generalstreik. Ständig finden Fabrikversammlungen statt, auf denen das Vorgehen beschlossen wird; Demonstrationen mit 3 000 Menschen, 500 Arbeiter von John Deere und hundert von Wafios schließen sich in einer Kirche ein.

In der Madrider Innenstadt streiken die Angestellten verschiedener Banken und halten Versammlungen ab. Die Bediensteten der Schlafwagen melden Arbeitskonflikt an, und die Spannung im Madrider Baugewerbe ist so bedrohlich, daß selbst das Syndikat verspricht, zum Streik aufzurufen, wenn in den nächsten Tagen keine Verhandlungen zustandekommen. Die Metroarbeiter setzen ihren Zug von Kirche zu Kirche fort. Viele sind seit zwei Nächten ohne Schlaf. Nachmittags wollen sie sich vor der Polizeizentrale in der Innenstadt versammeln, aber das Polizeiaufgebot ist zu stark. Sie ziehen in die Kirche des Arbeiterviertels Vallecas, etwa 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Position des Unternehmens bleibt die gleiche: keine Verhandlungen. Derweil tritt in Barcelona der Streik der 200 Lafosa-Arbeiter, von denen 157 entlassen sind, in den zweiten Monat. Es kommt zu einer Reihe von Solidaritätsstreiks in anderen Betrieben. Weitere Streiks werden aus Valencia, Algeciras und von den Landarbeitern in Lebrija gemeldet.

8. Januar

Um neun Uhr morgens versammeln sich die Metroarbeiter wieder in Vallecas. Am Nachmittag demonstrieren etwa 5.000 Bankangestellte in der Innenstadt. Die Polizei benutzt Tränengas und schießt auf sie. Bei Standard ist der Streik inzwischen in allen Madrider Werken total, ebenso in der Filiale in Toledo, in Santander wird langsam gearbeitet. Die vollstreikenden Werke werden geschlossen. Weitere 9.000 Standard-Arbeiter sitzen auf der Straße.

9. Januar

In Getafe setzt sich der Generalstreik fort. Die Polizei verwehrt den Arbeitern den Zutritt zu ihren Fabriken. Auf den zentralen Plätzen findet am Spätnachmittag eine Versammlung von mehr als 20.000 Personen statt.
Von Villaverde aus zieht ein großer Demonstrationsmarsch in die Innenstadt, wird aber von der Polizei zerschlagen. Dennoch kommt im Zentrum eine Demonstration von etwa 6.000 oder 7.000 oder mehr zustande. Die Arbeiterkommissionen Madrids rufen für Montag, den 12. Januar, zum Generalstreik auf. Die Bewegung nimmt immer mehr zu. An diesem Wochenende liegt die Zahl der Streikenden bei etwa 100.000.
Wie eine Bombe platzt in diese Entwicklung die Nachricht, daß es bei der Metro zu einer Übereinkunft gekommen ist. Unter der Voraussetzung, keinerlei Sanktionen des Unternehmens gegen die Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit, kündigen aber gleichzeitig einen neuen Streik für den 19.1. an, falls die Verhandlungen nicht die geforderten Ergebnisse bringen.

10. Januar

Am frühen Morgen zum Samstag, den 10.1. werden 23 Arbeiter in ihren Wohnungen verhaftet. Viele von ihnen sind gewählte Arbeitervertreter und bekannte Kämpfer aus den Comisiones Obreras. Sie sind von Standard Electrica, Casa, Siemens, Fiat Hispania, Banesto, Seis y Barral, Kelvinator, Pegaso, Electromecanica, John Deere usw. Die Arbeiter von Standard und Chrysler kommen nicht in ihre Fabriken hinein, die von starken Polizeieinheiten verteidigt werden. So halten die Arbeiter in Villaverde eine Versammlung ab, die etwa 20.000 Versammelten stimmen für den Generalstreik am Montag, den 12.
In Getafe sind die Arbeiter von 12 Fabriken ausgesperrt, die übrigen streiken. Streiks auch im Banksektor verschiedener Provinzen und in anderen Unternehmen im Baskenland und in Aranjuez, Sevilla, Barcelona.

11. Januar, Sonntag

Die Arbeiter aller Fabriken der Zone Villaverde versammeln sich spontan. Der Polizeieinsatz ist beeindruckend, und es ist schwer, sich an einem Ort zusammenzufinden. Etwa 50.000 Menschen. Gasbomben, Prügel, Verhaftungen, Abnahme von Personalpapieren, viel Gerenne. Unter den Parolen immer wieder: Auf zum Generalstreik!

Ähnlich in Getafe. Im Süden und auf dem Flohmarkt gibt es mehrere Demonstrationen. Am Nachmittag, anläßlich des Fußballspiels Atletico Madrid gegen Real findet am Stadion, in dem sich Juan Carlos befindet, eine Demonstration von ca. 10.000 Menschen statt. " Juan Carlos, escucha, el pueblo está de lucha!" ("Hör zu, Juan Carlos, das Volk ist im Kampf!"), "El pueblo unido, jamás sera vencido" ("Das geeinte Volk wird niemals besiegt werden"), "Vosotros fascistas sois los terroristas!" ("Ihr Faschisten seid die Terroristen!"), "Einheit, Einheit" usw.

12. Januar

Wäre es am Freitag nicht zur Metroübereinkunft gekommen, würde Madrid an diesem Montag einen Generalstreik erleben. Etwa 200.000 Personen beteiligen sich, andere Angaben liegen jeweils 50.000 darüber oder darunter. Auch der Bausektor schließt sich an, obwohl bereits Verhandlungen im Gange sind. Der Streik soll die Fortführung dieser Verhandlungen sichern. Der Aufruf im Bausektor wird von etwa 60.000 Arbeitern befolgt, also so gut wie völlig. Der gesamte Industriegürtel um Madrid ist paralysiert. Die Streikwelle hat sich zur größten seit dem Bürgerkrieg ausgeweitet. Im Metallsektor streiken ca. 70.000 oder sind ausgesperrt. Viele von ihnen demonstrieren im Zentrum: "Brot ja, Prügel nein!"
In Getafe ist das gesamte Geschäftsleben zum Stillstand gekommen. In der Industrie setzt sich der totale Streik fort. Wieder Generalstreik. Sowohl in der Post (etwa 4.000) als auch in der Telefonzentrale (8.000 Beschäftigte) wird gestreikt. Ca. 10.000 Bankangestellte schließen sich an. Allein in Barcelona streiken 26 Banken. Bankenstreiks auch in Pamplona, Sevilla, Las Palmas, Cordoba, Guipuzcoa, Bilbao, Granada.

● In verschiedenen Regionen Spaniens entstehen volksfrontartige Bündnisse: in Katalonien fordert der "Rat der politischen Kräfte" Autonomie und Demokratie sowie die Konstituierung einer eigenen provisorischen Regierung, der 'Generalitat'; ähnliche Forderungen werden vom "Nationalrat der Galizischen Volkes" und von der "Demokratischen Versammlung Euskadi" (Baskenland) aufgestellt.

● Hunderte von Hühnern werden losgelassen: um den Hals tragen sie ein Pappschild mit der Forderung: Amnestie!

● Die erste Frauendemonstration in Spanien überhaupt findet am Freitag, 16. Januar, in Madrid statt: 3.000 Frauen fordern gleiche Löhne und die Beseitigung des Anti-Terror-Gesetzes: die Polizei zerschlägt die Demonstration.

● "Seit dem Tode Francos und der Zunahme der Streiks seit Jahresbeginn sei eine gewisse Zunahme des Pesetenangebots in der Schweiz unverkennbar" — schreibt die FAZ am 20. Januar unter der Überschrift: "Der Devisenschmuggel aus Spanien wächst".

● Im EG-Ministerrat in Brüssel sagt BRD-Außenminister Genscher: "Es sei unlogisch, von dem 'liberalisierungswilligen neuen Regime' mehr zu verlangen als vorher von der Regierung Francos" (FR, 21.1. — Anm.: das muß man zweimal lesen!)

Die folgenden Tage in Stichworten

13. Januar

Weiterhin etwa 200.000 Streikende, vorwiegend in Madrid. Doch dehnen sich die Streiks zunehmend auf das ganze Land aus.

15. Januar

Die 55.000 Beschäftigten des spanischen Telefonverkehrs erklären den Streik. Die Hauptkonflikte in der Madrider Metallindustrie dauern an. Bei Standard ist inzwischen die Einstellung aller Entlassenen ohne Ausnahme zu Hauptforderung geworden.
Die 4.000 Bediensteten der Post werden militarisiert. Falls sie weiterstreiken kommen sie unter der Anklage der Meuterei vors Militärgericht. Die Postboten laufen mit einem großen "M" (= Militär) beklebt durch Madrid, so kommt die versprochene Liberalisierung in jedes Haus.
In der Nacht zum Freitag, den 16.1. werden 120 Arbeiter verhaftet, offenbar die Streikkoordination für Madrid. Angeblich wurde über die Beschließung eines revolutionären Generalstreiks verhandelt.

16. Januar

Leichter Rückgang der Streiks, da es im Bausektor der Hauptstadt zu einer Übereinkunft kommt. Die etwa 30.000 streikenden Bauarbeiter wollen die Arbeit am Montag, den 19., wieder aufnehmen. Sie können ihre Forderungen durchsetzen: etwa 40 % Lohnerhöhung auf den Basislohn, statt bisher 12.500 jetzt 17.500 Peseten(ca. 800 Mark). Der Abschluß ist außerhalb des Syndikats mit den Arbeitern direkt zustandegekommen.
Der Telefonstreik geht weiter, ebenso in den Banken.
Eine Demonstration von mindestens 2.000 Frauen vor dem Gebäude des Regierungschefs wird von der Polizei mit Tränengas aufgelöst. Sie fordern ein Ende der Steigerung der Lebenshaltungskosten, Aufhebung des Lohnstrops, Gleichberechtigung der Frau, Amnestie für politische Gefangene.

17. Januar

Streiklage unverändert. Etwa 8.000 im Madrider Banksektor. Die Polizei jagt eine etwa 700-köpfige Versammlung in der Banco de Santander auseinander. In 12 großen Städten finden Bankenstreiks statt.
Im Telefondienst zeichnet sich die Annahme der Arbeiterforderungen durch die Gesellschaft ab, währenddessen Vollstreik im Telefondienst von Barcelona und Bilbao. Die Madrider Bediensteten setzen ein Ultimatum bis Montag, 19. Falls bis dahin kein Abkommen, Streik ab Dienstag.
Die Verhandlungen für die Metro sind festgefahren. Die Streikdrohung für den 19. gilt weiter.
Inzwischen beginnen die ersten Streiks der 200.000 Eisenbahner. Heute sind es 3.000 bis 4.000.
Die Junta Democratica und die Plataforma, die beiden Oppositionsbündnisse, ersuchen die Polizei um eine Genehmigung für eine Demonstration in der Innenstadt am Dienstagnachmittag.
Die Oppositionsführer wollen sich an der Spitze der Demonstration präsentieren.

18. Januar, Sonntag

Die Müllmänner, Telefonbediensteten und Eisenbahner führen ihren "Dienst nach Vorschrift" aus. Eisenbahner streiken in Madrid, Barcelona, Leon, Orense, San Sebastian und Bilbao.
Die 200.000 Eisenbahner werden wie die Postbediensteten militarisiert. Das neue Regime beweist hiermit, daß es die Politik der Überausbeutung der Arbeiterklasse wie seine Vorgänger handhaben will.

19. Januar

Aufgrund der Militarisierung der Eisenbahn nimmt die Streikbewegung wieder zu. Die Metroarbeiter erhalten Mobilisierungskarten als Vorbereitung ihrer Militarisierung, falls sie streiken. In den privatwirtschaftlichen Bereichen der Eisenbahn wie Schlaf- und Speisewagen werden die Arbeiter nicht militarisiert. Hier ist der Streik total. Sie fordern 5.000 Peseten Lohnerhöhungen (ca. 200 DM). Im Metallsektor werden einige Fabriken wieder geöffnet. Die Streiks setzen sich jedoch fort. Die Bauarbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Das Regime verbietet die für morgen angemeldete Demonstration der Junta Democratica und der Plataforma. Arias Navarro verkündet, für die Störungen in der Arbeitswelt seien die Aktivitäten subversiver Kräfte verantwortlich. Es sei der Wille der Regierung, sie zu zerschlagen. Von den 120 verhafteten Arbeitern sind ca. 90 wieder frei.

20. Januar

In verschiedenen spanischen Hauptstädten setzen sich die Streiks fort. Im Madrider Metallsektor ist die Bewegung nach wie vor sehr umfangreich. Etwa 20 Fabriken sind im Industriegürtel geschlossen. Chrysler ist wieder geöffnet, der Streik setzt sich aber fort. Standard bricht die Verhandlungen mit den Arbeitern ab. Die Standard-Arbeiter appellieren an die Bevölkerung Madrids, westeuropäische Gewerkschaften und spanische Arbeitsemigranten und ersuchen um materielle Hilfe.
In Asturien sind 15.000 bis 20.000 Grubenarbeiter in den Streik getreten. Damit liegt die Kohleförderung lahm.

In Valencia sind 30.000 Bauarbeiter im Streik, in Barcelona etwa 18.000 . Sie protestieren gegen den Tod eines gewählten Arbeitervertreters und Syndikatsmitglieds des Unternehmens Lafosa (siehe 7.1.), der von einem Polizeijeep überfahren wurde. 2.000 Frauen und Männer demonstrieren in der Innenstadt gegen den Lohnstop und für die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen. Die angekündigte Demonstration in Madrid kann wegen der Polizeiübermacht nicht stattfinden. Die Polizei soll 6.000 bis 8.000 Beamte zusammengezogen haben.
Etwa 10.000 (laut FAZ vom 22.1.) machen eine Spaziergangs-Demonstration, die FR berichtet von einem Polizeiaufgebot, wie es noch nie dagewesen sei: der FAZ-Korrespondent Kauntz kriegt — wie viele andere — einen Polizeiknüppel über den Kopf und schreibt: "Schicksal", und weiter: 'Auf einem Platz steht ein alter Arbeiter. Die Hundesöhne", sagt er, "haben mich zum Weglaufen aufgefordert. In meinem Alter laufe ich nicht. Also haben sie mich geschlagen. Das ist die Freiheit in Spanien."

AUFRUF

Etwa 100.000 Arbeiter und Angehörige liegen gegenwärtig ohne Geld in Madrid auf der Straße, und etwa 500.000 Menschen haben unter dem Lohnausfall zu leiden. ES GIBT IN SPANIEN KEINE STREIKKASSEN! UNSERE MATERIELLE SOLIDARITÄT IST DAHER DAS WICHTIGSTE, WAS WIR FÜR DIE SPANISCHE ARBEITERKLASSE TUN KÖNNEN!
Unsere Hilfe muß den Verhafteten und Entlassenen gelten. Nur wenn die Angst vor dem wirtschaftlichen Elend gebrochen ist, können Streiks erfolgreich sein.
Wir haben eine sichere Koordinationsstelle der Arbeiterkommissionen in Madrid und rufen euch auf, Geld auf das folgende Konto zu überweisen:

Postscheckkonto "Spaniensolidarität", das politische Buch
Postscheckamt Berlin - West, Konto;Nr. 5348–104.

ZUR ENTWICKLUNG DER ARBEITERKOMMISSIONEN

OFFENBACH (ID) 15. Januar

Das Interview mit zwei spanischen Arbeitern, Mitgliedern von „comissiones obreras" zeigt, wie sich seit der Schaffung der ersten Arbeiterkommissionen durch asturische Bergarbeiter, 1962, verschiedene Richtungen innerhalb dieser Organe der neuen spanischen Arbeiterbewegung gebildet haben:

Frage: Wie sieht die aktuelle Situation der Organisation der Arbeiterklasse in Spanien aus?

Antwort: Um das zu beantworten, ist es sehr wichtig, zu sehen, wie sich die Arbeiterklasse seit dem Bürgerkrieg, in dem ihre Organisationen zerstört wurden, neu organisiert hat. Seit damals bis zu dem Jahr 1962 war es der spanischen Arbeiterklasse praktisch unmöglich, sich auch nur minimal zu äußern.

Während des Bürgerkrieges wurden alle Arbeiterorganisationen, sowohl die gewerkschaftlichen als auch die politischen, zerstört. Und während der Nachkriegsperiode gab es eine totale Verfolgung aller Organisationen und Arbeiterkämpfer.

Trotzdem kam es zu einigen spontanen Massenkundgebungen wie z.B. der Streik der Straßenbehnfahrer von 1951/52, der der Anfang von einer neuen Arbeiterklasse war, die anfing, den großen Schlag, den sie im Bürgerkrieg erfahren hat, zu überwinden.

Trotzdem entwickeln sich erste Ansätze von Organisation und neuen Kampfformen gegen die Ausbeutung erst 1962. In Asturien ist es die Geburt einer Organisation, die während der Kämpfe in Spanien zumindest einen sehr großen Widerhall hatte, ich meine, die Arbeiterkommissionen (CCOO, Comisiones obreras). Es ist sehr wichtig, zu sehen, daß, als sich die CCOO entwickelten, keine strukturierte Organisationen waren, sondern Kampforganisationen, die auftauchten, um die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern in konkreten Momenten zu repräsentieren.

Um diese Kämpfe zu organisieren, werden sie von den Arbeitern direkt gewählt. Sie dienen dazu, diese Kämpfean anderen Punkten auszudehnen, damit die Arbeitervertreter diese Kämpfe koordinieren und zentralisieren können. Es sind also gewählte und kontrollierte Instrumente für konkrete Kampfinhalte.

Frage: Kannst du etwas sagen über die Resonanz und den Einfluß dieser CCOO in dem Industriellen Sektor, den du kennst?

Antwort: Ja, für die ganze spanische Arbeiterklasse war es wichtig, zu wissen, daß sich in Asturien CCOO gebildet hatten. Sie bedeuteten für sie eine sehr große Hoffnung: dass es möglich war, wieder zu kämpfen, sich zu organisieren, wieder etwas zu machen gegen die Ausbeutung, die damals brutale Formen annahm.

Die CCOO dehnen sich im industriellen Seltor sehr leicht aus, vor allem in Madrid und Barcelona. Die Arbieterklasse sieht in ihnen eine Möglichkeit, anzufangen sich zu organisieren, und es wurden in der Tat in sehr vielen Fabriken CCOO gebildet. Trotzdem gibt es einen Prozeß: die Linken organisationen, vor allem die PCE, hatten nach den ersten Nachkriegsjahren versucht, den Widerstandskampf in den Maquis (Zusammenschluß von Widerstandskämpfern) in Form von Guerilla fortzusetzen.

Die PCE versuchte danach, eine Gewerkschaft gegen die faschistischeCNS zu gründen, konnte aber der Arbeiterklasse in Spanien damit keine Alternative bieten. Deswegen konzentrierte die PCE ihre ganze organisatorische Kraft und ihre Erfahrung in die CCOO, weil sie in ihnen wegen der großen Reichweite eine Möglichkeit sah. Somit wurde diese Bewegung, die sich erst zu entwickeln anfing, direkt von der PCE kontrolliert — das war deshalb möglich, weil die PCE die einzige Organisation war, deren Struktur nicht völlig zerstört war.

Frage: In der deutschen Presse wurde öfters gesagt, daß es den CCOO gelungen sei, in die offiziellen Gewerkschaften einzudringen. Kannst du etwas darüber sagen?

Antwort: Die offiziellen Gewerkschaften wurden und werden durch die Arbeiter als faschistisches Unterdrückungsorgan betrachtet — und weil die Gewerkschaft sah, daß sie absolut nicht die Arbeiterklasse kontrollieren kann, versuchte sie, ihre Struktur minimal zu verändern.

Gut, sie versucht, den Anschein zu geben, sich zu verändern, und ruft zu gewerkschaftlichen Wahlen auf, allerdings mit einer Reihe von Einschränkungen. Bei dem ersten Wahlversuch stellte sich derArbeiterklasse massiv die Frage der Teilnahme, stllte dann aber doch sehr viele Arbeiterführer zur Wahl.

Die Teilnahme der Leute an den Wahlen war sehr stark, und von den aufgestellten Arbeiterführern wurden die meisten gewählt. Trotzdem waren die Erfahrungen negativ.

Ich möchte meinen, mit der Wahl wurde eine Desorganisaierung erreicht. Die ausreichende Organisierung, die sich in den CCOO ausdrückte, wurden auf der einen Seite gebremst, weil die politischen Organisationen, die einen Einfluß und Kontrolle hatten, sich für den Eintritt in die CNS als Alternative entschieden, und die CCOO nach und nach verließen. Auf der anderen SEite, weil eine starke Bürokratisierung sich auszudehnen begann, deswegen weil die verschiedenen politischen Organisationen eine sehr starke Kontrolle ausüben und sich zu sehr von der Arbeit in der Fabrik trennen.

Die CCOO werden benutzt als, sagen wir, Unterstützungsinstrumente für die verschiedenen Organisationen. Es werden in Koordinierungen Sachen beschlossen, die sich in den Untergrund notwendigerweise bürokratisch entwickeln. Um noch einmal zurückzukommen auf das,was wir über die CNS sagten. Die Erfahrung, die es gibt, ist total negativ.

Die Bourgeoisie unterdrückte die Genossen unheimlich stark, die in den Gewerkschaften gewählt worden waren, und setzten an ihre Stelle ihre eigenen Leute. Es gab Verhaftungen, Genossen in den Gefängnissen, viele Entlassungen, und sehr bald zeigte die CNS ihr wahres Gesicht.

Vier Jahre später, 1971, fanden neue Gewerkschaftswahlen statt; die Arbeiterklasse weist aber die Alternative, sich zu den Wahlen zu stellen, zurück, und es wurde die Alternative des Boykotts beschlossen. Dies traf nie einen neuen kämpferischen Anfang der spanischen Arbeiterklasse zusammen. 1962 fingen sie sich zwar an, zu organisieren, aber sie waren noch nicht so kämpferisch, weil die Repression des Bürgerkreiges noch zu sehr auf ihr lastete. AberEnde der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre war es die Wirtschaftskrise, die einen gewerkschaftlichen Kampf erschwerten, weil die Kapitalisten nicht bereit waren, nachzugeben.

Dadurch radikalisierten sich die Kämpfe sehr, und das mit der negativen Erfahrung, die die Arbeiter mit dem Eintritt in die CNA gemacht hatten, führte dazu, daß sie sich die Frage stellten, sich wieder innerhalb der Fabriken zu organisieren und aus der Gewerkschaft raus zu gehen. So kam der Boykott zustande, der damals einen sehr großen Erfolg hatte.

Trotzdem stellte sich im letzten Jahr das Problem von neuem, ob die Arbeiter sich den Wahlen stellen sollten doer nicht. Alle reformistischen Parteien, d.h. alle, die in der „Juntea Democratica" sind, traten für einen erneuten Eintritt in die Gewerkschaft ein. Es stimmt zwar, daß die reformistischen Parteien einen großen Einfluß haben, und auch einige Stellen innerhalb der Gewerkschaft besetzen, aber das führte dazu, daß viele Kämpfe und die Organisierung in den Fabriken gebremst wurden. Die Kämpfe finden immer weniger innerhalb der CNS statt, sondern praktisch in der demokratischen Versammlung der Arbeiter.

Ausgehend von direkt gewählten Organen in den Fabriken, das ist der Weg, der als richtig betrachtet wird.

Ich glaube, es gibt noch etwas, was noch nicht sehr klar ist, und das ist, daß die CCOO generell nicht das gemacht haben, was sie am Anfang machten, wie der Genosse es schon vorher sagte, weil sie von den Arbeitern direkt gewählte Organe, durch die Arbeiter kontrollierte Organe waren und ausgingen von konkreten Problemen:

z.B. in einer Fabrik gab es eine Konfliktsituation, es wurde eine Versammlung gemacht, in der die kämpferischsten Arbeiter gewählt wurden, damit die Arbeiter repräsentiert wurden. Als die PCE ihre Gewerkschaft OSO (Arbeitergewerkschaftsopposition) auflöste, um sich total in die CCOO zu integrieren, bzw. seine Militanten aufrief, sich zu integrieren, passierte eine Bürokratisierung in der CCOO. Aber nicht auf der Ebene von Fabriken, sondern auf der Ebene, daß die PCE Organe schafft, wie Z.B. die berühmten „Koordinierungen".

Trotzdem passierte dann, daß Unmengen von Gruppen, die von der extremen Linken, wie z.B. Bandiera Roja, oder die MCE, innerhalb der Fabrik versuchten, die CCOO zu benutzen, sie zu der eigenen Gruppe zu führen. Deswegen entsteht das Phänomen, daß die CCOO in drei verschiedenen Formen weiterexistieren:

1. Arbeiterkommissionen durch die PCE bürokratisiert.
2. Arbeiterkommisionen, die den Interessen der Gruppen, die sie kontrollierten, folgen.
3. die reale Arbeiterkommission, die authentische, die immer von den Arbeitern selbst benutzt wurde.

Man muß aber hervorheben, daß die Arbeiter sich immer von jedem Versuch der Bürokratisierung getrennt haben. Heute ist die generelle Tendenz, in irgendeinem Sektor oder in irgendeiner Stadt dadurch charakterisiert, daß vor jedem Streik oder sonst einer Aktion eine Arbeiterversammlung stattfindet, in der die Arbeiter ihre Kommission wählen. Es gibt Arbeiter und Versammlungen, die ihre Kommissionen verschieden nennen: z.B. repräsentative CCOO, Fabrikkommission usw.. Dann gibt es noch einen Aspekt, den der Genosse vergessen hat: die Intervention oder Repräsentation der Arbeiter in den ersten Gewerkschaftswahlen haben sich sehr schädlich ausgewirkt. Unmengen von Genossen, die in den Fabriken im Untergrund kämpften, und dann öffentlich bekannt wurden, sind total unterdrückt worden, was dazu führte, daß der Kampf der CCOO gebremst wurde.

(aus: Informaciones 2, 15.1.76)

50 000 GEGEN KRISENPROGRAMM

LISSABON (PN/ID) 19. Januar 50 000 oder mehr nahmen am Samstag, den 17.1., an einer Massenkundgebung im Stadion des 1. Mai gegen die Angriffe auf den Lebensstandard der Massen und gegen die Repression teil.

Aufgerufen hatte ein Kampfkomitee von 13 Gewerkschaften der Region Lissabon und Setúbal, und diesem Aufruf hatten sich PCP, LCI, MES und PRP angeschlossen. Die Veranstaltung war ungeheuer kämpferisch. Gewerkschaftsführer prangerten die Sparpolitik der Regierung, die Sabotage der Spekulanten und die Repression an und forderten die Angleichung der Löhne an die Preisentwicklung. Diese Massenveranstaltung war die bedeutenste einer Reihe von Aktionen – Streiks, Kundgebungen, Informationsveranstaltungen – die in der letzten Woche in verschiedenen Städten zur Verteidigung der Errungenschaften der Massen stattgefunden hatten.

Die Azevedo-Regierung hatte am 21.12. eine Reihe von drastischen Sparmaßnahmen beschlossen und das Land aufgefordert, jetzt „freiwillig und bewußt Opfer auf sich zu nehmen, um größere Leiden und Verluste in der Zukunft zu vermeiden." Es wurden Steuern erhöht, ein Energiesparprogramm beschlossen und die Subventionen für verschiedene Lebensmittel reduziert. Zwei Tage später kam die Regierung der Forderung des Unternehmerverbandes (CIP) nach und befahl die Aussetzungen von Tarifverhandlungen für 2 Monate. Von diesem Lohnstopp werden 800 000 Arbeiter – davon 250 000 in der Metallbranche und 250 000 Bauarbeiter – betroffen. Z.T. werden damit Verhandlungen suspendiert, die bereits im März oder Juni angefangen hatten.

In den Wochen nach der Verkündung des Austeritätsprogramms stiegen die Preise unglaublich. Die Inflationsrate betrug schon vorher über 30 % – bei einer Arbeitslosenquote von 15 %, d.h. 300 000 Arbeitslose und 350 000 Angola-Heimkehrer, zum Großteil ebenfalls ohne Arbeit. Jetzt verdoppelten sich die Preise einiger Grundnahrungsmittel. In den Großstädten traten Versorgungsschwierigkeiten auf. Fleisch – insbesondere Rind-, aber auch Schweinefleisch und Geflügel – wurde knapp. Für Milchprodukte mußte man z.T. endlos Schlange stehn. Öl, Margarine, selbst Kartoffeln wurden selten. Der Schwarzmarkt blüht und Spekulanten halten die Waren zurück. Während die Landarbeiter und Bauern produzieren und verkaufen, um ihr Überleben zu sichern, müssen die Konsumenten in den Städten hungern: Der Zwischenhandel hortet und sabotiert.

Unmut und Empörung verbreiten sich in der Bevölkerung, aber fanden zunächst noch keinen Ausdruck in Parolen und Aktionen. Die Massen orientierten sich nach dem Rückschlag der Bewegung mit dem 25.11. noch stärker an ihren traditionellen Organisationen, insbesondere der PCP und den Gewerkschaften. Aber gerade die PC verhielt sich schön still, um ihre Position in den Regierungsverhandlungen nicht zu gefährden und ihr „Verantwortungsbewußtsein" zu beweisen. Die extreme Linke war in wichtigen inneren Diskussionen und Umstrukturierungsprozessen engagiert und hatte außerdem durch ihre abstrakt-propagandistische Politik vor dem 25.11. viel Kredit verloren.

Es fanden vereinzelte Streikaktionen statt: Buchhändler, Handelsmarine, Telefon- und Telegrafenarbeiter. Dann fielen am 1.1. die Schüsse von Porto – aber auch auf die 4 Morde erfolgte keine Massenantwort. „Linke gelähmt" war der Titel der PN 17. Die PC verurteilte zwar die Provokation der GNR (Republikanische Nationalgarde) und forderte die Freilassung der politischen Gefangenen des 25.11., aber ihre alte Forderung nach Entwaffnung und Auflösung der GNR hatte sie ‚vergessen'. Noch nicht einmal zur Beerdigung der Genossen mobilisierte sie breit und erwies sich des Lobes würdig, das sie von PS und PPD für ihre ‚gemäßigte und verantwortungsbewußte' Haltung erhielt. Lediglich die extreme Linke rief dazu auf, die Beerdigung zu einer Einheitsdemonstration gegen die Repression und für die Freilassung der antifaschistischen Gefangenen zu machen.

Aber während Maßnahmen der Regierung wie Säuberungen im Militär, in den Informationsmedien, Schließung von República, selbst die Verhaftungen von linken Militärs, jeweils nur Teile der Massen unmittelbar betroffen haben, ist das Sparprogramm ein Angriff von neuer Qualität. Die Preissteigerungen werden auch von den Arbeiter- und Mieterkommissioenen als unmittelbarer Angriff auf ihre eigenen Interessen verstanden, die sich in ihrer Arbeit auf die engen Probleme ihres Betriebs und ihres Stadtteils beschränkt haben, ohne sie in bewußt gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen. Der Angriff auf den Lebensstandard trifft PS-Arbeiter genauso wie PC-Arbeiter. Insofern ist ein massiver einheitlicher Widerstand gegen Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Hier muß die extreme Linke beweisen, ob sie aus den Erfahrungen des 25.11. gelernt hat und versucht, einheitliche Aktionen der unterdrückten Massen und ihrer Organisationen zu initiieren. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die verschiedenen Aktionen der letzten Woche betrachet werden.

Die Regierung reagierte ziemlich panisch auf die angekündigten Aktionen. In einem Kommunique versprach sie am 8.1. Maßnahmen gegen die drastische Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel: Verstärkter Import von Kartoffeln, Fleisch usw., festsetzung von Preisobergrenzen für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln. Auch der Lohnstopp solle gelockert werden, um einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu schaffen.

Die „Kampfwoche" des Provisorischen Sekretariats begann mit Informationsveranstaltungen in sechs Städten, an denen sich v.a. die Profapir (Front der revolutionären intellektuellen Volksartisten), der u.a. Sergio Godinho, José Afonso und 40 Theatergruppen angehören. Es wurden eine Ausstellung über Kämpfe in Portugal seit dem 25.4. organisiert und antifaschistische Filme gezeigt. Bauern aus der Umgebung von Lissabon verkauften in den Slums von Lissabon Kohl und andere landwirtschaftliche Produkte. Allerdings darf man sich keine Illusionen über die Breite dieser Aktion machen. Die Ansätze für eine Wiederbelebung der Massenbewegung zeigten sich eher in der gewerkschaftlichen Demonstration am 17.1.

Die „Kampfwoche" endete am 16.1. mit einer Demonstration von 5000 bis 8000, die unter folgenden Parolen zum Regierungspalast São Bento marschierte:
Reaktionäre Regierung – Feind des Volkes
Gegen Teuerung, gegen Repression – Volkseinheit!
Das Volk will keine Söldner in den Kasernen!
Sofortige Befreiung aller Antifaschisten!
Die GNR bot einen großen Polizeiapparat mit Panzern und Wasserwerfern auf, provozierte aber keine Zwischenfälle.

Ebenfalls am Freitag fand ein 2-stündiger Streik der Bauarbeiter statt, der in Porto nach Informationen des ultrarechten Blattes ‚Comercio do Porto' in Großbetrieben zu 80 %, in Kleinbetrieben zu 30 % befolgt wurde. Es wurden Aktionen gegen die Preissteigerungen und den Lohnstopp diskutiert.

Am Abend des 16.1. machte die PC in Porto eine Großveranstaltung mit Reden von Cunhal und anderen ZK-Mitgliedern. Tausende kamen, das Sportstadion war voll. Cunhal rief zur Einheit des Volkes im Kampf für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Bauern auf. Gleichzeitig grenzte er sich scharf gegenüber der radikalen Linken ab, „die das Spiel der Rechten spielt". Ein ähnlicher Tenor beherrschte auch die Reden auf der Lissaboner Versammlung der 50 000 im Stadion des 1. Mai.
(aus: Portugal Nachrichten 19)

INFORMATIONEN FÜR DIE FREUNDE VON TORRE BELA

TORRE BELA (ID)

21. Januar

Dies ist die Übersetzung eines Flugblattes, welches die Landkooperative von Torre Bela vor kurzem in den umliegenden Dörfern verteilte.

INFORMATIONEN

1. Die Ereignisse nach dem 25. November 1975. Wie ihr ahnen könnt, leben wir, seit die Kommunikations mittel keine richtigen Nachrichten mehr verbreiten, in der Kooperative in einer Zeit der Aufregung und Unsicherheit, denn wir sind sehr isoliert.

Wir verbrachten 3 Tage und Nächte in ständiger Wachsamkeit, aber wir arbeiteten immer und organisierten die Verteidigung mit den Mitteln, die wir hatten, denn wir wollten um keinen Preis aufgeben. Nachdem die Militärs, die wir hätten kontaktieren können, desorgnisiert und verhaftet waren, wurden wir uns sehr schnell bewußt, daß die einzige Lösung war, zu arbeiten, und Widerstand zu leisten und uns besser zu organisieren und daß die beste Antwort auf die Legalisten wäre, die die Macht übernommen hatten.

Am 1. Dezember 1975 wurden wir um 7.30 h morgens überrascht durch das Eindringen von Militärs der Escola Practica de Cavalaria de Santarem, die in die Kooperative mit 7 Panzern kamen. Sie öffneten gewaltsam die Tore, nahmen den Pförtner in die Panzer mit und ließen seine alte und kråke Frau entsetzt allein zurück zu Haus.

Beim Durchsuchen der Wohnungen, insbesondere im Hauptgebäude und in zwei oder drei anderen Wohnungen, öffneten sie gewaltsam alle anderen Türen und zwangen die Personen mit erhobenen Händen stehenzubleiben, währenddessen die Soldaten überall nach Waffen suchten. (der 1. Dezember ist ein Feiertag in Portugal).

Wir haben hinterher erfahren, daß man ihnen Märchen eingeimpft hatte und daß man uns denunziert hatte, daß die Torre Bela ein Guerilla-Ausbildungslager sei und großes Kriegsmaterial hätte. Sie müssen uns für sehr gefährlich gehalten haben, denn in ganz Lissabon waren nur 21 Panzer eingesetzt worden, während man gegen 40 Landarbeiter 7 Panzer schickte, zur Verteidigung der Soldaten.

Die Soldaten versicherten, daß sie Luftaufnahmen gemacht hätten und lokalisiert hätten: Luftabwehrwaffen und „canhoes sem recuo". Später stellte sich raus, daß diese „canhoes sem recuo" Ochsenkarren waren, alte, die an der Tenne angelehnt herumstanden. Der Rest der Waffen waren die Traktoren, Hacken und andere Instrumente, die wir zum Arbeiten brauchen.

An Kriegsmaterial wurde eine Walter-Pistole im Garten gefunden, von der keiner weiß, wo sie herkommt. Darüberhinaus beschlagnahmten die Soldaten 7 legalisierte Jagdgewehre, die einige Landarbeiter auf der Kooperative hatten, denn es war Jagdzeit. Lächerlicherweise nahmen sie auch Messer und andere Utensilien, unwichtige, mit.

Als ob wir nach allem auch noch Kriminelle wären, nahmen sie 18 Kooperativisten mit, die in diesem Augenblick nicht ihre Ausweise bei sich hatten. Die kamen dann aber gegen 2 h morgens wieder. Den Wilson halten sie fest und machen ihn für die Walter-Pistole verantwortlich. Der Wilson sitzt noch immer, aber seiner Familie, die ihn besuchte, ist mitgeteilt worden, daß er bald entlassen werden würde.

Es wurden auch Ausländer verhaftet, die in dieser Zeit uns besuchten. Es war ein Schweizer Ehepaar, ein Franzose und eine Französin, eine Italienerin, ein Kolumbianer und eine Deutsche. Einige wurden, weil sie ihre Aufenthaltserlaubnis überschritten hatten, andre völlig ohne Begründung abgeschoben. Zwei sind ohne Probleme wieder zurückgekommen.

Der gefährlichste Moment war, als am frühen Nachmittag sich Reaktionäre aus den umliegenden Dörfern vor der Kooperative versammelten und eindringen wollten, während sie das Gerücht verbreiteten, daß wir alle verhaftet seien. Wir benachrichtigten die Militärs in Santarem über das, was sich da anbahnte, und wir machten sie verantwortlich dafür. Dann kamen sie aber, um uns zu verteidigen.

Wir machen weiter und organisieren uns und arbeiten. Nur einige feste Mitarbeiter verließen uns, die Familien, die Kinder hatten, brachten sie in Sicherheit.

Am 11.12.75 zogen die Militärs noch einmal eine mächtige militärische show ab, vor der Torre Bela, vor allem aber in den Dörfern Aveiras da Cima und Aveiras da Baixo. Aber an diesem Tage drangen sie nicht in die Kooperative ein, sie kontrollierten alle Leute, die vorbeikamen, auch einige Mitarbeiter der Kooperative, die aber anstandslos die Kooperative betreten und verlassen konnten. Nachts, gegen 2 h, als die Arbeiterkommission von Torre Bela von einer Versammlung der Union der Kooperativen von Azambuja zurückkam, wurde sie, an der letzten Kontrolle, kurz vor dem Eingangstor, verhaftet. Nachdem schon alles kontrolliert worden war und sie eigentlich hätten weiterfahren können, kam ein Auto mit einer Gruppe, die zusammen mit den Militärs eine gründlichere Durchsuchung forderten, denn die Leute seien gefährlich, sie seien von Torre Bela.

Die Verhafteten waren: Camilo Mortagua, Joao Filipe, Merculano Valadas und Jose Carlos Rodrigues. Am 23.12. nachts wurden sie wieder freigelassen, nachdem sie 8 Tage lang isoliert worden waren. Auch nach 12 Tagen Haft ist uns noch nicht bekannt gemacht worden, warum sie denn nun verhaftet waren.

An dem gleichen Tag hatten sie auch zwei Kooperativisten fest, die sie mit 2 Maschinenpistolen (G3) antrafen, die ihnen von einer Ausländerin gegeben worden waren, diese sind immer noch in Haft. Auch Heliodoro wurde verhaftet, aber wieder freigelassen. Die Verhafteten sind Mario und Jorge.

Am Tag der Freilassung, obwohl es schon 3 h morgens war, wurde ein richtiger Festtag. Auf dem Wege von Caxias nach Torre Bela hatten sie Freunde unterwegs aufgesammelt, und dann wurde bis 4 h morgens gefeiert und den Berichten der Freigelassenen zugehört.

DIE AKTUELLE SITUATION

Obwohl uns diese Ereignisse alle erregten und nervös gemacht haben, haben sie auch einige positive Resultate:

Die Kooperativen wurden des Klassenkampfs bewußt, in dem sie selbst standen, Sie wurden sich über die ‚guten' Absichten der ‚revolutionären' Regierung bewußt. Und sie sahen, daß die Agitation der Arbeiter der benachbarten Dörfer Resultat von Gerüchten und Manövern der Reaktionäre waren.

In Bezug auf die gegenseitige Hilfe zwischen den 5 Kooperativen der Region scheint sich ein besseres Bewußtsein über die Notwendigkeit, sich zusammen zu schließen, entwickelt zu haben.

Die Versammlung der Union der Kooperativen von Azambuja, die seit drei Monaten stattfindet, die aber im November durch die Verhaftungen unterbrochen wurde, ist wieder aufgenommen worden, und in dieser Woche wird ein Sekretariat gebildet werden, das Sekretariat der Union der Landkooperativen von Azambuja, das einen Representanten von jeder Kooperative einbeziehen wird.

Die Kooperativen sind:

Cooperativa Agricola de Aveiras da Cima – Aveiras da Cima
Cooperativa Agricola de Ameixeira e Ferraria – Alcoentre
Cooperativa Agricola e Popular da Torre Bela – Manique do Itente, correio Alcoentre
Cooperativa Agricola da Marquesa – Azambuja
Cooperativa Agricola de Producao das Quebradas – Alcoentre

Eines der Hauptziele dieses Sekretariats ist es, eine Union der Kooperativen zu gründen und zu verteilen nach gültigen Kriterien die Spenden und Kredite, die uns von Freunden gegeben werden.

PROJEKTE FÜR DIE ZUKUNFT

Die Kooperativen sind gerade bei der Saat und organisieren gerade eine Liste des Materials, was am dringensten benötigt wird; und das Sekretariat wird in Kürze studieren, was gemeinsam dringend gebraucht wird.

Wir organisieren auch gemeinsam für die Kooperativen einen sozio-kulturellen Plan und wir denken daran, Kinderkrippen einzurichten, Alphabetisierungskurse für Erwachsene zu organisieren, und Kurse, die zur technischen Fortbildung geeignet sind, für die wir schon mit der Unterstützung von einer Berliner Lehrergruppe rechnen. Mit den Kindern, die schon integriert wurden in den Dorfschulen, wollen wir versuchen, Komplementärveranstaltungen zu organisieren.

Bemerkung: Die Torre Bela wird gerade einer Untersuchung unterzogen, aber wir denken, daß diese zerstreuen wird die Gerüchte und sehr schnell zur Legalisierung der Kooperative führen wird.

In Kürze mehr Informationen
Torre Bela, den 6.1.76

KONDOLENZ AUS SANTIAGO

SANTIAGO (ID) In einer Note an den Präsidenten der nationalen Volksversammlung der VR China, Chu-Te, drükkte Pinochet sein tiefstes Bedauern wegen des Ablebens des Premierministers Tschou en Lai aus. In einem Teil der Note hieß es unter anderem: „Eure Excellenz möge meiner tief empfundenen Anteilnahme für diesen schmerzlichen Verlust für das Volk der VR China und die Sache des Friedens in der Welt gewiß sein."
Ebenso kondolierte der Außenminister Carvajal seinem chinesischen Kollegen, Tschiao-koan-jua.

CHILENISCHE GENERÄLE FORDERN PINOCHETS RÜCKTRITT

FRANKFURT/ LONDON (ID) 20. Januar Die erste ernsthafte Spaltung bedroht die Diktatur von General Augusto Pinochet. Nach verläßlichen Berichten, die aus Santiago nach London kamen, übergaben zehn hohe Generäle vor zwei Wochen General Pinochet ein Ultimatum, in dem sie sofortige radikale Änderungen seiner Politik sowie seinen Rücktritt forderten. Diese Herausforderung war in einem Brief enthalten, der die Mißerfolge des Regimes kritisierte und ein Ultimatum für die Reformen auf März festsetzte. Diese Reformen beinhalteten die Auflösung der DINA, der Geheimpolizei Pinochets; dringende Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft vor dem Zusammenbruch sowie Aufbesserung des unvorteilhaften Ansehens der Junta in Übersee.

Zumindest einer der Spitzenleute von General Pinochet soll unter den Unterzeichnern sein, zusammen mit hohen Offizieren der drei Teile der Streitkräfte. Die wirkliche Macht hinter dem Ultimatum aber ist General Gustavo Leigh, Kommandant der chilenischen Luftwaffe – der Mann, der im allgemeinen als der Kopf des Militärputsches von 1973 angesehen wird, in dem Salvador Allende gestürzt wurde. General Leigh ist das beliebteste Mitglied der ursprünglichen Vier-Mann–Junta, die außerdem aus Admiral Toribio Merino, dem Chef der Marine, General Cesar Mendoza, dem Oberhaupt der Polizei, sowie General Pinochet bestand. Kurz vor dem zweiten Jahrestag des Putsches im letzten September sagte General Leigh in einem Interview der „Times", daß die Junta übereingekommen sei, unverzüglich eine liberalere Politik anzunehmen, einschließlich der Übergabe politischer Gefangener an zivile Gerichtsverfahren. Er deutete auch an, daß das Militär eine schrittweise Rückkehr zu einem demokratischeren politischen System plante. General Pinochet aber unterließ es, gemäß diesen Beschlüssen zu handeln. Auf Anweisung von Zivilisten – hauptsächlich von Federico Willoughby und Alcaro Puga, seinen obersten Propagandisten und Jaime Guzman, einem puritanischen jungen Rechtsanwalt, der als ein chilenischer Sovonarola beschrieben wird – hat er statt dessen seine Diktatur verschärft. Seine Geheimpolizei verfolgt nun andere Armeeoffiziere ebenso wie die linke Opposition, und Pinochet selbst wurde weiter von seinen Kameraden isoliert. Die Generäle, die auf diese persönliche Anmaßung reagieren, sind auch zutiefst verunsichert durch die wachsende Isolation Chiles und die vereinte Opposition der Kirchen im Lande.

Die Katholische Kirche – vielleicht die heute einzige wirklich freie Stimme in Chile – ist der stärkste innere Kritiker. Seit der Verhaftung von acht Priestern im November – einige davon waren zusammen mit der englischen Ärztin Sheila Cassidy – hat das Oberhaupt der chilenischen Kirche, Kardinal Raul Silva Henriquez, als leitendes Symbol des begründeten Widerstandes gegen die Ausschreitungen des Regimes Bedeutung gewonnen. Die Kritik der Kirchen hat auch zu Chiles internationaler Isolation beigetragen. Bei den Vereinigten Nationen wurden im November die chilenischen Verletzungen der Menschenrechte von einer großen Mehrheit verurteilt. Gleichfalls hat der Mißerfolg des Regimes bei der Suche nach Freunden und Hilfe im Ausland dazu beigetragen, daß jeder wirtschaftliche Aufschwung unmöglich wurde. Ausländische Investoren, auch aus den USA, waren minimal. Die Inflation beträgt immer noch mehr als 300 %, und ein Fünftel der Arbeiter Santiagos sind arbeitslos.

Ein weiteres Zeichen für den Trend gegen Pinochet ist das vor kurzem erschienene kritische Buch des früheren christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei in Santiago. Die zunehmenden Kontakte von christdemokratischen Führern und einigen Geistlichen mit liberaleren Generälen haben in Santiago zu Spekulationen geführt, daß, wenn Pinochet dazu überredet werden kann, bald zurückzutreten, ein neues Regime die Mitarbeit einiger früherer Politiker einschlließen könnte.

OFFENSIVE GEGEN SOLDATENKOMITEES

PARIS (ID) 19. Januar Aus einem Brief der Organisation Revolutionnaire Anarchiste vom 12. Januar 1976:

„... kurz ein paar Worte zur Lage in Frankreich: wie du lesen konntest, hat die Regierung eine sehr harte Unterdrückung gegen die Antimilitaristen und gegen die Soldatenkomitees begonnen. Erstmals seit sehr langer Zeit gab es Durchsuchungen in den „Arbeiterbörsen" (CFDT Besançon und Bordeaux) und wurden Gewerkschafter verhaftet.[1] Inzwischen laufen gegen mehr als 48 Leute Verfahren, von denen zwölf seit mehr als einem Monat im Gefängnis sind.

Die Opfer sind Soldaten, Gewerkschafter und Angehörige linker Organisationen (vor allem der PSU,[2] der Trotzkisten und einige Libertäre). Sechs Mitglieder der ORA wurden in Paris durchsucht und verhaftet, sie wurden inzwischen mangels Beweisen wieder freigelassen. (Die Polizei wollte sie gleichzeitig beschuldigen, sie hätten eine Bombe in den Räumen des „Express" gelegt.) Dazu muß man erklären, daß in letzter Zeit mehrere Zeitungen der bürgerlichen Presse eine Kampagne gegen die „Extremisten" gestartet haben und daß sie der ORA vorwerfen, die gewalttätigste Gruppe zu sein. Sie haben geschrieben, daß wir sowohl hinter den GARI,[3] der baskischen ETA als auch hinter der „Organisation der Waschbären" steckten, die angeblich die Bomben im „Express" gelegt haben usw. usw.. Die Presse schreibt, wir hätten Kampfgruppen in ganzen Land, und in Paris hätten wir eine Straßen-Kampfgruppe von 300 Karatekämpfern usw. us.w. Diese Hetzkampagne ähnelt natürlich derjenigen, die die Springerpresse in der BRD gegen die „Anarchisten" führt.

Wir sind bereit, dieser Unterdrückung entgegenzutreten. Fürs erste haben wir den radikalsten Standpunkt gegen die Armee bezogen. Die Gruppen links von der KP fordern nur „demokratische Rechte in der Armee". Wir haben gesagt, daß wir die Zerstörung sämtlicher Armeen durch die Revolution wollen. In der CFDT spiegeln sich diese Widersprüche, zudem wird sie völlig allein gelassen, da die CGT[4] und die linken Parteien (PS und KP), die genauso Militaristen sind wie die Rechten, sich weigern, die CFDT zu unterstützn. Diese Situation erzeugt eine Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der CFDT und radikalisiert viele Arbeiter in dieser Organisation noch weiter.

Eine letzte Information: die faschistischen Gruppen „König-Christ-Kämpfer" 5 haben mit Bombenanschlägen die Buchläden der CNTF 6 und der FA 7 in Paris zerstört. So sieht es so aus, als stehe der libertären Bewegung eine Generaloffensive des Kapitals bevor.

Mit brüderlichen Grüßen, ..."

Anmerkungen:
1 Die CFDT ist die zweitgrößte Gewerkschaft in Frankreich und tritt für die Arbeiterselbstverwaltung ein.
2 PSU = linkssozialistische Partei
3 GARI = revolutionäre internationalistische Aktionsgruppen, spanische antifaschistische Widerstandsgruppe, von denen in Spanien und Frankreich einige Mitglieder im Gefängnis sitzen.
4 CGT = kommunistische Gewerkschaft, größte Gewerkschaft in Frankreich.
5 „König-Christ-Kämpfer" = spanische faschistische Organisation
6 CNTF = kleine anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Frankreich.
7 FA = Anarchistische Föderation Frankreichs.

S' ÜHRLI STEHT STILL IN NEUCHATEL

Neuchatel (ID)
18. Januar

Rund 180 Mitarbeiter, zumeist Frauen, haben das Werk der amerikanischen Uhrenfabrik Bulova in Neuchâtel besetzt, sie haben auch 200.000 Uhren im Werte von 20 Mill. Sfr. beschlagnahmt und sie zu ihrem "Kriegsschatz" erklärt. Mit dieser Aktion wollen die Besetzer erzwingen, daß ein Beschluß der New Yorker Konzernleitung rückgängig gemacht wird, das Montagewerk in Neuchatel zu schließen und dessen Produktion teils in das Schweizer Hauptwerk Biel, teils ins Ausland zu verlegen.

Die Unternehmensleitung hat den Beschluß gefaßt, ohne vorher die betroffenen Arbeiter, die Gewerkschaft und die lokalen Behörde zu informieren. Wenn die Belegschaft von Neuchâtel im 50 km entfernten Biel weiterarbeiten kann, bedeutet dies einerseits für sie eine besondere Erschwernis, da es sich in der Hauptsache um verheiratete Frauen handelt. Andererseits ist diese Ankündigung auch zweifelhaft, da Boulova schon 1975 die Schweizer Gesamtbelegschaft von 1.300 auf 800 Mitarbeiter abgebaut hat und der Export des Unternehmens aus der Schweiz infolge des Konjunktureinbruchs von 1,5 auf 0,65 Mill. Uhren zurückgefallen ist.

In der gesamten Schweizer Uhrenindustrie rechnen die Gewerkschaften in der nächsten Zeit mit einer Entlassungswelle. Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich in den letzten 18 Monaten schon um mehr als 15.000 verringert.

Die Direktion der Boulova in Biel hat in einer Presse-Erklärung erklärt, daß die Besetzung die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Boulova noch weiter verschärfen könnte, weil sie Montage und Verkauf total blockiere. Die Ereignisse könnten die New Yorker Leitung evtl. dazu bewegen die gesamte Niederlassung in der Schweiz zu schließen.

Da die Gerüchte zunehmen, daß sich die Bulova-Arbeiter in Biel mit ihren Kollegen in Neuchâtel solidarisieren und ihrerseits den Betrieb Biel bestreiken könnten, hat die Direktion in Biel am vergangenen Freitag einen Aufruf erlassen, in dem sie alle Bieler Bulova-Arbeiter auffordert, "vernünftig zu bleiben, nach ihrem Gewissen zu handeln und auf jede Gewalt zu verzichten."
Inzwischen wurden die Verhandlungen der Bulova-Direktion in Biel abgebrochen, da sich die Arbeitnehmerseite nicht bereiterklärte, lediglich über bessere Schliessungsbedingungen zu diskutieren.

Das von den Besetzern gewählte Arbeiterkomitee traf sich am 20.1. mit dem Staatsrat, Chef des Departements des Inneren, dem die vier Vertreter der Arbeiter den Standpunkt der Besetzer darstellten.

UND NOCH EINMAL.......
DRUCKEREI IN GENF BESETZT

GENF (ID)
22. Januar

Die Belegschaft der katholisch orientierten Zeitung "Le Courrier" in Genf griff zu einem ähnlichen Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen wie ihre Kollegen bei der Uhrenfabrik Bulova in Neuchatel. Sie besetzten am Donnerstag die Druckerei und protestierten damit gegen die geplante Schließung und Verschmelzung der Zeitung "Le Courrier" mit der in Fribourg erscheinenden Zeitung "La Liberté".

Neben Betriebsbesetzungen eines Genfer Restaurations; und Garagenbetriebes, einer AEG-Filiale in Lausanne, einer Bally-Schuhfabrik in Wallis und einem kleineren Betrieb in Neuchatel ist dies nach Bulova der siebte Fall eines sog. "Sit In" in der Schweiz. "Sit In" bedeutet die Betriebsbesetzung,ohne daß weitergearbeitet wird, im Gegensatz zum "Work In", da bei dieser Form des Arbeitskampfes die Produktion ohne Betriebsleitung fortgeführt wird.

Bisher sind von Großbritannien beinahe 100, von Italien rund 250 und von Frankreich in der Zeit von Juni 1974 bis Juni 1975 fast 200 Fälle von Betriebsbesetzungen bekannt. In diesem Zeitraum waren in Frankreich gleichzeitig 30 Betriebe besetzt, davon lief die Arbeit bei 14 der besetzten Betriebe ohne die Betriebsleitung weiter.

DIE MAFIA HAT GESIEGT

ITALIEN (ID)
19. Januar

Nach 13jährigem Bestehen hat sich die parlamentarische Untersuchungskommission über die Mafia aufgelöst. Ihre Ergebnisse muten an wie Allgemeinplätze und fromme Wünsche: sie will Regierung und Parlament Vorschläge unterbreiten zur „Dezentralisierung der Machtstrukturen im Süden, zur industriellen Entwicklung der Stiefelspitze und zum Kampf gegen Klientelwirtschaft". Praktisch ist die Antimafia gescheitert.

Zu einer Nachforschung über die Aktivitäten der Mafia und ihre Verfilzung mit der politischen Klasse konnten sich die Machthaber Italiens – damals vor allem die Democrazia Christiana – erst zu Beginne der 60er Jahre entscheiden, und dies nicht zufällig: der Kampf gegen die Mafia schien zu der Zeit ein wirtschaftliches Gebot, denn Italien stand gerade in der Phase der wirtschaftlichen Aufschwungs, der eine Modernisierung auch des Staatsapparates erforderte (der Film von Francesco Rosi über den Fall Mattei ist ein dokumentarischer Beleg über diesen Kampf).

Trotz all ihrer Bestrebungen, die z.T. auch von Kräften innerhalb der Regierungsparteien unterstützt werden, hat die Antimafia nie eine Untersuchung erfolgreich zu Ende führen können, geschweige denn die Mafia an der Ausdehnung ihrer Kontrolle über einzelne Industriezweige hindern oder ihre Verfilzung mit der örtlichen, regionalen oder zentralen Verwaltung aufdecken können.

Zwischen 1963, ihrem Gründungsdatum, und heute ist die Antimafia-Kommission sechsmal gegründet und ebensooft wieder aufgelöst worden (im selben Zeitraum hat es 14 Regierungskrisen gegeben). Die erste Kommission hat ihre Arbeit nie aufgenommen, die zweite sie nach drei Monaten wieder niedergelegt; die vierte mußte, kaum daß sie zusammengetreten war, wieder auseinandergehen, weil ein Mitglied der Kommission, der Parlamentsabgeordnete und Christdemokrat G. Matta, selbst Gegenstand der Nachforschungen der Antimafia war.

Das Ausmaß der nationalen und internationalen Verflechtungen mag nur in Stichworten angedeutet werden;

– die Mafia war eine der bedeutendsten Stützen der USA, als diese 1947 daran ging, die Kontrolle der Mittelmeerhäfen zu erobern. Heute noch sind Palermo und Neapel wichtige Stützpunkte der 6. US-Flotte;

– am Ende des 2. Weltkrieges haben die Amerikaner bedeutende Mafiosi an die Spitze der Gemeindeverwaltungen gestellt, um die von der KPI maßgeblich beeinflußten Widerstandskämpfe zu brechen.

– dank der Mafia konnte die Democrazia Christiana zu Beginn des Kalten Krieges ihre Machtpositionen im Süden wieder erobern.

Heute kontrolliert die Mafia nicht mehr den Drogenhandel und das Prostitutionsgeschäft, sondern die Bauindustrie und die Landwirtschaft. Aus der „Industrie des Vebrechens" haben die Amerikaner und die Democrazia Christiana eine „Industrie der Macht" gemacht; die beschränkt sich längst nicht mehr nur auf Sizilien: sie hat feste Wurzeln in der Region um Rom geschlagen und ist bis nach Norden vorgedrungen. „Die Hauptstadt der Mafia, wenn es eine gibt, kann nur die der Regierungsmacht sein: Rom", so Michele Pantaleone, einer der Hauptexponenten im Kampf gegen die Mafia.

So gesehen erhält die Auflösung der Antimafia-Kommission noch einen anderen Sinn: bei den letzten Regionalwahlen am 15. Juni vergangenen Jahres hat die KPI im Süden bedeutende Fortschritte erzielen können auf Kosten der DC. Und in Rom wird es in den kommenden Monaten vielleicht zum erstenmal einen Kommunisten als Bürgermeister geben. Ist es Zufall, daß die Antimafia-Kommission gerade diesen Zeitpunkt gewählt hat, ihre Arbeit einzustellen?

30 JAHRE FÜR MASSIMO MARASCHI

MAILAND (ID)
20. Januar

Massimo Maraschi wurde am 4. Juni 75 in der Nähe von Aqui Terni in Piemont bei einer Strassenkontrolle wegen falscher Papiere und gefälschter Nummernschilder des Autos verhaftet. Seine Verhaftung erfolgte einen Tag nach der Entführung des Likörgroßfabrikanten Vittorio Gancia, einen Tag vor dem Zusammenstoß zwischen Karabinieri und einem Kommando der Brigate Rosse, als die Karabinieri ein Landhaus in der Nähe von Aqui, in dem Gancia gefangen gehalten wurde, kontrollieren wollten und bei dem ein Karabiniere erschossen wurde und die Genossin Margherita Cagol, nachdem sie verwundet festgenommen worden war, kaltblütig ermordet wurde.

Unmittelbar nach der Verhaftung hatten Polizei und Presse Spekulationen über eine mögliche Beteiligung Maraschis an der Gancia-Entführung angestellt, für die es jedoch außer dem Zeitpunkt und Ort der Festnahme keine Hinweise gab.

Maraschi erklärte, er sei Militanter der BR (Brigate Rosse), berief sich als politischer Gefangener auf die Genfer Konvention und verweigerte jede Aussage.

Als Anfang Dezember sein Prozess anfing, war er nicht nur wegen Beihilfe zur Entführung angeklagt, sondern darüberhinaus auch wegen der Schießerei in dem Landhaus bei Aqui Terni, einen Tag nach seiner Festnahme, konkret wegen „strage", d.i. „Blutbad", also ungefähr Massenmord. Dazu die Staatsanwaltschaft: zwar wisse sie, daß Maraschi zum Zeitpunkt der Schießerei, bei der ein Karabiniere getötet, zwei weitere verletzt wurden, bereits seit 48 Stunden im Gefängnis war. Dennoch sei er das Mitglied der BR und vermutlicher Mitorganisator der Entführung Gancias auch für alle Folgeereignisse dieser Entführung verantwortlich.

Während des Prozesses, an dem Maraschi sich weigerte teilzunehmen, konnte seine Beteiligung an der Entführung nicht nachgewiesen werden. Die bei der Entführung anwesenden Zeugen konnten ihn nicht identifizieren. Der StA konstruierte dagegen seine Verantwortlichkeit sowohl für die Entführung als auch für die spätere Schiesserei über seine Mitgliedschaft in der BR, „Strategie", „Taktik" und „Operationsmethoden" der BR (wobei zu sagen ist, daß gegen Maraschi ein zweiter Prozess wegen Mitgliedschaft in ‚banda armata' (kriminelle Vereinigung) läuft.) und forderte 30 Jahre Gefängnis wegen Entführung, Beihilfe zum Mord, Beihilfe zum mehrfachen Mordversuch unter erschwerenden Umständen. Um den Zynismus vollzumachen, fordert er gleichzeitig die Geschworenen auf, sich nicht von „Rachegedanken" gegen die BR leiten zu lassen und Maraschi „seine Jugend und Unvorbestraftheit zugute zu halten".

Das Urteil wurde am 10. Januar gefällt und bestätigt voll die Forderungen des Sta: 30 Jahre für Beihilfe zur Entführung, zum Mord und zu mehrfachem Mordversuch unter erschwerenden Umständen. Außerdem werden Maraschi sämtliche Prozeßkosten und die Entschädigung der Familienangehörigen des toten und der verletzten Karabiniere auferlegt.

Der Prozeß Maraschi zeigt präzise die Funktion der politischen Justiz in Italien im Kampf gegen ‚subversive Gruppen', d.h. in erster Linie gegen die BR und die Nuclei Armati Proletari (NAP). Das Programm nach dem die Justiz dabei arbeitet ist folgendes: In einem ersten Prozeß werden die Genossen wegen eines „kriminellen Delikts", als da sind Bankraub, Mord oder Mordversuch, Waffenbesitz usw., verurteilt, wobei es in keinem Fall Urteile unter 10 Jahren gab und wobei alle Prozesse die Regeln der Strafprozeßordnung mit Füßen treten um zu hohen Urteilen zu kommen:

— 28 Jahre für Roberto Ognibene, wegen Mord an einem Karabiniere, obwohl die angefertigten Gutachten sämtlichst ergeben, daß Ognibene bei seiner Verhaftung erst geschossen hat, als er von vier Kugeln im Rücken am Boden lag, also in Notwehr;
— 15 Jahre für Paola Besuschio (s. ID 106) wegen „versuchten Mordes", weil sie bei ihrer Verhaftung eine Pistole bei sich hatte, die sie aber nicht mal Zeit zu ziehen hatte. Vor ihrem Prozeß hatte ihr im Gefängnis ein Funktionär der Karabinieri den Handel vorgeschlagen: Entweder du kollaborierst, dann geben wir dir 6 Jahre, andernfalls sind es 15.

In einem zweiten Prozeß, der bei der STA Turin in Vorbereitung ist, werden dann alle Genossen noch einmal wegen der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" vor Gericht gestellt, wobei darauf nach italienischem Gesetz bis zu 20 Jahre stehen.

Das Ziel dieser Justiz ist klar: diejenigen, die nicht vor (oder bei) ihrer Verhaftung erschossen werden können, lebenslang einzukerkern: — alle und um jeden Preis.

US–KRIEGSWAFFE „ROM–PFLUG"

FRANKFURT (FAZ/ID)
18. Januar

Unter der Rubrik „Natur und Wissenschaft" brachte die FAZ am 14. Januar einen Artikel über einen Sektor der US-Kriegsführung in Vietnam:

In einer Untersuchung über die Möglichkeiten einer ökologischen Kriegsführung — unter anderem mit Entlaubungsmitteln, Bomben, Granaten und mit Spezialtraktoren — schätzt der ehemalige US-Marineoffizier Westing die im Vietnam-Krieg zerstörte Gesamtfläche auf die Hälfte des ganzen Landes. Rund 1,7 Millionen Hektar in Südvietnam wurden mit Pflanzengiften oder Entlaubungsmitteln bespritzt. Die zerstörten Flächen bewachsen zwar wieder, jedoch mit einer ökologisch minderwertigen, zählebigen Pflanzenwelt, mit einer geringeren Vielfalt an Pflanzen und Tierarten, verringerter Biomasse und Bioproduktivität. Küstenmangrovenwälder bleiben überhaupt für sehr lange Zeit verwüstet.

Großer ökologischer Schaden wurde durch eine neue „Waffe" angerichtet: die sogenannten „Rom-Pflüge" (Rome ploughs), 33 Tonnen schwere gepanzerte, mit Schneidgeräten ausgerüstete Traktoren, Mit ihren Schneiden scheren sie Pflanzen, Gebüsch und Bäume fast jeder Größe weg. Solche Traktoren arbeiten, wie die Zeitschrift „New Scientist" (1.1.76) berichtet, normalerweise in Gruppen zu 30 zusammen. Sie beseitigen ganze Dörfer, Wälder und Plantagen. Eine 30er Kompanie kann 40 Hektar dichten oder 160 Hektar leichten Dschungels pro Tag abrasieren. Insgesamt wurden damit in Südvietnam 350 000 Hektar Wald und Tausende von Hektar Gummi- und Obstplantagen und Felder einschließlich der Bewässerungssysteme zerstört. Auch dort bildet sich nur ein minderwertiger, an Pflanzenarten armer, neuer Bewuchs.

Während die Gefahren des Klimakrieges — etwa durch künstliche Stimulierung von Regenfällen — überschätzt werden, wirken sich einige der modernen Kriegstechniken, besonders die Anwendung von Entlaubung und des strategischen Bombenabwurfs und auch der „Rom-Pflüge", weit verheerender auf die Natur aus. Die Folgen stehen, so schließt „New Scientist", so weit außerhalb jeder denkbaren militärischen Notwendigkeit, daß ihr Verbot viel dringlicher wäre als das des Klimakrieges.

FRANCIS STAGG ZUM VIERTENMAL IM HUNGERSTREIK IM BRITISCHEN GEFÄNGNIS

OBERURSEL (ID) 21. Januar

Der politische Gefangene Francis Stagg, angeblich Mitglied der Coventry Brigade der IRA, befindet sich im Zuchthaus auf der britischen Isle of Wight: zu 20 Jahren verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm, zusammen mit 6 anderen Bombenanschläge 'vorbereitet' zu haben, ohne zur 'Ausführung' zu gelangen. Einziger Beweis ist der Schlüssel zu einem Paketfach.

Seit 1974 kämpft Stagg gegen seine unrechtmäßige Verurteilung zu einer derart hohen Gefängnisstrafe. Monatelang lag der fast nackt in seiner Zelle, weil er sich weigerte, Gefängniskleidung zu tragen und auf den politischen Status verzichten zu müssen. Er hat in dieser Zeit 3 Hungerstreiks geführt, zweimal bis an den Rand des Todes, wobei er die letzte Ölung erhielt.

Jetzt befindet sich Francis in seinem vierten Hungerstreik. Seine Familie, die in Irland lebt und ihn schwer besuchen kann, teilt mit, daß täglich mit seinem Tod gerechnet werden muß. Ein britischer Laborabgeordneter, der Francis besuchte, hat diesen Zustand bestätigt und einen Apell an die Regierung veröffentlicht.

Die einzige Forderung von Francis ist die, in ein nordirisches Gefängnis verlegt zu werden. Francis wird im Zuchthaus auf der Isle of Wight aus plausiblen Gründen mörderisch behandelt und gefolte[illegible] der Direktor jenes Zuchthauses ist der Bruder eines Führers der protestantischen paramilitärischen UDA-Einheit, der wegen WAffenschmuggels zu einer geringfügigen Strafe verurteilt wurde.

Während die britische Regierung noch vor Weihnachten 75 eine große Anzahl von protestantischen Gefangenen aus englischen Gefängnissen nach Nordirland überführte, sind Republikaner wie Stagg davon ausgeschlossen.

Francis Stagg, der neuerdings auch die Aufnahme von Wasser verweigert, wird sterben, wenn nicht allgemeiner Protest die britische Regierung zwingt, seiner minimalen Forderung zu entsprechen.

Schickt sofort — ohne jeden Verzug — entsprechende Telegramme und Briefe an Premierminister Harold Wilson, 10 Downing Street, London.

LIBERATION VERÖFFENTLICHT NAMEN VON PARISER CIA–AGENTEN

PARIS (ID,LIBE) 13. Januar

Die französische linke Tageszeitung Liberation veröffentlichte in ihren Ausgaben vom 13. und 14. Januar die Namen von 44 Mitgliedern des amerikanischen Geheimdienstes CIA (Central Intelligence Agency), die a[illegible]iplomaten in der Pariser Botschaft beschäftigt sind. Die Liste ko[illegible]te nach einer mehrmonatigen Untersuchungsarbeit von Journalisten aufgestellt werden nach einer Methode, die von einer amerikanischen Untersuchungskommission ausgearbeitet wurde. Auf weitere Veröffentlichungen (in Mexico, London, Lissabon, Stockholm, Madrid und Rom) wurde hingewiesen.

Die Nachricht fand in der bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo, wobei immer wieder auf die Ermordung Richard Welshs in Griechenland nach der Veröffentlichung seiner CIA-Zugehörigkeit hingewiesen wurde. In einer Erklärung eines Sprechers der CIA, zeigte sich dieser nur „beunruhigt", dementierte jedoch die Liste nicht. Libération: „Wir sind keine Bullen und wünschen auch niemanden den Tod. Doch die einseitige Rührseligkeit von Leuten, die kaltblütig den Tod von Lumumba und den Fall von Salvador Allende vorbereitet haben, ist nicht sehr überzeugend."

Die Veröffentlichung verteidigt Libération folgendermaßen:

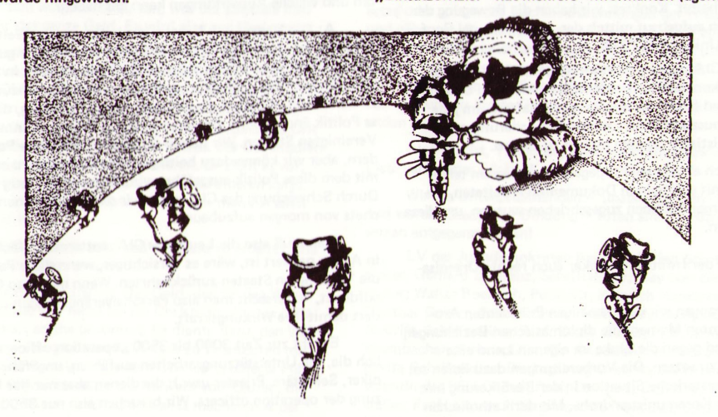
1. Jeder, der eine Anstellung beim CIA annimmt, sei sich des Berufsrisikos bewußt.
2. Die Risiken der CIA-Mitglieder seien proportionale Verbrechen, die der CIA in dem betreffenden Land begehe, wobei sie auf den Zusammenhang der Ermordung Welshs in Griechenland und die Beteiligung des CIA beim Putsch der Obristen hinwies.
3. Das Risiko, ausländischen Geheimdiensten in die Hände zu arbeiten, sei praktisch nicht existent, da diesen die Mitarbeiter des CIA in der Botschaft längst bekannt sei.
4. Die Mitglieder der sowjetischen Botschaft seien a priori suspekt, während mancher Amerikanern Vertrauen entgegenbrächte, das nicht gerechtfertigt sei.
5. Obwohl ein Irrtum natürlich nie ausgeschlossen sei, sei die Unsicherheitsrate so gering, daß von den Veröffentlichungen von hunderten Namen nur zwei dementiert worden seien.

Was bezweckt Libération mit der Veröffentlichung?

- Alle diejenigen warnen, die mit den Personen auf den Listen zusammenkommen, und sie über die wahre Natur ihrer Bekannten aufklären.
- Einige der wichtigsten Stützpunkte des CIA für eine kurze Zeit zu desorganisieren und in ihrer Arbeit zu behindern.
- Einige kleine Angestellten des CIA zu entmutigen und ihnen die Illusionen einer großen Berufung zu nehmen.

Außer einer ersten Liste von 32 Namen und einer weiteren von zwölf Namen veröffentlichte Libération die Lebensläufe und Privatadressen der Leiter des Pariser Sitzes. Der CIA ist in der Pariser Botschaft in der Avenue Gabriel in mehrere Sektionen aufgeteilt: RRO (Regional report office), OSA (Office of special assistant) und RAS (Regional administrative support); ihre Büros befinden sich im dritten und vierten Stock der Gebäudeteile A und B des Hauptgebäudes. Chef des Pariser Büros ist Eugen F. Burgstaller, 55 Jahre alt. Mehrere Mitglieder sind Experten über Lateinamerika, den Nahen Osten und Afrika, was bedenklich stimmt anläßlich der großen Zahl politischer Flüchtlinge, die sich in Paris aufhalten. Zur Nachrichtenübermittlung (chiffrieren, dechiffrieren) sind mindestens sechs Personen eingestellt.

Außer denjenigen, die mit Verwaltungs- und Nachrichtenübermittlungsaufgaben beschäftigt sind, ist der Rest mit der Nachrichtenbeschaffung beauftragt, die sogenannten operation-officers. Jeder „Einsatzoffizier" hat mehrere Informanten (agents) zu betreuen,



die über Codenamen mit ihm verkehren. Während die Offiziere nur Amerikaner sein könnten, können die Agenten jede beliebige Nationalität haben. Libération schätzt ihre Zahl auf mehrere hundert.

Interessant ist, daß die bevorstehende Veröffentlichung von 60 (!) Namen durch Libération schon am 1. Januar von der amerikanischen Presseagentur Associated Press (ap) gemeldet worden ist. Auf die erstaunten Anfragen von Libération berief sich ap auf den Ko-Direktor der amerikanischen Revue Counterspy, der aber wiederum bestritt, je öffentlich Libération erwähnt zu haben. Libération kann sich nur eine Erklärung denken, wobei sie sich auf einen analogen Fall im Juli 75 beruft. Damals war durch eine Indiskretion ein Bericht über abgehörte Telefongespräche beim „Canard Enchaîné" des französischen Inlandsgeheimdienstes D.S.T. (Direction de Surveillance du Territoire) an den CIA abgefangen wurde. Da Libération außer einem letzten Telefongespräch mit Counterspy nie ihre Untersuchung erwähnt hat, bleibt nur der Schluß, daß ihr Telefon vom DST abgehört wird und sofort ein Bericht an den CIA der Pariser Botschaft weitergeleitet wurde, der dann ap zugespielt wurde.

So wäre Libération ein weiterer Beleg für die Zusammenarbeit des französischen mit dem amerikanischen Geheimdienst gelungen.

P H.AGEE ÜBER CIA-INFILTRATION

FRANKFURT (ID) 18. Januar Letzte Woche hat die internationale CIA-Gemeinde von Ford bis zur FAZ wieder einen Grund zum Jammern gehabt. „Liberation" in Paris, „Time Out" in London, „Cambio 16" in Madrid und „La Republica" in Italien veröffentlichten Listen, hinter denen eine traditionelle Doppelidentität steckt: US-Diplomat und CIA-Agent. (siehe Artikel in dieser Nummer) Für die Enttarnten selbst Grund zu brennender Sorge, wurde doch kurz vor Weihnachten in Athen der ebenfalls enttarnte CIA-Chef von Griechenland, Richard Welsh , erschossen.

Der Mann, der zu der Enttarnung entscheidend beigetragen hat, ist Philip Agee: er selbst hat zwölf Jahre beim CIA gearbeitet. Sein Buch „Inside the Company: CIA Diary" ist noch ins Deutsche zu übersetzen.

Letztes Jahr im Sommer hat er den Portugiesen höchste Wachsamkeit empfohlen (siehe ID 93). Damals hat dann die inzwischen entschlafene Zeitschrift „Manifesto" in Lissabon ein Interview veröffentlicht, das Agee mit der englischen Zeitschrift „Red Weekly" gemacht hatte. Da stehen eine Menge wichtiger Informationen drin:

Frage: Auf welchem Gebiet hast du in CIA-Diensten gearbeitet?

Antwort: In Lateinamerika war ich an Operationen beteiligt, Spitzel in linke Organisationen und Parteien einzuschleusen, bzw. Mitglieder von Kommunistischen Parteien auszuhorchen; das war in Equador und Uruguay. Wir haben jeweils mit den Geheimdiensten dieser Länder zusammengearbeitet, ebenso mit dem Militär und der Polizei: Telefonabhören, Überwachung, Informationen sammeln.

Die lokalen Stellen führten entsprechend unseren Vorstellungen Repressionen jeder Art aus.Außerdem habe ich dort imgewerkschaflichem Sektor gearbeitet. Konkret: wir haben die Bewegung der „freien" Gewerkschaften aufgebaut mittels der „International Confederation of Free Trade Unions"(ICFTU).

Das Konzept des CIA, in Übereinstimmung mit der US-Regierungspoliti k, ist mit „ökonomistischem Syndikalismus" zu umschreiben. Bürokratisierung und Kontrolle der Gewerkschaften, um jede politischen Programme auszuschließen; maßvolle Forderungen zu stellen, ohne das kapitalistische System infrage zu stellen.

Schließlich habe ich an einigen Propagandakampagnen teilgenommen, in denen wir mit gefälschten Dokumenten arbeiteten, die jeweils revolutionären Organisationen zugeschrieben wurden, um diese im Volk zu diskreditieren.

F.: Wurden neben der Infiltration linker auch rechte Organisationen aufgebaut?

A.: In Equador zwangen wir den damaligen Präsidenten Arosemena in einem bestimmten Moment die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen und gegen die Linke im eigenen Land eine Repressionswelle ingang zu setzen. Die Vorbereitungen dazu liefen so: Wir arbeiteten auf eine hysterische Situation in der Bevölkerung hin: die Machtübernahme der Kommunisten drohe. Mit der katholischen Kirche und rechten Parteien führten wir Demonstrationen gegen die Linke des Landes durch.

In einem bestimmten Moment der Kampagne ließ ein Kommando von Christdemokraten im Haus des Kardinals eine Bombe hochgehen: ein rein provokatorischer Akt. Wir bezahlten die Leute dafür. Wir schlugen auch ihren Namen vor: Front der nationalen Verteidigung.

Nach diesem Attentat gegen den Kardinal (der wie verabredet zu dieser Zeit in einer Kirche war) gab es eine der größten Demonstrationen gegen diesen „Akt der Gewalt". Damit waren unsere Ziele erreicht. Das heißt auch: die Strategie der „Entstabilisierung, am meisten bekannt in Chile, wird praktisch in allen Ländern wo es der CIA/US-Regierung notwendig erscheint, angewandt.

F.: Wenn man dein Buch liest, kann man feststellen, daß auch in der stärksten linken Organisation Infiltration nicht schwierig ist. Gibt es Methoden, mit denen sich revolutionäre Organisationen schützen, bzw. Spitzel enttarnen können?

A.: Zunächst darf man, wenn man Infiltration feststellt, nicht hysterisch werden. Denn die Aufgabe jeder revolutionären Organisation, Propaganda zu machen und mehr Leute für die Revolution zu gewinnen, kann auch von infiltrierten Spitzeln erfüllt werden — selbst bei strenger Parteidisziplin.

Wenn jemand sich extrem neugierig über bestimmte Aspekte der politischen Arbeit zeigt, kann es ein infiltrierter Agent sein.

In diesem und jedem ähnlichen Fall ist es notwendig, die Propagandaarbeit und die Agitation kontinuierlich weiterzuführen. Wenn jedes Mitglied konsequent arbeitet, kann man die Möglichkeiten der Infiltration am ehesten reduzieren. Mit anderen Worten: man benutzt die Arbeit auch der Spitzel, um sie gegen den Kapitalismus zu wenden.

F.: Gibt es auch Beispiele, wo der CIA seine Ziele nicht erreicht hat?

A.: Die Länder Uruguay, Chile, Paraguay, Brasilien und Bolivien haben gezeigt, daß, wenn die Arbeiterbewegung trotz aller Infiltration zu stark wurde, nur noch ein Mittel blieb: eine Diktatur faschistischer Art.

F.: Wird im CIA inzwischen den diversen ideologischen Linien innerhalb der Linken; Sozialisten, Kommunisten, Maoisten, Castristen, Trotzkisten unterschieden?

A.: Die Organisationen werden nach ihrer Stärke beurteilt, sowohl die gewerkschaftlichen wie die politischen. In den stärksten arbeitet der CIA. Das betrifft auch die bewaffneten Organisationen.

Das Ziel des CIA ist es, die Herrschaft der USA als kapitalistische und imperialistische zu erhalten. Dem wird alles untergeordn

In einem weiteren Interview mit Liberation (erschienen am 21.1.) sagt er:

F: Was hälst du von der Verbreitung von Namen von CIA-Agenten und welche Auswirkungen kann das haben?

A: Die Namen von Leuten, die in der ganzen Welt für die CIA arbeiten, zu identifizieren und enthüllen ist eine sehr gute Sache. Die amerikanische Politik seit dem 2. Weltkrieg war, in einer Anzahl von Ländern eine Reihe von repressiven Regimen einzurichten oder an der Macht zu halten. Es gibt sehr wenig Hoffnung, daß sich diese Politik ändert ohne eine grundlegende Änderung innerhalb der Vereinigten Staaten. Wir haben nicht die Kraft, diese Politik zu ändern, aber wir können dazu beitragen, das Werkzeug zu schwächen, mit dem diese Politik ausgeführt wird. Dieses Werkzeug ist die CIA. Durch Schwächung des CIA setzen wir die Fähigkeit herab, die Pinochets von morgen aufzubauen.

Man muß also die Leute des CIA ‚enttarnen'. Nach dem was in Athen passiert ist, wäre es vorsichtiger, wenn diese Personen in die Vereinigten Staaten zurückkehrten. Wenn man also CIA-Agenten aufdeckt, verursacht man also Personalveränderungen und vermindert damit ihre Wirkungskraft.

Es gibt zur Zeit 3000 bis 3500 „operation officers". Zusätzlich die, die Unterstützungsarbeiten ausführen, ungefähr 4000 (Techniker, Sekretäre, Priester usw.); die dienen aber nur der Unterstützung der operation officers. Wir brauchen also nur 3500 Personen

in der Welt zu identifizieren und die CIA wird einige Schwierigkeiten haben ihre Diktaturen aufzubauen.

F: Wie erklärst du dir, daß seit einigen Monaten eine Welle von Enthüllungen über die Aktivitäten seiner Motivation die USA überrollt.

A: Für mich ist es schwierig zu erklären, was momentan in den USA vorgeht, da ich nicht dort lebe. Aber es scheint mir, daß die letzten Enthüllungen das Ergebnis eines komplizierten Wert- und Verhaltenssystems ist. Es ist völlig klar, daß die Amerikaner noch nie so skeptisch, sogar zynisch, gegenüber Ehrlichkeit und Wirksamkeit ihrer Regierung waren. Dieses Bewußtwerden entwickelt sich in überraschender Weise. Die Tatsache, daß die Regierung nur den Interessen einer kleinen Minderheit dient, hat ein günstiges Klima zur Veröffentlichung von ‚Geheimnissen', die die US-Regierung und die Bestechlichkeit von Politikern durch die Trusts betreffen.

Hinter all diesen Enthüllungen stecken unterschiedliche Motive. Es gibt politisch motivierte, Sensationslust, persönliche Abrechnungen.

Im allgemeinen haben diese Enthüllungen eine positive Auswirkung. Je mehr es gibt, umso besser ist es. Das gestattet den Leuten zu begreifen, wie ihre Regierung und speziell der CIA funktioniert.

F: Entwickeln sich andere CIA-Agenten oder ehemalige Antikommunisten wie du?

A: Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, andere haben mit mir Kontakt aufgenommen. Sie denken wie ich und haben mein Buch mit großer Freude gelesen. Oft haben sie den gleichen Weg wie ich durchlaufen.

Es gibt im Augenblick Funktionäre des CIA, die zu reden anfangen, was vorher nie vorgekommen ist. Sie machen es noch nicht öffentlich, aber sie bieten Erkundigungs- und Informationsquellen Journalisten oder anderen Interessenten an, die ihre Akten vervollständigen wollen.

(...)

F: In deinem Buch erklärst du, daß die KP von Ecuador 3 CIA-Agenten im ZK sitzen hatte. Wie sind diese Leute Agenten geworden?

A: Ich glaube, daß das erste Motiv Ehrgeiz war. In den meisten Fällen waren das Leute, die nicht mit ihrem Rang in der Parteihierarchie zufrieden waren. Sie waren verbittert und das hat sie vielleicht den Entschluß fassen lassen, ihre Partei zu verraten. Am Anfang sind ihre Motive im allgemeinen persönliche,und dann kontrolliert sie der CIA mit Geld.

Das System ist einfach: Man gibt ihnen einen Lohn von x Dollar pro Monat, aber sie erhalten nicht das ganze Geld. Falls ihre Lebensweise sich plötzlich änderte, wären sie gleich verdächtig. Man gibt ihnen nur einen kleinen Teil, der Rest wird auf ein Konto eingezahlt. Dieses Konto wird im Lauf der Jahre immer größer. Je grösser das Konto wird, umso mehr wird der CIA den Spitzel in der Hand haben, denn wenn er sich weigert das zu tun, was die Zentrale ihm vorschreibt, verliert er das ganze Geld. Er wird also zur Marionette.

Wenn der CIA und der Agent sich entschließen, sich zu trennen, wird die Benutzung des Kontos wichtig. Der Agent muß alle Papiere, die ihm der CIA vorlegt,unterschreiben, womit sie ihn weiter in der Hand hat. Im allgemeinen sind es sehr verschiedene Motive von Seiten der Individuen. Für Politiker dient das Geld des CIA hauptsächlich der persönlichen Karriere. Die Politik des Geheimdienstes ist es nicht, Parteien als solche zu finanzieren. Er zieht es vor, Individuen zu finanzieren, die er auf diese Art kontrollieren kann. „Kontrolle" ist dabei immer das Hauptmoment, das man bei allen Einsätzen der Zentrale findet.

Für den CIA muß gesichert sein, daß das Geld so arbeitet, wie es muß und der Agent tut, was er tun soll.

Nehmen wir das Beispiel Italien. Das Geld, das für den Wahlkampf ausgegeben wurde, war nicht für die Christdemokraten oder die Sozialdemokraten als solche bestimmt. Es diente dazu, den Wahlkampf und die Karriere von gewissen Politikern zu finanzieren mit dem Ziel innerhalb dieser Parteien neue vom CIA kontrollierte Führer zu installieren. Der CIA unterstützt die Karriere von Leuten, die er nachher kontrollieren kann, und die also alles machen,was der CIA von Ihnen verlangt.

ERKLÄRUNGEN

PROTESTANZEIGE INITIATIVE VON VERLEGERN, BUCHHÄNDLERN UND KULTURSCHAFFENDEN

Gegen die 13. bzw. 14. Strafrechtsänderung
Presseerklärung vom 13. Januar 1976

WIR VERURTEILEN DIE ZENSURGESETZE !

Am Freitag, dem 16. Januar 1976 verabschiedete der Bundestag in 2. und 3. Lesung ein Gesetz, das die Presse-,Versammlungs- und Organisationsfreiheit weiter einschränkt: in dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz wurde entgegen den Darstellungen der Bundesregierung sowohl die Verschärfung des § 130 a aufgenommen, als auch die §§ 126, 145, 241 und (zusätzlich) der „Staatsschutz"-Paragraph 88 a. Zugleich wurde die ursprünglich geplante 13. Strafrechtsänderung in die 14. umbenannt.

Zahlreiche Verleger, Buchhändler, Wissenschaftler und Kulturschaffende verurteilen in der folgenden Erklärung den rapide voranschreitenden Abbau und die Aushöhlung demokratischer Rechte in unserem Land, wie z.B. Ernst Bloch, Helmut Gollwitzer, Ingeborg Drewitz, Peter O. Chotjewitz, Günther Wallraff, Erich Fried, Volker Schlöndorff, Heinar Kipphardt u.v.a..

ERKLÄRUNG GEGEN DIE 13. STRAFRECHTSÄNDERUNG
(Auszüge)

Die 13. (bzw. die 14.) Strafrechtsänderung stellt eine umfassende Einschränkung,bei weitestgehender Anwendung sogar die Aufhebung jeder wissenschaftliche, verlegerischen, buchhändlerischen und publizistischen Freiheit dar. In seiner Beschneidung grundlegender politischer Freiheiten ist es mit den Notstandsgesetzen von 1968 vergleichbar. Das Wichtigste enthalten die neu ins Strafgesetzbuch eingeführten Paragraphen über die „Befürwortung" oder „Anleitung zu Straftaten". Darin geht es um jede Art von Schrift, Wort, Ton und Bild, in der eine Gewalttätigkeit befürwortet oder gebilligt wird. Mit Gewalttätigkeit im juristischen Sinne ist dabei nicht die Gewalt der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates gemeint — Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter (Ford, Pierburg oder Hella), die Aufrüstung von Polizeitruppen, Bildung von Mobilen Einsatzkommandos, der immer häufigerre Gebrauch von Schußwaffen durch die Polizei, nicht Gesinnungsurteile der Justizorgane — sondern organisierte Widerstandsaktionen des Volkes und der Arbeiterklasse, wie sie in der umfassendesten Krise seit dem 2. Weltkrieg verstärkt auftreten: Mieterstreiks, Aktionen der Bauern und Winzer wie in Wyhl oder Nordhorn-Range, selbständige Streiks wie bei Ford, Betriebsbesetzungen wie in Erwitte, aber auch der gewaltsame Kampf der Völker und Staaten der dritten Welt für nationale Unabhängigkeit und Befreiung vom imperialistischen Joch und den Hegemoniebestrebungen der Supermächte.

Wir sind der Meinung, hinter den Formulierungen im dürren Juristendeutsch verbirgt sich u.a. die gesetzliche Grundlage für eine umfassende politische Zensur, wie sie in den dunkelsten Perioden deutscher Geschichte, zur Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze oder später der Bücherverbrennungen der Hitlerbarbarei, gang und gäbe war. Sicherlich werden — wie damals — zunächst kommunistische und sozialistische Publikationstätigkeit, die Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus, Werke von Marx bis Mao Tse-Tung, getroffen werden. Die Begründungen und die Kommentare der Bundesregierung zu ihrem Gesetzentwurf zeigen aber bereits, wo es enden wird.

Also Brecht, Tucholsky oder selbst ein Heinrich Böll auf der Liste verbotener Bücher?

Wir die Unterzeichnenden — unabhängigvon Parteizugehörigkeit und weltanschaulicher Bindung — rufen alle auf, diesen Zensurgesetzen entgegenzutreten!

LV der Jungdemokraten Bayerns, Ulrich Sonnemann, Schriftsteller, Gerhard Zwerenz, Schriftsteller; May von der Grün, Schriftsteller; Walter Boehlich, Publizist; Heinrich Hannover, Rechtsanwalt; Günther Geisler, Schriftsteller; Prof. W. Warnach, Düsseldorf, Einar Andrift, Schriftsteller; Prof. Dr. G. Bauer; Prof. Ernst Bloch, Peter Brombacher, Schauspieler, Dr. Ch. Buch, Schriftsteller; Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller; Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin (Vizepräsidentin des PEN-Clubs); Prof. Dr. Horst Domdey; Erich Fried, Schriftsteller; Prof. Jochen Hiltmann; Uwe Himstedt, Schriftsteller; Heinar Kipphardt, Schriftsteller; Klaus Kreimeier, Filmjournalist; Detlev

Michel, Schriftsteller; Johanne Moosdorf, Schriftstellerin; Dr. Friedrich Rothe, Michael König, Schauspieler, Frank Rainer Scheck, Schriftsteller und Übersetzer; Gerd Sowka, Arbeiterschriftsteller, Rainer Schmitt, Schauspieler; Volker Schlöndorff, Regisseur, Günter Wallraff, Schriftsteller; Theodor Weißenborn, Schriftsteller, u.v.a. — Verlag 20. Mai, München; Verlag Peter Hammer, Wuppertal; Oberbaum-Verlag, Westberlin; Rotfront-Verlag, Kiel, Verlag Gaehme, Hekne, Köln; Verlag Kommunistische Texte, Münster; Verlag kämpfende Jugend, Köln, Verlag G. Schubert, Dortmund; Verl ag Internationale Solidarität, Köln; Verlag Klingemann (Roter Morgen) Dortmund;EPOG, München, Verlag Rote Fahne, Köln; Verlag Andreas Achenbach, Gießen; Trikont-Verlag München; Verlag Edgar Wüpper, Göttingen, Neues Forum, Wien; Buchhandlung Basis, München; Buchlädchen, Bielefeld, Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung, Köln/Westberlin/Hamburg/München; Universum-Buchdienst, Westberlin/Buchhandlung Jochen Hauberg, Kiel, Thälmann-Buchhandlung, Kiel; Buchhandlung Arbeiterbuch, Hannover, Politische Verlagsbuchhandlung „Wilhelm Bracke",Braunschweig; Buchhandlung Jörg Burkhardt, Heidelberg; Studiobühne Würzburg; Verlag Neue Welt, Köln; Gesellschaft für die Verbreitung des Wissenschaftlichen Sozialismus, Dortmund.

Wir bitten, uns Unterschriften unter diese Erklärung zuzusenden.

Wolfgang Bergmann, Werderstr. 23, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/ 52 03 73

Ulrich Leicht, Limbeckerstr. 6, 4600 Dortmund 72, Tel.; 0231/ 63 37 99

Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden gegen die 13. bzw. 14. Strafrechtsänderung.

POLITISCHE ERKLÄRUNG GEFANGENER ZU DEN PERSISCHEN TODESURTEILEN

BERLIN (ID) 17. Januar

Am 2. Januar 1976 erschien (in der Berliner BZ zum Beispiel kleingedruckt) folgende Meldung: „Zehn linksextremistische Guerillas wurden in Persien zum Tode verurteilt". Gegen diesen geplanten Mord an zehn Kämpfern gegen Imperialismus und Faschismus erhob sich weltweit Empörung: in etlichen Städten in Europa und in den USA werden Solidaritäts-Hungerstreiks durchgeführt, (so auch im Raum der ESG in Köln von iranischen Studenten).

Die gefangenen deutschen Guerilleros gegen BRD-Imperialismus und wiederaufkeimenden Faschismus sehen zur Zeit keine andere Möglichkeit, ihren kämpfenden Brüdern die internationale Solidarität zu erweisen, als ebenfalls durch einen Solidaritäts-Hungerstreik. Dieser Hungerstreik dauerte vier Tage vom 14. bis zum 17. Januar, und wurde von Politischen Gefangenen aus allen drei Berliner Gefängnissen solidarisch getragen. Allein in der Strafanstalt Tegel streikten fünfzehn Genossen.

Die nachfolgende Politische Erklärung wird von den Gefangenen gemeinsam getragen:

„Wir, Gefangene des imperialistischen Staatensystems, treten hiermit in einen 3 tägigen Hungerstreik.

Wir führen diesen Hungerstreik aus Solidarität mit unseren 10 persischen Genossen, die von der faschistischen Schah-Justiz zum Tode verurteilt wurden und nun ermordet werden sollen. Für diese geplanten Morde und für die übrigen ungezählten Verbrechen gegen das persische Volk ist das gleiche System verantwortlich, daß hier und überall in den von ihm beherrschten Ländern die Menschen in- und außerhalb der Gefängnisse vernichtet.

Jeder dieser 10 Kämpfer ist daher einer von uns ! !

Hier in der BRD gibt es offiziell keine Todesstrafe, darum wird das Todesurteil auf andere Art vollstreckt — vom gezielten Schuß auf der Straße oder in der Wohnung über das Erschlagen in den Beruhigungszellen der Gefängnisse und der Isolationsfolter bis hin zum Verhungern lassen von gefangenen Kämpfern. Das ist auch in den Metropolen ein Teil der täglichen Realität des vom Imperialismus beherrschten Volkes.

Gestern waren es unsere Genossen in Spanien, Portugal, Palästina oder Chile. Morgen sind es wieder Kämpfer in Frankreich, Irland oder auch hier in der BRD.

Der Terror des Imperialismus gegen uns ist international, deshalb ist und muß auch unser Kampf gegen diesen Terror international geführt werden.

Eben weil dies so ist, treten wir — in den Zuchthäusern gefangenen und daher zur Zeit zum unbewaffneten Kampf gezwungenen — aus Solidarität mit unseren kämpfenden Genossen in Persien in einen 3-tägigen Hungerstreik, und gleichzeitig fordern wir alle Genossen außerhalb der Gefängnisse auf, den Kampf gegen den Imperialismus und den persischen Faschismus aufzunehmen.

Es lebe der intenationale bewaffnete Kampf gegen Imperialismus und Faschismus ! Es leben die kämpfenden Genossen in Persien und in der ganzen übrigen Welt ! Weg mit den Todesurteilen gegen die persischen Genossen !"
(Strafanstalt Tegel (Lehrter Str. und Untersuchungshaftanstalt Moabit)

AUS DER JVA MANNHEIM

Aufgrund von mir zwei bekannten Vorkommnisse möchte ich euch folgendes mitteilen.

1. Gestern, am 12.1.76 morgens um 3.45 Uhr wurde ich durch laute Hilferufe aus dem Schlaf gerissen. Die Schreie wurden von noch mehr Gefangenen gehört. Alle gemeinsam schlugen wir mit Gegenständen an die Tür, da alle, wie sich später bestätigte, der Überzeugung waren, daß ein Gefangener mißhandelt wird. In der Mittagspause erkundigte ich mich bei Mitgefangenen, ob jemand etwas konkretes über die Schreie am frühen Morgen weiß. Ich konnte den Gefangenen ausmachen, der tatsächlich mißhandelt wurde. Zu dem Vorgang schildert er folgendes:

Er ist vor einiger Zeit am Magen operiert worden. Da er gegen 3,00 Uhr starke Magenschmerzen hatte, läutete er und bat um eine Magentablette. Er bekam darauf hin eine Kalktablette (gegen Sodbrennen etc.) ausgehändigt. Er nahm die Tablette ein und wartete eine halbe Stunde ab. Da sich keine Wirkung der Tabletten einstellte und die Schmerzen unerträglich wurden, läutete er erneut. Der selbe Beamte sagte ihm, er hätte keine anderen Tabletten und wenn er jetzt noch einmal läuten würde, dann käme er in den Keller. Der Beamte entfernte sich. Nach kurzer Zeit läutete der Gefangene trotzdem. Darauf kam der Beamte und öffnete die Zellentür, sagte dem Schmerzgepeinigtem, er würde ins Krankenrevier gebracht. Daraufhin verließ er die Zelle und folgte dem Beamten. Direkt neben der Ausgangstür zum Revier liegt die Tür in den Keller, wo sich die Arrest- und Beruhigungszellen gefinden. Als der Gefangene nun sah, daß der Beamte nicht die Außentür, sondern die Kellertür aufschloß, schrie der Gefangenen um Hilfe. Er wurde dann die Kellertreppen hinuntergestoßen, wobei er eine Beule am Kopf bekam. Außerdem wurde er gewürgt, weil er immenoch versuchte um Hilfe zu rufen.
wurde er gewürgt, weil er immer noch versuchte um Hilfe zu rufen.
Am Rücken hatte er flächenmäßig kleine, rote Punkte, die einen Bluterguß vermuten lassen. Er wurde in eine alte Beruhigungszelle gesperrt und erst am späten Morgen dort wieder herausgeholt.Noch zu erwähnen ist, daß der Gefangene auf einer Gemeinschaftszelle liegt (drei Mann). Da die Zell enkollegen ja dan ganzen Vorgang soweit mitbekommen haben, bis der Mißhandelte die Zelle verlassen hat, sowie auch nach dem Kaffee-Empfang verlangten,daß sie ihren Kollegen zu sehen wünschen, wurden sie ebenfalls massiv bedroht. Der Name des mißhandelten lautet Friedrich Schmitt. Der Beamte, der ihn mißhandelt hat, lautet Kramer. Kramer ist als Schläger bekannt, es konnte ihm allerdings noch nie etwas nachgewiesen werden. Da ich selbst schon fast 4 1/2 Jahre hier im Hause bin, kann ich nur bestätigen, daß Kramer ein Schwein ist.

2. Heute teilte mir bereits der zweite Genosse mit, daß er für drei Monate von den Freizeitprogrammen ausgeschlossen ist. Grund: Er ließ sich nicht fotografieren. Die Anstalt fertigt hier selbst Fotos von Strafgefangenen an, die sie angeblich für die Hausakten benötigt.

Ich persönlich würde eine Freizeitsperre als Belohnung empfinden, da ich sowieso nicht in das beschissene, verblödete Fernsehprogramm gehe. Außerdem ist sowieso nach dem Skandal und seit der Neubesetzung der Anstaltsleitung das Freizeitprogramm hier drastisch eingeschränkt worden, so daß die Gefangenen nach Arbeits-

schluß meistens auf der Zelle sitzen. Der Kurs für englisch wurde auch eingestellt, so daß in der Freizeit keine Fortbildung mehr stattfindet. Es gibt für 900 Gefangene nur eine Bastelgruppe und eine Tischtennisgruppe. Ich schreibe euch dies alles, damit ihr mal zur Kenntnis bekommt, daß sich seit dem Skandal hier absolut nichts positives getan hat. Im Gegenteil, wie der jüngsteVorfall zeigt, wird erneut oder immer noch mißhandelt, die Zellentüren sind ncoht schneller und noch länger zu als zuvor, Gruppen, Fernsehen und Ausbildungs-bzw. Fortbildungskurse werden sabotiert (von der AL). So will die Justiz

der Bevölkerung weismachen, hier wäre alles in Ordnung bzw. hier würde versucht, den Gefangenen zu resozialisieren. Die Realität, die wir hier täglich vor Augen haben, ist brutale Verwahrung nach dem Muster des Mittelalters. Die Folter wurde nur verfeinert, spielt sich mehr im psychischen Bereich ab. Somit ist erneut als Lügenmärchen entlarvt was Justizminister Bender und seine Lakaien dem Volk weismachen will. Den Gefangenen kann er nichts weismachen, da diese die Realitäten kennen. Es gibt nur eine Erkenntnis für uns im Knast, nämlich, daß die Justiz menschenfeindlich, menschenzerstörend und faschistisch ist. Um diese Tatsachen einem größeren Kreis bekannt machen zu können, möchte ich euch bitten, den Bericht im ID zu bringen.
Mit revolutionärem Gruß!

DOKUMENT

DATEN, FAKTEN UND FORDERUNGEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION DES OPEL-KONZERNS UND ZUR SITUATION DER BELEGSCHAFT

TEIL A: ZUR SITUATION DER OPEL-BELEGSCHAFT ANGESICHTS 17 SONDERSCHICHTEN

1. Die Opel-Geschäftsleitung will 8 Sonderschichten bis Mitte März beantragen und hat bereits weitere 9 bis Mitte Juni 76 geplant. In dieser Situation blickt die Belegschaft auf die Entwicklung in der letzten Zeit zurück:

1972 wurden an 26 Samstagen Sonderschichten gefahren, 1973 waren es 21 bis einschließlich Oktober. Im Dezember '73 folgte dann plötzlich die erste Kurzarbeitswoche. Das ganze Jahr '74 war für die Belegschaft durch hohe Kurzarbeitsverluste, über 4000 Entlassungen und große Sorge um den Arbeitsplatz gekennzeichnet. Über 10 Wochen Kurzarbeit mußten verkraftet werden, ohne daß die von der ganzen Belegschaft unterstützte Forderung nach „vollem Lohn bei Kurzarbeit" erfüllt worden wäre.

Anfang 1975 gab es im Januar noch 8 Arbeitstage Kurzarbeit, im Februar noch 6 und plötzlich im März wieder 2 Sonderschichten. Bis November 75 ist insgesamt wieder an 27 Samstagen gearbeitet worden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Belegschaft nach solchen Erfahrungen angesichts der für '76 geplanten Sonderschichten fragt:,Was kommt denn Ende '76 und 1977 auf uns zu? ! Können wir dann auch plötzlich zu den über eine Million Kollegen gehören, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind?

2. Gegenwärtig werden bis zu 570 Autos pro Schicht hergestellt wie im Rekordjahr '72/'73. Dagegen ist der Belegschaftsstand von 19.768 (September '73) Werksangehörigen gesunken auf den Tiefstand von 14.701 (Ende Februar); Ende Oktober '75 beträgt er 16.761.

Schon aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die Arbeitsintensität erheblich gestiegen ist. Nur einige Beispiele von vielen, mit welchen Methoden die Arbeitsbelastung erhöht worden ist:

- An der Unterbaustraße hat sich die Stückzahl bei gleicher Kolonnenstärke durch ehöhtes Arbeitstempo im laufenden Jahr um ca. 30 % erhöht.
- Das Gewicht einer Hinterachse betrug vor dem Modellwechsel 25 kg. Das Gewicht beträgt heute durch Veränderung einiger Teile (Hinterachswellen, Tragrohre usw.) 27 kg.
- Im Bereich der Produktionsvorbereitung der Karosserie Abt. 6063 wurden nahezu 30 % der Reparaturelektriker und -schlosser abgebaut. Die Anzahl der zu wartenden Maschinen verringerte sich jedoch nicht, im Gegenteil.
- In diesem Zusammenhang machen wir auf die Studie zur Einsparung von Arbeitern und Angestellten aufmerksam, die Anfang '74 durch den Werkleiter an alle Hauptabteilungsleiter weitergegeben wurde.

3. Krankenstand jeweils zum 31.10:

1973	1974	1975
11,85 %	5,5 %	9,37 %

Bezeichnend für die körperliche Auslastung und Überbeanspruchung der Beschäftigten ist der Anteil von 9,37 % krank Abwesender zum 31.10.75. Wenn die Krankenziffer für 1974 auf 5,5 % zurückging, dann vorwiegend aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes. Immerhin häuften sich zu diesem Zeitpunkt die Anträge auf Kündigungen durch Opel an den Betriebsrat. Häufige Begründung war:„Fehlzeiten durch Krankheit"!

Wir wenig der mißbrauchte Satz – „Der Mensch steht im Mittelpunkt" auf die Firma Opel zutrifft, zeigen auch die Aussagen des Personalleiters und Vorstandsmieglieds Dr. W. Schlotfeldt. Im Rahmen eines Rundfunkinterviews erklärte er am 5.9.74 zum gesunkenen Krankenstand:„Wahrscheinlich haben wir es heute mit einem echten Krankenstand zu tun."

Auf die Frage, ob denn bei dem früheren hohen Krankenstand die Ärzte unbedenklich Atteste ausgestellt hätten, antwortete Dr. Schlotfeldt:„Ja. Ich meine, da müßte man mit den Ärzten diskutieren. Die Ärzte sagen uns natürlich wiederholt, wir können nicht jeden einzelnen Arbeitnehmer, der bei uns in die Praxis kommt, bis ins Letzte untersuchen, und wir können eben häufig gar nicht feststellen, ob das, was der Patient uns sagt, auch wirklich wahr ist, und deshalb schreiben die Ärzte auch dann krank, wenn es sich vielleicht gar nicht um einen Krankheitsfall handelt."

4. Seit März '75 sind über 2000 Neueinstellungen vorgenommen worden; zunächst mit befristeten 3-Monats-Verträge, seit September auch unbefristet. Die überwiegende Mehrzahl der Neueingestellten sind ausländische Arbeiter, besonders Türken. Da sich weit mehr Arbeitslose melden als die Firma einstellt, kann die Personalabteilung eine sehr scharfe Auswahl treffen: viele Kollegen, die früher schon bei Opel beschäftigt waren und zum Beispiel mehrmals krank waren, wurden abgelehnt.

Außerdem werden die Neueinstellungen mit niedrigsten Lohngruppen (4–1 und 4–2) vorgenommen, auch wenn die Kollegen auf wesentlich höher bewerteten Arbeitsoperationen eingesetzt werden. Zum Beispiel haben in der Fertigmontage an den Türenfenstern Kollegen mit 8,02 DM Lohn angefangen, obwohl der normale Endlohn 1,42 DM höher liegt. Dabei ist die Lohnentwicklung bei Opel ein besonderes Problem: Während die Werksangehörigen an den meisten Akkord-Operationen nach wenigen Tagen die volle Arbeitsleistung erbrigen müssen, müssen sie bei normaler Lohnentwicklung mindestens 14 Wochen auf ihren Endlohn warten, oft sogar wesentlich länger!

Durch die geringe Anlernzeit und die mangelnde Unfallbelehrung am Arbeitsplatz sind besonders die neueingestellten ausländischen Kollegen auch erhöhter Unfallgefahr ausgesetzt.

Neben der Lohneinsparung bei Neueinstellungen hat besonders der Wegfall eines übertariflichen Lohnbestandteils großen Protest in der Belegschaft ausgelöst. Als durch verbesserten Manteltarifvertrag ab April 1975 die Spätschichtzulage um 36 Pfennig tariflich erhöht wurde, rechnete die Firma Opel die bisher gezahlte übertarifliche Zulage von 32 Pfennig an, so daß die Werksangehörigen effektiv nur noch 4 Pfennig Erhöhung mehr erhielten!

5. Neben der innerbetrieblichen Mehrbelastungen für die Belegschaft kommen die finanziellen Belastungen durch Preissteigerungen hinzu: (Es folgt im Original eine Tabelle mit Zahlen zur Preisentwicklung. Anmerkung).

6. Wie sehen dagegen die Zahlen für Opel aus?
1972: 6,4 Milliarden Umsatz – Jahresüberschuß 356 Mio DM
1973: 6,4 Milliarden Umsatz – Jahresüberschuß 352 Mio DM
1974: 4.8 Milliarden Umsatz – Jahresübesschuß 6,2 Mio DM
1975 wird mit einem Umsatzplus von 27 % gerechnet, das heißt: die Aktionäre werden zufrieden sein!

Wie innerhalb der Bilanzen versucht wird, weitere Gewinne zu verschleiern, macht ein Beispiel deutlich: die Altersversorgung

1972	1973	1974
253,7 Mio	297,2 Mio	330,1 Mio

Ausgezahlt wurden aus dieser Rücklage jedoch jährlich: 1972 = 11,1 Mio, 1973 = 13,5 Mio, 1974 = 16,6 Mio.

Nebenbei: die neun Vorstandsmitglieder bezogen 1972 laut Bilanz 2,4 Mio DM, 1973 und '74 2,7 Mio DM; das macht rund 1000 DM für jedes Vorstandsmitglied pro Arbeitstag.

Letzteren immer wieder unterbrechen. Als es schließlich doch zu leichteren Rangeleien zwischen RCDS-Trupps und uns kam, schien es von Hassel ratsamer, unter Protest den Saal zu verlassen - nicht ohne uns den freundschaftlichen Rat zu geben, doch recht bald in unsere Heimatstadt Moskau zurückzukehren.

Am Abend darauf sprach dann der Präsident des Industrie- und Handeltages Otto Wolff von Amerongen in der Aula der Uni zum Thema „Der Unternehmer zwischen wirtschaftlicher Macht und gesellschaftlicher Verantwortung" (Veranstaltung des Studium generale). Glücklich, an der Freiburger Uni sprechen zu können, die dem „freien Unternehmertum" durch die „Entwicklung der theoretischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft" verbunden sei, sang Amerongen etwa eine Dreiviertelstunde lang ein Loblied auf das Unternehmertum - die Unternehmer seien die „schöpferischen Elemente" in der Wirtschaft - ihre „Initiative und Leistung" seien für den Wirtschaftsprozeß unabdingbar. Im Gegensatz zum zuweilen etwas „rauen" Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hätten die Unternehmer heute durchaus ein „soziales Gewissen", der sich allerdings an der Realität orientiere...

Auf Fragen und Zwischenrufe bezüglich dieser Realität ging Amerongen ebensowenig ein wie tags zuvor Kollege Hassel. Als daraufhin ein Student aufs Podium zuging und eine Diskussion forderte, stürmte Rektor Engler hinzu, packte den Sünder am Schlaffittchen, verkündete frohlockend „Herr X, Sie werden relegiert!" und verließ dann mit Ame[illegible]en plus Saalschutz die Veranstaltung.

Tags darauf erhielt selbiger Student die Nachricht, gegen ihn sei wegen Störung des universitären Betriebs ein Ordnungsverfahren eingeleitet worden - Ziel: Relegation für ein Semester, der erste derartige Fall in Freiburg - und an die übrigen Freiburger Studenten wurde ein Brief des Rektors verteilt, der dazu auffordert, das Chaos, das eine „fanatische, verblendete Minderheit von vielleicht hundert Personen offenbar gewillt ist" herbeizuführen, nicht stattfinden zu lassen und die „Böswilligen" unter den Studenten zu isolieren. Diese hätten in Zukunft „mit dem Einsatz aller Mittel (zu) rechnen, die das Gesetz gegen ein solches Verhalten vorsieht."

Nur allzu folgerichtig ist denn auch 3 Tage später eine geplante Urabstimmung der Mediziner über einen Streik vom Rektorat verboten worden. Grund: angebliche Störung des Lehrbetriebes und des Hausfriedens. Im Fall einer Zuwiderhandlung ist eine Geldstrafe von 5.000 DM angedroht. Die Urabstimmung ist von nahezu allen Medizinerfachschaften in der ganzen BRD beschlossen worden, die sich schon seit geraumer Zeit um eine ihren Interessen entsprechende gesetzliche Regelung des ab 1976 eingeführten sog. "Internatsjahres" bemühen. Bisher ist nämlich für dieses Jahr, das die bisherige Medizinalassistentenzeit ersetzen soll, weder ein Ausbildungs- noch ein Tarifvertrag vorgesehen, keine Vertretung durch den Personalrat und in den [illegible]erkschaften, keine Vorbereitungszeit fürs Examen usw.
Die Urabstimmung hat aber inzwischen trotz des Verbotes begonnen; am Montag haben die Studenten einen Trauermarsch zum Rektorat gemacht und dort Friedhofskränze niedergelegt: "Polizeirektor, bald schlägt auch Deine Stunde!"

Das Verbot der studentischen Urabstimmung — das jederzeit natürlich wieder ausgesprochen werden kann — ist aber nicht die einzige Willkürmaßnahme geblieben: in Folge des landesweit durchgeführten Unistreiks vom Dezember sind gegen 12 Studenten Ordnungsverfahren eingeleitet worden, dem AStA wurden vom Senat die Gelder gekürzt, an verschiedenen Fachbereichen werden verschärfte Prüfungsordnungen eingeführt, durch die zahlreichen Stellenkürzungen und den Ersatzgelderlaß wird das Studium in bisher ungekanntem Maße erschwert und die Erhöhung der Mensapreise ist auch spürbar.

All dieses zusammen hat offenbar auch den RCDS das Schlimmste befürchten lassen: auch ihm muß irgendwo deutlich geworden sein, daß die Lage im Moment sehr gespannt ist und daß nicht nur einige wenige "Fanatiker" den Kohl-Vortrag über die Freiheit an den deutschen Unis als unerträgliche Provokation ansehen würden. Wie schützt man sich also am besten gegen die losgelassenen roten Horden?
Indem man das Audimax ab vier Uhr nachmittags verschlossen hält und ab halb sechs dort die ersten Knappen der Jungen Union - mit Mitgliedskarte, versteht sich - Position beziehen läßt, um den Saal dann um halb sieben über die Hälfte mit weiteren JU- und RCDS-Mitgliedern aufzufüllen. Indem man zwei Hundertschaften Polizei, mit Schlagstöcken und Cr-Gas ausgerüstet, die Uni besetzen läßt, rechtzeitig Fahndungslisten von bekannten linken Rädelsführern anlegt, diese beim Betreten des Audimax mit dem Feldstecher beobachtet, in der Liste abhakt und zum Verlassen des Saales auffordert, andernfalls gegen sie Strafanzeige erlassen würde: so geschehen durch die Person des RCDS-Vorsitzenden Reinhard Erös.
Weiterhin kann man sich schützen, indem man den Saal ab sieben Uhr für überfüllt erklärt, die Türen schließt, die Leute innen schwitzen und die Bullen draußen Position beziehen läßt.
Warten auf den großen Vorsitzenden —

In der Halle des KG II haben sich inzwischen mehrere Tausend Leute versammelt - ob sie alle gekommen sind, um die Rede von Herrn Kohl anzuhören, wie die BZ meint?
Kohl schien jedenfalls erstaunt (s.o.) - offenbar hatte er von den beschaulichen Freiburger Studenten anderes erwartet als Sprechchöre wie "Faschisten und Bullen raus aus der Uni!" Er konnte sich auch nicht recht erklären, warum die Bullen ihre Stöcke und Gaspistolen tatsächlich einsetzen mußten (angeblich sind sechs von seinen Begleitern leicht verletzt worden, einer, wie sich heute herausstellte, durch ein Rehbockgehörnteil eines 61jährigen CDU-Mitglieds, das den Zivilen für einen radikalen Studenten hielt!).

Kohl, der nach seinem Vortrag von seinen RCDS-Freunden stürmisch gefeiert wurde, gab sich kämpferisch: solche Veranstaltungen seien ungeheuer wichtig, "weil wir niemandem, und schon gar nicht linken oder rechten Faschisten im weitesten Sinne des Wortes die Hochschule überlassen dürfen. Wir lassen uns das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand nehmen. Die Volksfrontmehrheiten in den deutschen Studentenparlamenten müssen endlich gebrochen werden!" Und weiter: "Ich halte die Veranstaltung für einen Erfolg. Trotz vielen Versuchen ist mir bisher noch keine Universitätsveranstaltung gesprengt worden - ich konnte auch in Freiburg zu Ende reden."

Ob aber im Saal von seinen erbärmlichen Tiraden gegen die Linken viel zu verstehen war, bleibt fraglich. Offenbar hatten sich nämlich auch die RCDSler zu den "Methoden der Straße" bekehren lassen und störten den Vortrag durch ständige Zwischenrufe: "Helmut, Helmut!". Ob ihnen vielleicht schon vorher bekannt war, was ihr Helmut ihnen und der Freiburger Bevölkerung mitteilen wollte? (Uni als Kaderschule für sozialistische Dogmatiker und Revolutionäre". Linkes Geschwür", "Wiederherstellung der alten Ordnung" usw.) Auch die BZ war ob der Kürze seiner Rede leicht verwundert... Dies könnte freilich den Schluß nahelegen (aber wer wollte schon so boshaft und fanatisch sein, das zu glauben), daß der RCDS sich mit der Vaterpartei abgesprochen hat, möglichst viele CDU-Veranstaltungen an der Freiburger Uni zu lancieren, um die Linken zu provozieren und die ach so zahlreichen Niemals-Wähler zu einem empörten Aufschrei zusammenzuschließen: "Jetzt geht der linke Terror aber wirklich zu weit! Diesmal wähle ich, und zwar RCDS!"

Die Wahlen zum Studentenrat stehen vor der Tür. Wenn die Freunde vom RCDS tatsächlich derartige Intentionen hatten, so können sie sich freuen: am Dienstagmorgen ist eine Vorlesung des Historikers Winkler über Liberalismus und Nationalismus von "zwölf mit schwarzen Kapuzen vermummten Personen" gesprengt worden." (BZ, 21.1.). Augenzeugen berichten, daß einige Mitglieder einer Theatergruppe mit Masken und Gitarre in den Hörsaal hereingekommen wären, um gegen die anhängigen Ordnungsverfahren vom Dezember (an denen Prof. Winkler besonders beteiligt war), gegen bestehende und zunehmenden Terror und gegen Schöntuerei und Angst vor den Professoren ihr Spiel vorzutragen. Schon beim Anblick der ersten beiden hätte Prof. Winkler hektisch seine Papiere zusammengerafft und sei davongestürzt.
Auf jeden Fall: alle Veranstaltungen der Philosophischen Fakultät IV (Geschichte, Politik, Soziologie) sind bis zum 24.1. abgesagt worden, weil es für die Universitätslehrer unerträglich sei, "in einer Atmosphäre von Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zu lehren." (BZ, 21.1.)

Wie Kanzler Siburg sagt: "Die nächsten drei bis vier Wochen werden bei uns nicht schön." Das mag schon stimmen. Wenn er man nur mit der Zeitangabe nicht zu optimistisch war.

ZU DEN BERICHTEN IN DEN MASSENMEDIEN

Das BKA brauchte einen neuen Feind. Die RAF inhaftiert, der 2. Juni zerschlagen – wie soll man jetzt den Ausbau der TE-Abteilung zur neuen Geheimen Staatspolizei öffentlich rechtfertigen? Wie kann nun die neue Intensiv-Kooperation der europäischen Polizei-Apparate dem staunenden Publikum am wirkungsvollsten verkauft werden? Eine neue Gruppe mußte her, möglichst exotisch-international, möglichst undeutsch, möglichst abstrakt.

Am 27. Dezember 1975 war es soweit, sogut: die Beteiligung von Hans-Jochen Klein am OPEC-Anschlag in Wien wurde Ausgangspunkt für umfassende Polizeispekulationen mit Computer-Logik. Dutzende von frankfurter Genossen, die etwa je unter gleicher oder auch nur benachbarter Adresse gewohnt hatten, wurden gleich fast zu Mittätern. Tagelang sendete das Fernsehen Namensschilder und Straßenangaben eines frankfurter Rechtsanwaltsbüros, in dem Hans-Jochen Klein früher gearbeitet hatte.

Dann kam es noch besser: die Polizei konstruierte die vermutete Teilnahme des Phantoms „Carlos" am wiener Anschlag. Plötzlich waren gleich eine ganze „Anarcho-Kommune", die angeblich in der frankfurter Holzhausenstr. 4 den Verlag Roter Stern betreibt, laut „stern" „. . . alles Kontaktpersonen von Carlos". Den Verlag machte „Der Spiegel" geschwind zu „Kristallisationspunkt und Nachwuchsschmiede des Terrorismus", ohne jeden Beweis versteht sich. Gegen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann wurde eine Fernsehfahndung von BM-Format inszeniert. Dabei liegt nach den bisherigen Veröffentlichungen gegen Wilfried Böse nur die Beschuldigung einer Urkundenfälschung vor, gegen Brigitte Kuhlmann nur, daß sie andere angebliche Mittelsmänner oder „Kontaktpersonen" von Carlos gut kenne. Ob freilich „Carlos" überhaupt existiert, ist noch fraglich. „Nicht ausgeschlossen, daß ‚Carlos' vielleicht eher ein Kodewort. . .als der Alias-Name eines Anführers" – so selbst „Der Spiegel".

Am Beispiel Holzhausenstr. 4 zeigt der BKA-Computer, was er kann. Da will die Presse, die früher vielleicht mal liberal war, nicht zurückstehen. Alles was irgendwie im Zusammenhang mit dem fünfstöckigen Haus Holzhausenstr. 4 seinen Weg in die Polizei-Archive gefunden hatte (Anmeldungen, Abmeldungen, Sistierungen bei Verlassen des Hauses, bei Hausdurchsuchungen Anwesende, bei häufigen Besuchen Fotografierte, telefonisch Angewählte etc. ...) machte diese Presse, allen voran „Der Spiegel" und „stern" nun zu „Beweisketten", in denen es vor „möglicherweise", „hoffen", „vermuten", „angeblich" und „könnte" nur so wimmelt.

Man geht vor nach dem Prinzip „es bleibt immer etwas hängen!" und formuliert so, daß kaum einzelne Behauptungen gegendarstellungsfähig sind. Weil es nicht reicht, linke frankfurter Anwälte, einen Verlag, alle Bewohner eines in den letzten vier Jahren von Genossen bewohnten Hauses zu verdächtigen, kriegt auch noch eine frankfurter Gruppe was ab. Frei und frech erlogen, wird behauptet, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann seien Mitglieder des „Revolutionären Kampfes" (RK) gewesen. Und von Mechthild Rogalli, die seit 1971 überhaupt nicht mehr in Frankfurt wohnt, behauptet man das auch gleich mit – und: Mechthild Rogalli werde ebenfalls steckbrieflich gesucht. Sie geht, als sie davon hört, zur Polizei: nein, nichts. Zwei Wochen später „Der Spiegel": „In dem Camp wollen Geheimdienstler neuerdings auch ‚Carlos' den mutmaßlichen Anführer des Wiener Opec-Überfalls, und die Deutsche Mechthild Rogalli (Interpol-Beschreibung: ‚Zirka 1,50 Meter groß, keine Brüste') aufgespürt haben. Mechthild Rogalli ist jenes zierliche Mädchen aus dem Bekanntenkreis des ‚Carlos'-Gehilfen Hans-Joachim Klein, das westdeutsche Fahnder nach Photos als die Maxirockbekleidete Terroristin von Wien identifiziert haben." (Spiegel 4/76)

Bei der Auswertung der BKA-Computer-„Tatsachen" geht die Presse nicht zimperlich vor, ab und zu wird ein fehlendes Zwischenstück in einer „Beweiskette" auch frei erfunden. So wird aus Wilfried Böses schon 1973 beendeter Mitarbeit im Verlag Roter Stern, er sei „Vertriebsleiter". Jürgen Reiss wird in der Holzhausenstr. angesiedelt, obwohl er dort nie wohnhaft war; Wolfgang Dudek wird in „Zusammenhang" gebracht, obwohl er im März 1974 schon nicht mehr dort wohnte. Die Büroräume des Verlags sind natürlich vom Verlag selbst angemietet, nicht von der „Roten Hilfe", auch wenn das der rheinlandpfälzische Innenminister Schwarz im November 1974 schon einmal behauptet hatte.

Geht es dem BKA um die Zerschlagung von „Terroristen"-gruppen? Brigitte Kuhlmann wird mit einem „Fahndungsfoto" gesucht, auf dem sie nicht zu erkennen ist. Fahndung und politische Verdächtigung des „Umfelds" wird hier zum polizeilichen Selbstzweck. Brigitte Kuhlmann, gegen die nichts vorliegt, wird für „vogelfrei" erklärt. Das sucht seine Vorbilder im Mittelalter. Zeitungen wie „Spiegel" und „stern" haben offensichtlich in den 50er Jahren zum letztenmal selbständig recherchiert, heute sind sie absolut staatstreue Verleumder. Betroffene erst vor Abdruck von Polizei-Lügen befragen? Unnötig. Polizei-„Tatsachen" selbst überprüfen? Nicht erforderlich. Eine Presse, die sich nicht gemeint weiß, wenn der Maulkorb-Paragraph 88a/130a einstimmig im Bundestag verabschiedet wird, macht schon im vorhinein jede Zensur gänzlich überflüssig. Eine Watergate-Affäre wäre in Westdeutschland heute schon deshalb unmöglich, weil es nicht einmal eine der amerikanischen liberalen Presse vergleichbare Zeitung gibt, die überhaupt gegen Teile des Staatsapparats recherchieren würde. Aber selbst die Verzweiflung über die deutschen Zustände ist heute schon zum Moment im Kalkül der Staatsschutzbehörden und ihrer Schreiber geworden.

Verlag Roter Stern GmbH
Gruppe Revolutionärer Kampf
Daniel Cohn-Bendit
Wolfgang Dudek
Axel Klaudius
Jürgen Reiss